

## **Unterrichtung**

**durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland  
in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates  
vom 18. bis 25. September 1991 in Straßburg**

Beigefügt ist außerdem eine Unterrichtung über die

- KSZE-Debatte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 25. Juni 1991 in Helsinki (Anhang I — S. 54) sowie die
- Dritte Straßburger Konferenz über Parlamentarische Demokratie vom 16. bis 18. September 1991 (Anhang II — S. 59)

Während des Zweiten Teils ihrer 43. Sitzungsperiode vom 18. bis 25. September 1991 erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse zu folgenden Themen:

### **Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses**

#### **Bericht des Ministerkomitees**

#### **Politische Fragen**

- Allgemeine Politik des Europarates (1. Teil) — die Krise in der Sowjetunion (*Empfehlung* 1161 — S. 14)  
Der Europarat und die neuen souveränen Republiken in Osteuropa (*Richtlinie* 464 — S. 15)  
Hierzu sprachen die Abg. Robert Antretter (S. 10), Peter Kittelmann (S. 11), Wilfried Böhm (Melsungen) (S. 11), Günter Marten (S. 12) und Gerhard Reddemann (S. 13)

- Allgemeine Politik des Europarates (2. Teil) — die Krise in Jugoslawien (*Entschließung* 969 — S. 30 und *Richtlinie* 466 — S. 30)

Hierzu sprachen die Abg. Friedrich Vogel (Ennepetal) (S. 27), Gerhard Reddemann (S. 27), Prof. Dr. Hartmut Soell (S. 28), Dr. Olaf Feldmann (S. 28) und Margitta Terborg (S. 29)

- Allgemeine Politik des Europarates (3. Teil) — die Aussichten auf europäische Integration und Entspannung im Mittelmeerraum (*Empfehlung* 1166 — S. 46)

Hierzu sprachen die Abg. Ulrich Junghanns (S. 45) und Gerhard Reddemann (S. 46)

- Ansprache des Ministerpräsidenten von Dänemark, Poul Schlüter (S. 37)

Hierzu sprach Abg. Gerhard Reddemann (S. 40)

- Ansprache des Präsidenten der schweizerischen Eidgenossenschaft, Flavio Cotti

### **Wirtschaftsfragen**

- Antworten auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) für 1990 (*Entschließung* 968 — S. 21)

Hierzu sprachen die Abg. Prof. Dr. Uwe Holtz (S. 19) und Dr. Cornelia von Teichman (S. 20)

- Ansprache des Generalsekretärs der OECD, Jean-Claude Paye

Hierzu sprachen die Abg. Prof. Dr. Uwe Holtz (S. 26) und Peter Kittelmann (S. 26)

### **Sozial- und Gesundheitsfragen**

- Die Zukunft der Sozialcharta des Europarates (*Empfehlung* 1168 — S. 50 und *Stellungnahme* 160)

- Die Gesundheitserziehung und Vorbeugung gegen Drogenmißbrauch in den Mitgliedstaaten des Europarates und der EG (*Empfehlung* 1169 — S. 51)

### **Kulturelle Fragen**

- Der Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur (*Empfehlung* 1162 — S. 17 und *Richtlinie* 465 — S. 19)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (S. 15) und Margitta Terborg (S. 16)

**Raumordnungsfragen**

- Folgemaßnahmen der europäischen Kampagne für den ländlichen Raum (*Empfehlung* 1165 — S. 44)

Hierzu sprach Abg. Dr. Günther Müller (S. 43)

**Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen**

- Die Ankunft von Asylsuchenden auf europäischen Flughäfen (*Empfehlung* 1163 — S. 36 und *Richtlinie* 467 — S. 37)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (S. 35) und Wilfried Böhm (Melsungen) (S. 36)

- Europa und die Entwicklung der Weltbevölkerung (*Entschlie-  
bung* 971 — S. 42)
- Demographische Ungleichgewichte zwischen den Ländern des Mittelmeerraums (*Empfehlung* 1164 — S. 43)

Hierzu sprach Abg. Wilfried Böhm (Melsungen) (S. 40)

**Landwirtschaftsfragen**

- Die Zukunft der Meeresfischerei (*Entschlie-  
bung* 972 — S. 49)
- Die maßgebliche Rolle der Lebensmittelversorgung als Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa (*Empfehlung* 1167 — S. 48)

Hierzu sprach Abg. Dr. Günther Müller (S. 47)

**Beziehungen zu den europäischen Nicht-Mitgliedsländern**

- Die Situation in Albanien (*Entschlie-  
bung* 970 — S. 34)

Hierzu sprachen die Abg. Albert Pfuhl (S. 30), Wilfried Böhm (Melsungen) (S. 31), Klaus Bühler (Bruchsal) (S. 32) und Dr. Eberhard Brecht (S. 33)

**Zum Ablauf der Tagung**

Die Reden und Fragen der Mitglieder der Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung sowie die Beschlußtexte sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben.

Den Bericht des Ministerkomitees trug der amtierende Vorsitzende, der schwedische Außenminister Sten Andersson, vor. Zu der Versammlung sprachen außerdem der Präsident der schweizerischen Eidgenossenschaft Flavio Cotti und der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter.

An der Tagung nahmen parlamentarische Gastdelegationen aus Australien, Japan, Kanada und Neuseeland teil.

Zu Beginn der Beratungen verlieh die Parlamentarische Versammlung den besonderen Gaststatus an die neuen souveränen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.

In einer Dringlichkeitsdebatte diskutierte die Parlamentarische Versammlung über die maßgebliche Rolle der Lebensmittelhilfe für die Konsolidierung der Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Der Kanzler der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Dr. Dr. Heiner Klebes wurde in seinem Amt für weitere fünf Jahre bestätigt.

### **Schwerpunkte der Beratungen**

Im Mittelpunkt der Beratungen standen u. a. die Berichte über die Krisen in Jugoslawien und in der Sowjetunion.

Der Debatte über **die Krise in Jugoslawien** war eine Anhörung von Vertretern der jugoslawischen Bundesversammlung und der Parlamente Kroatiens, Mazedoniens, Montenegros, Serbiens und Sloweniens vor drei Ausschüssen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates unter der Leitung des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Gerhard Reddemann, MdB, vorausgegangen. Aufgrund der großen Meinungsverschiedenheiten und der Kompromißlosigkeit der Konfliktparteien äußerten sich die Abgeordneten in der Debatte skeptisch über die Möglichkeiten, schon bald zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu gelangen. Von größter Wichtigkeit sei es nunmehr, die Beteiligten zur Beachtung des von der EG ausgehandelten Waffenstillstands zu verpflichten. Viele Parlamentarier äußerten ihre Enttäuschung über die Rolle der EG bei der Suche nach einer Lösung des Konflikts. Kontrovers wurde in diesem Zusammenhang die Frage der Anerkennung der Republiken, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben, diskutiert. Von einigen Rednern wurde eine Anerkennung als Verstoß gegen das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates gesehen und zum Teil befürchtet, daß sie eher zu einer Verlängerung des Krieges als zu einer Lösung des Konflikts auf friedlichem Wege beitragen würde. Demgegenüber wiesen andere Abgeordnete auf eine „Pflicht zur Einmischung und zur Solidarität mit der jugoslawischen Bevölkerung“ hin und sahen die Anerkennung als unabdingbare Voraussetzung für ein weitergehendes internationales Krisenmanagement an. Die Versammlung beschloß mit Mehrheit, daß die Anerkennung der Republiken, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben, vom Ministerrat zumindest „in Erwägung“ gezogen werden sollte.

Unterschiedlich wurde auch die Frage der Entsendung einer Eingreiftruppe nach Jugoslawien gesehen. Während ein Teil der Mitglieder der Versammlung die deutsch-französische Initiative zur Entsendung einer europäischen Friedenstruppe nach Jugoslawien unterstützte, sprach sich die Mehrheit der Delegierten für eine Befassung des Sicherheitsrates der UNO mit der Angelegenheit aus. Die UNO solle die Entsendung einer militärischen Eingreiftruppe nach Jugoslawien in Erwägung ziehen. Wiederholt

wurde die Forderung erhoben, Jugoslawien den besonderen Gaststatus in der Parlamentarischen Versammlung zu entziehen. Einzelne Redner betonten demgegenüber, gerade zum jetzigen Zeitpunkt komme der Aufrechterhaltung des Dialogs mit den Konfliktparteien besondere Bedeutung zu. Das erweiterte Präsidium der Versammlung wurde mit der Prüfung dieser Frage beauftragt.

Eingehend erörterten die Abgeordneten in einer verbundenen Debatte die Rolle des Europarates im Hinblick auf **die Krise in der Sowjetunion** vor dem Hintergrund des gescheiterten Umsturzversuches sowie hinsichtlich der **Unabhängigkeitserklärungen zahlreicher Republiken in Osteuropa**. Einhellig würdigten die Parlamentarier das Verhalten der Präsidenten der russischen Republik und der Sowjetunion, des Parlaments sowie der Bürger zur Verteidigung von Demokratie und Recht. Der Europarat müsse jetzt seine Hilfe unter anderem auf die Fortentwicklung der demokratischen und parlamentarischen Institutionen konzentrieren. Die Versammlung begrüßte die Wiederherstellung der Souveränität der baltischen Republiken, denen sie den besonderen Gaststatus einräumte. Gleichzeitig wurde angesichts der Unabhängigkeitserklärungen weiterer Republiken die Sorge vor einer unkontrollierten Auflösung der Sowjetunion deutlich. Dies könne aufgrund unzureichender demokratischer und politischer Kontrolle über das sowjetische Kernwaffenarsenal zu einer Bedrohung der europäischen und globalen Sicherheit führen.

Die Versammlung sprach sich deshalb dafür aus, die Entscheidungsbefugnis hierüber in den Händen der Zentralregierung zu belassen. Von entscheidender Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Ausgestaltung des neuen Unionsvertrages zur Festlegung der Kompetenzen zwischen Union und souveränen Republiken. Der Europarat sollte den unabhängigen Republiken seine Zusammenarbeit auf der Basis der Wahrung demokratischer und rechtstaatlicher Prinzipien anbieten und auf die Einhaltung internationaler Verpflichtungen der Sowjetunion hinwirken. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür sei die Einhaltung der Menschenrechte und dabei insbesondere der Minderheitenschutz.

Das Ministerkomitee wurde daher aufgefordert, die Arbeiten für eine europäische Konvention über Minderheitenrechte — gegebenenfalls als Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention — voranzutreiben. Schließlich seien eine materielle Unterstützung durch den Westen angesichts der immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dringend erforderlich. Vordringlich sei eine Nahrungsmittelhilfe, technische und humanitäre Hilfe sowie eine Förderung des Handelsverkehrs, u. a. durch die Beseitigung von Handelshemmnissen.

In der Debatte über **die Situation in Albanien**, die der deutsche Berichterstatter, Abg. Albert Pfuhl, einleitete, stand die Diskussion über den Antrag Albaniens auf Erteilung des besonderen Gaststatus in der Parlamentarischen Versammlung im Vordergrund. Die Abgeordneten begrüßten einhellig die Einleitung des Prozesses der Demokratisierung in Albanien durch verfassungsrechtliche Reformen und die Abhaltung von freien, geheimen Wahlen. Gleichzeitig wurde aber auch auf die desolate Wirtschaftslage und

die Destabilisierung des Balkans hingewiesen. Albanien habe das niedrigste pro-Kopf-Einkommen in Europa, was zur Auswanderung von Tausenden von Albanern geführt habe. Es bestand Übereinstimmung, daß Westeuropa durch technische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe den Reformprozeß in Albanien und die Rückkehr Albanien in die Gemeinschaft der freien Völker Europas unterstützen sollte.

Während sich einige Redner für die sofortige Aufnahme Albanien als besondere Gäste in die Parlamentarische Versammlung aussprachen, stimmte die Mehrheit der Delegierten der bisherigen Praxis entsprechend für die vorherige Durchführung einer „fact finding mission“ der Parlamentarischen Versammlung nach Albanien. Berichterstatter Abg. Albert Pfuhl zeigte sich zuversichtlich, daß Albanien der besondere Gaststatus noch vor der nächsten Plenarsitzung im Februar nächsten Jahres erteilt werden könnte. Im Hinblick auf die katastrophale finanzielle Lage in Albanien sprachen sich die Delegierten einstimmig für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Teilnahme einer albanischen Gastdelegation an den Aktivitäten des Europarates aus.

Im Mittelpunkt der Diskussion über **die Aussichten auf europäische Integration und Entspannung im Mittelmeerraum** stand der israelisch-arabische und der Zypern-Konflikt. Die Delegierten sahen die Einberufung einer Nah-Ost-Friedenskonferenz als Hoffnung für die Herstellung von Frieden in der Region an. Israel wurde aufgefordert, der Beteiligung einer palästinensischen Delegation zuzustimmen. Wiederholt wurde eine aktive Beteiligung des demokratischen Europas an dem Prozeß der Konsolidierung der Demokratie und der Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses gefordert. Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang das im November 1991 stattfindende Seminar des Europarates über euro-arabisches Verständnis und euro-arabischen Kulturaustausch in Straßburg. Einhellige Unterstützung fand auch der Vorschlag Frankreichs, Italiens, Portugals und Spaniens, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum einzuberufen. In der Zypernfrage sprachen sich die Delegierten einhellig für die Unterstützung des Vermittlungsauftrages des VN-Generalsekretärs aus und äußerten ihre Hoffnung auf eine baldige Lösung der Krise.

Vertreter der türkischen Delegation betonten, daß die Beachtung der Prinzipien der politischen Gleichheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie der Toleranz und des gegenseitigen Respekts zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen unabdingbare Voraussetzung für jede Lösung des Konflikts sei. Vorgeschlagen wurde in diesem Zusammenhang, daß der Europarat durch eine Anhörung von Vertretern beider Volksgruppen zu einer Entschärfung des Konfliktes beitragen solle. Als Bedingung für jeden Friedensversuch in der Region sahen Redner der griechischen und zypriotischen Delegation die Einhaltung und Umsetzung der VN-Resolutionen und insbesondere den Abzug der bewaffneten Einheiten vom türkisch-zypriotischen Teil der Insel an.

Als einen Teilaspekt der Asylproblematik erörterte die Versammlung die **Einreise von Asylsuchenden über die Flughäfen**. Der zunehmende Ansturm von Asylsuchenden nach Europa habe auf den Flughäfen zu häufig besorgniserregenden Zuständen geführt. Die Parlamentarische Versammlung stellte klar, daß der international und national — zum Teil verfassungsrechtlich — garantierte Rechtsschutz der „echten“ Asylsuchenden in keiner Weise eingeschränkt werden solle. Deutlich wurde in der Debatte, daß die Behörden häufig im Hinblick auf die notwendige Differenzierung zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen überfordert seien. Keine Lösung sei in diesem Zusammenhang die Praxis einiger Mitgliedstaaten, die Verantwortung von den Einwanderungsbehörden auf die Fluggesellschaften zu verlagern.

Wichtig sei, schon im Herkunftsland auf eine Trennung von politischen und Wirtschaftsflüchtlingen hinzuwirken. Dazu gehöre u. a. eine eingehende Information über die Voraussetzungen zur Anerkennung von Asylsuchenden bereits in den Herkunftsländern, womit auch dem Unwesen der Schlepperorganisationen entgegengetreten werden könne. Von entscheidender Bedeutung sei eine Harmonisierung der Asylpolitik und -praxis in den Mitgliedsländern, insbesondere auch hinsichtlich der Aufnahme von Asylsuchenden an den Flughäfen. Dem Ministerkomitee wurde empfohlen, ein entsprechendes Abkommen bis Ende 1992 vorzubereiten. Die Mitgliedstaaten wurden im übrigen aufgefordert, ausreichende Kapazitäten zur Unterbringung von Asylsuchenden bereit- und deren menschenwürdige Behandlung sicherzustellen.

Bei der Vorstellung des **Tätigkeitsberichts der OECD für das Jahr 1990** gab **Generalsekretär Jean-Claude Paye** einen Überblick über die wirtschaftliche Situation in den OECD-Mitgliedstaaten. Nach einer konjunkturellen Verlangsamung im letzten Jahr sei in den meisten Ländern eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage festzustellen. Für das nächste Jahr rechne man mit Wachstumsraten zwischen 2,5 und 3 % und einer Inflationsrate von 4 %. Anlaß zu Besorgnis gebe die langsame Verringerung der Haushaltsdefizite, das hieraus resultierende hohe Zinsniveau und die insbesondere in Europa zunehmende Arbeitslosigkeit.

Die Umwälzungen in der Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Ländern stelle die OECD vor neue Herausforderungen. Ihre Aufgabe sehe die OECD insbesondere in einer Koordinierung der technischen Hilfe für die Reformstaaten. Weiterer Schwerpunkt der Tätigkeiten der OECD sei die Unterstützung der Entwicklungsländer. Es sei besorgniserregend, daß der Abstand zwischen reichen und armen Ländern in den letzten Jahren noch zugenommen habe.

Eingehend auf die GATT-Verhandlungen, forderte Generalsekretär Paye einen erfolgreichen Abschluß der Gespräche bis Ende 1991. Abschließend ging Generalsekretär Paye auf die Frage der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die OECD ein. Eine Erweiterung der OECD dürfe die Bedeutung der Organisation als solche nicht in Frage stellen. Die OECD werde sich auch in Zukunft bemühen, den Anforderungen einer Welt im Umbruch gerecht zu

werden. In der anschließenden Debatte sprachen die Delegierten u. a. die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung von Umweltbelangen im Welthandel an. Die OECD solle künftig regelmäßig nationale Berichte über die Lage der Umwelt veröffentlichen.

Weiterhin sollten die Mitgliedstaaten die Einführung einer internationalen Abgabe auf den Verbrauch fossiler Treibstoffe in Erwägung ziehen. Im Hinblick auf die Lage der Entwicklungsländer wurde gefordert, daß die OECD-Mitgliedstaaten ihre öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,7 % des Bruttosozialproduktes bis Mitte der 90er Jahre steigern sollten.

Die **Generalsekretärin des Europarates, Catherine Lalumière**, begrüßte in ihrer Ansprache die Vertreter Estlands, Lettlands und Litauens als besondere Gäste in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Eingehend auf die revolutionären Entwicklungen in der Sowjetunion wies Frau Lalumière auf die Notwendigkeit einer beschleunigten und verstärkten Öffnung nach Europa hin. Die Sowjetunion benötige neben wirtschaftlicher Hilfe insbesondere politische, technische und moralische Unterstützung bei der Durchführung ihrer Reformen. Die Ausweitung des Tätigkeitsbereiches des Europarates auf die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern erfordere eine Reform seiner Strukturen und seines Arbeitsablaufes. Eingehend auf die Beziehungen des Europarates zur KSZE und der EG betonte Frau Lalumière, daß sich die Organisationen in ihren Mechanismen und Strukturen ergänzen sollten.

In seiner Ansprache sowie den Antworten auf Fragen der Abgeordneten unterstrich der **dänische Ministerpräsident Poul Schlüter** die besondere Rolle des Europarates — insbesondere der Parlamentarischen Versammlung — im Hinblick auf die Wiederannäherung der mittel- und osteuropäischen Länder an Europa und die entsprechende Entwicklung einer europäischen Identität auf der Basis rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze. Seine Erfahrung und Hilfe beim Aufbau neuer sich bildender Demokratien sei unerlässlich. Dieses demokratische „Know-how“ sei mindestens ebenso wichtig wie die notwendige Wirtschaftshilfe. Hinsichtlich der Europäischen Gemeinschaft betonte der Ministerpräsident, daß ihre Attraktivität in ihrer Dynamik liege. Wichtig sei, den Integrationsprozeß innerhalb der EG fortzusetzen; gleichzeitig müsse man sich aber auch offen gegenüber anderen interessierten europäischen Staaten halten.

Mit den Staaten, die für eine Mitgliedschaft bereits jetzt in Frage kämen — so die Bewerber Österreich und Schweden, in Kürze möglicherweise auch Finnland —, sollten baldmöglichst Verhandlungen aufgenommen werden. Aber auch den übrigen interessierten europäischen Staaten sei eine schrittweise Einbindung über den Weg von Assoziierungsabkommen in Aussicht zu stellen. Eine zunehmende Bedeutung käme den verschiedenen Formen der regionalen Zusammenarbeit zu, so z. B. dem Nordischen Rat. Aus dänischer Sicht sollte der gesamte nordische Raum in die EG integriert werden. In diesem Zusammenhang sprach sich Ministerpräsident Schlüter gegen den Plan einer europäischen Konfödera-

tion aus, da er befürchte, daß dieses Vorhaben als Entschuldigung für eine Abschottung der EG gegenüber anderen interessierten europäischen Staaten dienen könne.

Als unerlässlich bezeichnete er die Zusammenarbeit mit der NATO, um so die notwendige Verbindung zu den USA sicherzustellen. Sie sei das wichtigste Instrument für die Verteidigung in Europa, müsse sich allerdings weiterentwickeln. Die WEU solle hierbei eine geringere Rolle spielen.

Zum erstenmal in der Geschichte des Europarates sprach mit **Flavio Cotti** ein **Präsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft** zur Parlamentarischen Versammlung. In seiner Ansprache ging Präsident Cotti auf die 700jährige Geschichte seines Landes ein, die durch seine Unabhängigkeit und Neutralität, aber auch das friedliche Zusammenleben von drei großen Bevölkerungsgruppen, vier Sprachgemeinschaften und zwei großen christlichen Konfessionen geprägt gewesen sei. Der Stolz auf die Vergangenheit dürfe jedoch nicht zu einem starren Festhalten an Traditionen und zu einem Ausweichen gegenüber den Herausforderungen der Zukunft führen. Die Schweiz dürfe sich nicht selbst in die Isolation begeben, sondern müsse sich verstärkt bei der Schaffung eines vereinigten Europas beteiligen. Der Europarat sei für die Schweiz der geeignete Rahmen zur Ausübung ihres europäischen Engagements. Insbesondere im Hinblick auf die Integration der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa müsse der Europarat in seiner politischen Rolle gestärkt werden.

Bonn, den 12. November 1991

**Gerhard Reddemann**

Sprecher der Delegation

**Robert Antretter**

Stellvertretender Sprecher der Delegation

**Mittwoch, 18. September 1991**

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des  
Ständigen Ausschusses**

(Drucksache 6483 und Addendum)

Berichtersteller: Abg. József Bratinka (Ungarn)

*(Themen: Entwicklung in der Sowjetunion — Unabhängigkeit der baltischen Staaten — besonderer Gaststatus für die baltischen Staaten — Krise in Jugoslawien — Situation in Albanien — Beziehungen des Europarates zum EP)*

Tagesordnungspunkt:

**Begrüßung der Vertreter von Estland, Lettland  
und Litauen als besondere Gäste  
bei der Parlamentarischen Versammlung  
des Europarates**

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache der Generalsekretärin  
des Europarates, Cathérine Lalumière**

*(Themen: Verleihung des besonderen Gaststatus an die baltischen Staaten — politische Entwicklung in der Sowjetunion — Kooperation mit Osteuropa — Beziehungen des Europarates zur KSZE und EG — zukünftige Aufgaben des Europarates)*

**Donnerstag, 19. September 1991**

Tagesordnungspunkt:

**Allgemeine Politik des Europarates (1. Teil)  
— die Krise in der Sowjetunion**

(Drucksache 6483)

Berichtersteller: Abg. Manuel Soares Costa  
(Portugal)

verbundene Debatte mit

**Der Europarat und die neuen souveränen  
Republiken in Osteuropa**

(Drucksache 6484)

Berichtersteller: Abg. Daniel Tarschys (Schweden)

**Robert Antretter** (SPD): Frau Präsidentin! Natürlich hat sich die Entwicklung in der Sowjetunion in der letzten Zeit etwas stabilisiert. Ebenso richtig ist auch, daß der **Fortgang des Demokratisierungsprozesses weiterhin mit erheblichen Risiken belastet** ist, die uns zum Teil erst in Umrissen vor Augen stehen. Und klar ist außerdem, daß die großen Industrienationen der Sowjetunion helfen müssen und alles in ihren Kräften Stehende tun müssen, um diese Risiken zu mindern. Unbestreitbar ist ebenso, daß es sich bei diesen Risiken nicht nur um solche wirtschaftlicher Art handelt. Ich stimme Sir Geoffrey zu, wenn er in diesem Zusammenhang die **Gefahr des Nationalismus** anspricht; denn es ist zu wünschen, daß niemand über seiner Zufriedenheit über das Scheitern des totalitären Kommunismus, der sich zu Unrecht und verlogenerweise „sozialistisch“ nannte, die Probleme übersieht, die, wenn wir sie nicht heute in den Blick nehmen, schon morgen außer Kontrolle geraten können, da die Staaten Ost- und Südosteuropas wegen ihrer ungelösten Minderheitenprobleme ein Konfliktpotential bergen, das zu weiteren Bürgerkriegen führen kann.

Unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordern vor allem die Teilrepubliken der Sowjetunion ihre volle Unabhängigkeit, obwohl sie mit Ausnahme Armeniens keine ethnisch homogene Bevölkerung aufweisen und im Falle ihrer Eigenstaatlichkeit mit den Forderungen ihrer jeweiligen Minderheiten konfrontiert werden.

Aber wir dürfen ebenso nicht übersehen, daß **auch in Westeuropa ungelöste National- und Minderheitenkonflikte** schwelen. Spanien, Frankreich und Großbritannien sind mit Nationalitätenkonflikten konfrontiert. Das nationale Erwachen in Osteuropa hat in Katalonien, im Baskenland, in Korsika und in Irland diejenigen politischen Gruppierungen beflügelt, die unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht die volle Unabhängigkeit von der Zentralgewalt fordern.

Auch wenn sich manche Teilrepubliken Osteuropas unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der friedlichen Veränderung der Grenzen legitimerweise für souverän erklären, muß doch der Hinweis erlaubt sein, daß **diese Kleinstaaten kaum zu einer autonomen Problemlösung in der Lage** sein werden. Sie stehen vor der Bewältigung globaler Probleme, die die Idee des souveränen Nationalstaats bald als ein historisch überholtes Konzept aus dem 19. Jahrhundert und letztlich als eine Fiktion erscheinen lassen werden. Die Zukunft Europas kann nicht in einem buntgestrickten Flickenteppich politisch und wirtschaftlich halbautonomer Nationalstaaten liegen. Allerdings hat sich auch gezeigt, daß auf dem Berliner KSZE-Treffen der im Juni vereinbarte Mechanismus zur friedlichen Beilegung von Streitfällen nicht ausreicht, um die Nationalitätenkonflikte einzudämmen, wie der Bürgerkrieg in Jugoslawien eindringlich vor Augen führt.

Um so wichtiger sind deshalb **europäische Garantien für die Wahrung kollektiver Minderheitenrechte**. Ein Expertentreffen der KSZE-Staaten hat sich im Juli in Genf mit den Rechten der nationalen Minderheiten befaßt. Die Abschlußerklärung vom 19. Juli 1991 enthält jedoch nur einige unverbindliche Absichtserklärungen und klammert bewußt einen internationalen Mechanismus zum Schutz von kollektiven Minderheitenrechten aus.

Übrigens: Nicht nur einige osteuropäische Staaten und die jugoslawische Bundesregierung sträubten sich dabei gegen die Aufnahme entsprechender Schutzgarantien in den KSZE-Prozeß. Auch Länder, die unserer Versammlung angehören, haben Bedenken angemeldet. Es ist zu hoffen, daß sie sie bei der Folgekonferenz, die derzeit in Moskau stattfindet, revidieren.

Ich meine, für eine künftige europäische Friedensordnung ist ein **rechtlich verbindlicher Schutzmechanismus zur Wahrung von Kollektivrechten** von zukunftsweisender Bedeutung. Frau Präsidentin, als Rahmen eines Minderheitenschutzes bietet sich der Europarat an. Wir sollten unsere Regierungen zu Hause drängen, die gute Vorarbeit, die von der Europäischen Kommission für Demokratie, die vom Europarat einberufen worden ist, durch das Recht geleistet wurde, zu nutzen und schon bald zu den richtigen Schlüssen zu kommen. — Vielen Dank.

**Peter Kittelmann** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir hatten **im Europarat selten eine so große Verantwortung wie im Moment**. Viele politische Probleme sind zu lösen, wirtschaftliche Not zu lindern. Nicht nur die Sowjetunion, auch der Mittelmeerraum und viele andere Gebiete bedürfen dringend der Hilfe. Wir haben Ratschläge zu geben und moralische Wertvorstellungen zu vermitteln. Gleichzeitig wird aber auch darauf gewartet, daß die Verbindung von Demokratie und Freiheit auch ein Stück wirtschaftliche Unabhängigkeit bringt. Dies ist dann der Prüfstein für die Wirksamkeit unserer Hilfe.

Gorbatschow ist dabei, sein politisches Profil zurückzugewinnen. Er wird dies im wesentlichen durch die internationale Hilfe erreichen, die er erhält, auch die des Europarates. Jelzin gewinnt über die russische Republik hinaus internationales Ansehen, das ihm sehr hilft, sich zu Hause durchzusetzen. Er hat dieses Ansehen erlangt durch die internationale Anerkennung und Hilfe, die ihm außerhalb Rußlands zuteil wurde.

In den baltischen Staaten bilden sich Persönlichkeiten heraus, die darauf warten, daß man ihnen international hilft, Ansehen zu gewinnen, das dann wieder eine Rückkopplungswirkung auf ihre politische Durchsetzungskraft zu Hause hat. Es wird auch eine **Herausforderung für den Europarat** sein, hierbei behilflich zu sein.

Mit der Niederschlagung des Staatsstreichversuchs haben sich die Chancen für eine Systemreform erhöht, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß ein erneuter Umsturzversuch sehr schnell Erfolg haben könnte, weil die Verhältnisse in dem Bereich, den wir bisher Sowjetunion genannt haben, so unüberschaubar sind,

weil dieses Reich so riesig ist. Es umfaßt, wie ich früher in der Schule gelernt habe, ein Sechstel der Erde. Wir sprechen von dem europäischen Teil und vergessen häufig den riesigen sibirischen Teil. Wer von uns weiß eigentlich, was dort zur Zeit passiert und welche Persönlichkeiten sich dort durchzusetzen versuchen? Trotzdem ist dieser riesige Bereich unserer Verantwortung ebenfalls nicht entzogen.

Wir wissen auch, daß **Gefahren von unkontrollierter, überzogener Handlung** im Moment vorhanden sind. Der KGB, der zwar noch vorhanden ist, aber demokratisch kontrolliert wird, hat weiterhin eine Machtposition, die unserer höchsten Aufmerksamkeit bedarf. Die politischen Persönlichkeiten bedürfen unserer Unterstützung. Vorhin wurde vom Kollegen Lanner gesagt: Es wird **keine Demokratie ohne Brot** geben. Dies wird unsere große politische Herausforderung sein. Wenn ich die letzten zwölf, vierzehn Jahre betrachte, wie oft wir hier über Probleme, z. B. im Mittelmeerraum, gesprochen haben und wie wir immer wieder gesagt haben, wir müßten dort aus Angst vor der Entwicklung des Fundamentalismus und aus vielen anderen Gründen helfen, und wenn ich mir anschau, wie groß die wirtschaftliche Hilfe in den letzten Jahren tatsächlich gewesen ist, so hoffe ich, daß dieses Erinnern unverhältnismäßig in bezug auf das sein wird, was wir diesmal für die Sowjetunion tun müssen.

Natürlich ist in erster Linie die sofortige Hilfe, das Überwinternkönnen trotz einer Hungersnot, wichtig, worüber noch zu sprechen sein wird. Aber die internationale Hilfe wird auch Bedingungen setzen müssen für die marktwirtschaftliche Entwicklung in der Zukunft. Genau dort beginnen die Schwierigkeiten. Die Bundesrepublik Deutschland hat schon in den letzten Jahren viele Milliarden DM Hilfe an die Sowjetunion gegeben. Wir sind voller Hoffnung und appellieren auch international, an die USA, an Japan, an die EG, mehr zu tun, als moralische Unterstützung zu geben. Für die eigene Bevölkerung wird es sehr viele Opfer bedeuten, jetzt politisch und wirtschaftlich zu helfen. Auch wir als Europarat sollten versuchen, **bei der marktwirtschaftlichen Entwicklung zu helfen** — dies kann auch morgen in der OECD-Debatte eine Rolle spielen —, beispielsweise durch Managerausbildung.

Wir alle sind Mitglieder nationaler Parlamente. Wir können das, was wir hier fordern, zu Hause **in den nationalen Parlamenten durch Initiativanträge umsetzen**. Im Prinzip könnte jeder, wenn wir das nächste Mal zusammenkommen, beweisen, was er zu Hause von dem praktisch umgesetzt hat, was wir hier fordern. Wenn wir dies zu einem höheren Bruchteil erreichen als bei vielen Appellen in der Vergangenheit, zeigen wir, daß wir nicht nur unsere Aufgabe erkannt haben, sondern als Europarat eine Leistung erreicht haben, bei der viele gezweifelt haben, daß wir diese Kraft aufbringen. Auf diese Leistung können wir dann stolz sein.

Ich danke Ihnen.

**Wilfried Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Seit wir uns zuletzt in diesem Saal zu politischen

Debatten versammelt haben, hat sich Europa verändert. Mit ungeahnter Geschwindigkeit änderten sich die politischen Strukturen und die Landkarte im Osten unseres Kontinents.

Zwei historische Ereignisse treffen zusammen: **Der Kommunismus** als ideologisches Leitbild für Gesellschaft und Wirtschaft brach endgültig zusammen, und **das russische Kolonialreich zerbricht** als das letzte in dieser Welt, mit dramatischen Auswirkungen auf die nationalen Strukturen. Diese sich wandelnde Welt hielt sich nicht an die Sitzungsperioden unseres Europarates. Ich meine, daß sich der Europarat, seine parlamentarische Versammlung und besonders sein Ministerkomitee, schon ein wenig an den Gang der Geschichte hätte anpassen müssen, wenn seine Stimme in diesen erregenden Tagen hätte gehört werden sollen, um in diesen kritischen Wochen unseren Rang als die moralische Instanz Europas mit mehr Gewicht zu versehen.

Wenn es zutrifft, daß die Botschafter des Ministerkomitees drei Tage brauchten, um Zeit zu finden, über den Moskauer Putsch zu beraten dann steht das nicht im Einklang mit der Pflicht, den Idealen und Ideen von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie jederzeit und gerade in Krisentagen Geltung zu verschaffen. Was am ersten Tag des Putsches hätte gesagt werden müssen, wäre bei einem Blick in die Statuten des Europarates ablesbar gewesen.

Die Europäische Gemeinschaft, die EG, bietet kein besseres Bild. Sie hat, anders als wir, politische Macht und Geld. Ihre Staats- und Regierungschefs sprechen vollmundig von ihrer gesamteuropäischen Verantwortung. Aber die Gemeinschaft ist weit von der sich daraus ergebenden Handlungs- und Hilfspflicht entfernt. Gorbatschows Bitte an die EG um Winterhilfe in Höhe von 10 bis 12 Milliarden DM übersteigt in der Tat alles, was wir bisher aus Moskau gehört haben.

Als aber die Polen, die Tschechen, die Slowaken und Ungarn bei den Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EG Zugeständnisse für mehr Fleischlieferungen erwarteten, lehnte das die französische Premierministerin ab. Es gibt eben einen Unterschied zwischen Reden und Handeln.

Hoffnung bleibt nun, daß die EG die Chance nutzt, in die von der Sowjetunion erbetene Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten die lieferbereiten Staaten Polen, die CSFR und Ungarn zum Nutzen aller einzubinden.

Der **Brückenbau nach Osten**, liebe Kolleginnen und Kollegen, **erfordert die Solidarität aller Europäer**. Nur wenn sich alle bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen, werden sich geographisch bedingte und nicht erstrebte Übergewichte im Europa der Zukunft vermeiden lassen.

Doch nicht nur wirtschaftliche Hilfe ist wichtig, obwohl die Lage noch viel schlimmer ist, als gedacht. Das sehen wir besonders in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Die Dimension der Hilfe darf nicht nur materieller Art sein. 70 Jahre Kommunismus haben die von ihm beherrschten Länder nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern auch geistig-moralisch verwüstet. Jahrzehnte

brauchte Deutschland zur Bewältigung der Folgen der zwölfjährigen Herrschaft des Nationalsozialismus. Diese Bewältigung und die Hilfe unserer europäischen Freunde waren wesentlich für den Aufbau einer stabilen freiheitlich-demokratischen Ordnung in unserem Land. Die zerfallende Sowjetunion wird nach 70 Jahren kommunistischer Herrschaft noch Jahrzehnte nicht nur der **wirtschaftlichen Hilfe**, sondern auch der **Hilfe in der politischen Bildungsarbeit** bedürfen.

Vergessen wir auch nicht, daß es in Europa viele gab — Literaten, Künstler und Intellektuelle —, die dem sogenannten „alten Denken“ verhaftet waren und mit Illusionen und Naivität vom Westen her zur Stabilisierung des Kommunismus beigetragen haben. Auch das gilt es zu bewältigen, auch darüber müssen wir sprechen.

Das ist eine **großartige Aufgabe für den Europarat**, einen Europarat, für den Winston Churchill den Startschuß gab, der von Staatsmännern wie Robert Schumann, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer aufgebaut wurde. Dieser Europarat hat ein Europa in der Hoffnung und Überzeugung geschaffen, daß auch die Völker in Europas Osten einst an der Freiheit würden teilnehmen können.

In der Besinnung auf diese bedeutenden Staatsmänner, die an der Wiege unseres Europarates standen und die ihn in seinem ersten Jahrzehnt geformt haben, so meine ich, kommen wir nicht nur zu Dankbarkeit ihnen gegenüber, sondern auch zu der Verpflichtung, alles zu tun, um diesem Erbe im östlichen Teil unseres Kontinents zum Durchbruch zu verhelfen.

**Günter Marten (CDU/CSU):** Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich den Berichterstatter für ihre engagierte und auch ausgewogene Arbeit danken. Nach Kenntnisnahme dieses Berichts kann ich feststellen, daß der **Kommunismus in den östlichen Ländern endgültig gescheitert** ist.

Die Abkehr von der kommunistischen Ideologie und der staatlichen Kommandowirtschaft ist unumkehrbar geworden. Die Begriffe „Ost“ und „West“ haben weitgehend ihren politischen Inhalt und ihren trennenden Charakter verloren; sie sind wieder zu dem geworden, was sie vorher waren, nämlich lediglich geographische Bezeichnungen.

Die frühere Sowjetunion existiert nicht mehr. Sie ist gerade dabei, sich zu einem Bund souveräner und demokratischer Staaten mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu wandeln.

Die baltischen Völker kehren in die Gemeinschaft freier Völker Europas zurück.

Das Streben der Esten, Letten und Litauer nach staatlicher Selbständigkeit hatte endlich Erfolg. Nach fairen Verhandlungen, die unter Beachtung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Regeln der KSZE in einem Klima der Gewaltfreiheit geführt wurden, erhielten die baltischen Staaten ihre Freiheit zurück. — Sie sind auch heute Neumitglieder der Vereinten Nationen, der UNO!

Ich glaube im Namen aller Mitglieder dieses Hauses zu sprechen, wenn ich die **Hoffnung** ausspreche,

**Estland, Lettland und Litauen schon bald als Vollmitglieder des Europarates begrüßen zu können.**

Ich darf daran erinnern, daß sich der Europarat wiederholt mit den Problemen der baltischen Völker befaßt hat. Besonders hilfreich war das Europarat-Hearing in Helsinki, wo die damals noch innerstaatlichen Probleme der Sowjetunion vor dem großen Forum des Europarates diskutiert wurden. Das war ein Novum, aber ein nützliches, weil es erheblich dazu beitrug, Spannungen abzubauen, Mißverständnisse auszuräumen und Verständnis für die oft gegensätzlichen Standpunkte zu wecken.

Nie hat der Europarat zu denen gehört, die die Freiheit der Baltischen Staaten zugunsten eines friedlichen Ausgleichs mit der Sowjetunion zur Disposition stellen wollten. Deshalb freue ich mich ganz besonders darüber, daß die feste Haltung des Europarates so unerwartet schnell Früchte getragen hat.

Nein, die finanz- und währungspolitischen Rahmenbedingungen müssen stimmen und eine wirtschaftliche Ordnung sollte schon existieren, damit die möglichst zweckgebundenen Kredite ihre volle Wirkung entfalten können.

Wir brauchen einen **EG-Marshall-Plan für die Baltischen Staaten**. Alle Europäer sind gleichermaßen gefordert, neue Paradigmen für ein gemeinsames, posttotalitäres, freiheitliches Europa zu finden.

Nach der Überwindung der politischen Teilung Europas **muß nun die wirtschaftliche Teilung überwunden werden**. Hier kommt dem Ostseeraum, der mit der deutschen Ostseeküste, Skandinavien, Polen und dem Baltikum eine Wirtschaftsregion bildet, eine besondere Bedeutung zu. Diese Region hat enorme Chancen, wenn man bedenkt, daß in ihrem Hinterland über 340 Millionen Osteuropäer leben.

Der Westen muß aus Eigeninteresse nicht nur Hilfe bei der Festigung demokratischer Strukturen in Europa leisten, er muß auch in Osteuropa beachtliche Anstrengungen unternehmen, um dort — bei Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien — die Wirtschaftskraft zu stärken.

Das Hauptproblem, die Wiedererlangung der Freiheit, haben die Balten zwar gelöst, über 50 Jahre kommunistischer Kommandowirtschaft haben aber einen Berg ungelöster Probleme hinterlassen.

Trotz günstiger politischer Rahmenbedingungen treten bei der dringend notwendigen Einführung von marktwirtschaftlichen Strukturen in den Staaten Osteuropas große soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten auf.

Der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß in den Baltischen Staaten wird zudem vom Zusammenbruch der osteuropäischen Handelsbeziehungen beeinträchtigt. Bereitschaft zur Hilfe ist besonders in Westeuropa vorhanden, die USA und Japan werden sich Hilfeleistungen ebenfalls nicht verschließen, nur die komplizierten und schwierigen Infrastrukturprobleme dieser Länder müssen von allen sinnvoll angegangen werden. Kurzatmige Hilfen in Form von ungebundenen Krediten verhindern marktwirtschaft-

liche Reformen — ja, verlängern sogar die Periode der wirtschaftlichen Ungewißheit.

Meine politische Heimat, das neue deutsche Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, kann hier sicherlich wertvolle Hilfe leisten. Als Ostsee-Anrainer liegt es im Zentrum des neuen freiheitlichen Europas, sowohl in der Nord-Süd- als auch in der West-Ost-Achse. Wir haben den großen Vorteil, daß die Menschen dort im Umgang mit den Menschen und der Wirtschaft im mittel- und osteuropäischen Raum große Erfahrungen haben.

Wir können eine Vermittlerfunktion zu diesem Raum übernehmen.

Bereits heute werden Kontakte geknüpft, kulturelle Zusammenarbeit vereinbart und neue Wirtschaftsbeziehungen aufgebaut — das Land Mecklenburg-Vorpommern richtet Landesvertretungen nicht nur in Polen, sondern auch in den Baltischen Staaten ein, um den Ausbau der Beziehungen mit Estland, Lettland und Litauen zu konzentrieren.

Ich glaube, mit unseren verhältnismäßig bescheidenen Möglichkeiten sind wir auf dem richtigen Weg. Jede Region Europas sollte sich ebenfalls überlegen, was sie zur europäischen Einigung beitragen kann. Unser Kontinent muß schnell wieder zusammenwachsen und der ganzen Welt ein Beispiel dafür geben, daß viele Völker in Frieden und Freiheit zusammenleben können.

Ich bedanke mich, Frau Präsidentin.

**Gerhard Reddemann (CDU/CSU):** Frau Präsidentin! Ich glaube, dies war ein guter Tag für den Europarat. Wir haben nicht nur zwei exzellente Berichte vorgelegt bekommen, sondern wir haben auch eine niveaureiche Debatte gehabt, an der sich immerhin Vertreter von 20 Staaten beteiligten. Ich muß allerdings meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß die Vertreter der Gastdelegation der Sowjetunion in dieser für sie ja wichtigen Debatte nicht das Wort ergriffen haben.

(Widerspruch)

— Pardon, dann war das gerade zu einem Zeitpunkt, als ich nicht da war.

Ich hatte allerdings gehofft — und dies darf ich hinzufügen —, daß wir den Pluralismus, den wir in der Sowjetunion erwarten, auch in dieser Debatte mit hätten erleben können. Ich hoffe, daß dies eine Anfangsschwierigkeit war und daß wir in absehbarer Zeit, wenn wir dieses Thema wieder auf die Tagesordnung setzen werden — und wir werden es wieder auf die Tagesordnung gesetzt bekommen —, die Debatte in entsprechend anderer Form führen können.

Was heute eindeutig festgestellt wurde, war, daß in der Sowjetunion ein System zusammengebrochen ist, das noch vor wenigen Jahren von sich behauptete, den einzig richtigen Weg der Menschheit in eine lichte Zukunft zu kennen. Das System endete nicht nur deswegen, weil es nachher nicht einmal mehr in der Lage war, in den 16 sowjetischen Republiken die

menschlichen Grundbedürfnisse zu befriedigen, sondern es endete vor allem deswegen, weil der offenkundige, der historische Widerspruch zwischen der großen, offenen Gesellschaft, die man propagierte, und der tristen Realität des real existierenden Sozialismus nicht mehr zu übersehen gewesen ist.

Seit den Tagen des **dilettantischen Putschversuches** hochrangiger Mitarbeiter des Präsidenten kennen wir allerdings auch die Gefahr und wissen, daß das, was sich im Augenblick positiv in der Sowjetunion entwickelt, nicht eine unumkehrbare Aktion ist. Wir müssen also Sorge tragen, ähnliche Situationen nicht erneut zu erleben.

Aber — und dies füge ich mit besonderer Freude hinzu — wir haben festgestellt, daß wir in Sachen Freiheit, in Sachen Menschenrechte nun zum ersten Male seit 70 Jahren deutlich erkennbare Unterstützung bei den Menschen in der Sowjetunion, in den Großstädten der Sowjetunion, finden. Wenn ich daran erinnere, daß man im Jahre 1964 ja schon einmal den Versuch machte, das starre Sowjetsystem zu lösen, und daran erinnere, daß sich keine Hand rührte, als der damalige Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Nikita Chruschtschow, abgelöst wurde, dann ist der Wechsel in der Handlung der Bevölkerung erstaunlich — und für uns außerordentlich erfreulich.

Wir wären aber leichtfertiger, als man das in diesem Saal sein darf, wenn wir glauben wollten, daß das für uns so einleuchtende Desaster des Marxismus-Leninismus generell von allen Kräften in der Sowjetunion bereits begriffen würde. **Marxismus-Leninismus**, das war spätestens seit der Ausrufung des „Großen Vaterländischen Krieges“ auch ein **extremer Chauvinismus**, der durch die ideologische Floskel vom proletarischen Internationalismus nur mühsam überdeckt wurde, wobei hinzuzufügen ist, daß selbst diese Floskel dann als ein Instrument der Intervention gebraucht wurde.

Nach mehr als 70 Jahren ideologischer Verformung müssen wir besorgt fragen, ob der Weg, den die Reformer heute gehen, nicht mit zu großen Schwierigkeiten bedacht wird. Ich appelliere deshalb an die Versammlung, nicht nur den Resolutionsentwürfen zuzustimmen und auf diese Weise den Kräften in der Sowjetunion entgegenzugehen, die aus der Sowjetunion einen friedlichen, einen menschenwürdigen Staat machen wollen, sondern auch in den nationalen Parlamenten gegenüber den eigenen Regierungen sich dafür einzusetzen, daß dieses Entgegenkommen, dieses Entgegengehen gegenüber den neuen Kräften mehr ist als ein Wort, was man billig irgendwo in einer Versammlung sagen kann.

Wir freuen uns, daß die Republiken **Estland, Lettland und Litauen** wieder im freien Europa tätig sein können. Wir begrüßen sie mit aller Herzlichkeit. Ich hoffe, daß wir sie **in absehbarer Zeit auch als Vollmitglieder** hier sehen können, als Anfang einer Entwicklung eines Raumes, der bisher östlich der Grenzen der Europarat-Staaten liegt, als Anfang für eine freiheitliche Entwicklung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

## Empfehlung 1161 (1991)

### betr. die Krise in der Sowjetunion

1. Die Versammlung bekundet ihre tiefe Befriedigung über das Scheitern des Putsches vom 18. bis 21. August 1991 in der Sowjetunion und würdigt das Verhalten des Parlaments und des Präsidenten der Russischen Republik sowie den Mut der Bürger, die ihr Leben für die Verteidigung der demokratischen Prinzipien und der Rechtsstaatlichkeit aufs Spiel gesetzt haben.
2. Die Versammlung erkennt ebenfalls den offenkundigen Widerstand gegen den Putsch von seiten des sowjetischen Präsidenten, Michail Gorbatschow, an, der zu den während der letzten Jahre in der Sowjetunion eingetretenen demokratischen Reformen weitgehend beigetragen hat. Sie nimmt die Beschlüsse zur Kenntnis, die Aktivitäten der Kommunistischen Partei, die den Putschversuch offenkundig angeregt und zu seiner Organisation beigetragen hat, zu verbieten.
3. Sie begrüßt die Wiederherstellung des unabhängigen Status der baltischen Republiken und stellt fest, daß die Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens jetzt gleichzeitig von der Sowjetunion, der Republik Rußland und den meisten Mitgliedstaaten des Europarates anerkannt worden ist, deren Beispiel angesichts der Erklärung des Ministerkomitees vom 30. August rasch andere Staaten folgen dürften.
4. Sie stellt fest, daß Unabhängigkeitserklärungen ebenfalls von Parlamenten mehrerer anderer Republiken der UdSSR abgegeben und viele Entscheidungen zugunsten einer deutlichen Verstärkung der Befugnisse und Vorrechte der Republiken getroffen wurden.
5. Sie betont, daß die meisten Republiken der Sowjetunion sich von nun an als souveräne Staaten betrachten und nach der Entwicklung ihrer eigenen internationalen Beziehungen streben. Sie stellt fest, daß der Kongreß der Volksdeputierten verfassungsrechtliche Übergangsregelungen verabschiedet hat und daß die Diskussionen über einen neuen Unionsvertrag fortgesetzt werden, der die Aufgabenverteilung zwischen der Union und den souveränen Republiken festlegen soll.
6. Die Versammlung bringt ihre Beunruhigung zum Ausdruck über die Bedrohung, die für die europäische und weltweite Sicherheit durch eine unzureichende demokratische und politische Kontrolle über das Nukleararsenal der sowjetischen Streitkräfte entstehen könnte, und fordert, daß die Entscheidungsbefugnis über dieses Arsenal in den Händen der Zentralregierung bleibt.
7. Sie ist ebenfalls beunruhigt über die Ausweitung ethnischer und anderer Spannungen in der Region und besteht darauf, daß hohe Maßstäbe im Bereich des Minderheitenschutzes erforderlich sind, um solche Konflikte zu verhüten und zu lösen.

8. Sie ist sich der gewaltigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen die Völker der Sowjetunion zu leiden haben, und der fortgesetzten Entbehrungen, die sich in Anbetracht des herannahenden Winters mit Sicherheit noch verschlimmern werden, voll bewußt. Sie vertritt die Überzeugung, daß eine Unterstützung durch den Westen unverzichtbar ist, insbesondere in Form von technischer und humanitärer Hilfe, der Beseitigung der Handelshindernisse sowie der Förderung des Handelsverkehrs. Sie betont die Notwendigkeit stabilisierender Maßnahmen zur Erleichterung ausländischer und inländischer Investitionsmöglichkeiten in die Wirtschaften Osteuropas.
9. Die Versammlung unterstützt die von den Behörden der souveränen Republiken unternommenen Bemühungen um die Entwicklung ihrer demokratischen und insbesondere parlamentarischen Einrichtungen und die Vorherrschaft des Rechts. Der Prozeß der Einführung von pluralistischer Demokratie und Marktwirtschaft läßt keinen Raum mehr für eine privilegierte Rolle der Kommunistischen Partei.
10. Die Versammlung besteht ebenfalls auf der strikten Einhaltung der elementaren Menschenrechte, deren Genuß jedem einzelnen unter allen Umständen garantiert werden sollte.
11. Sie fordert das Ministerkomitee des Europarates auf, die Mittel der Organisation wesentlich zu erhöhen, um den Behörden der Zentralregierung und der Republiken in der Sowjetunion jede möglicherweise gewünschte verfassungsrechtliche, juristische und andere Unterstützung zur Konsolidierung der Demokratie zur Verfügung zu stellen.
12. Sie appelliert an das Ministerkomitee, die Ausarbeitung einer Konvention über die Minderheitenrechte zu beschleunigen, so wie es in ihrer am 1. Oktober 1990 angenommenen Empfehlung 1134 gefordert wurde.

#### Richtlinie 464 (1991)

#### betr. die neuen souveränen Republiken in Osteuropa

1. Die Versammlung bezieht sich auf ihre Empfehlung 1161 (1991) über die Krise in der Sowjetunion.
2. Sie weist ihren Ausschuß für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern an, weiterhin über die Lage in Osteuropa zu berichten und praktische Möglichkeiten für eine Erweiterung unserer Zusammenarbeit mit den neuen souveränen Republiken zu erwägen.
3. Sie weist ihren Ausschuß für Recht und Menschenrechte an, konkrete Maßnahmen zu erwägen, deren Ziel es ist, die Verteidigung der bürgerlichen Rechte in Osteuropa, insbesondere im Bereich der Minderheitenrechte, sicherzustellen.

#### Tagesordnungspunkt:

#### Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 6482 und Addenda)

vorgelegt vom amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees, Außenminister Sten Andersson (Schweden)

*(Themen: Entwicklung in der Sowjetunion — Unabhängigkeit der baltischen Staaten — Anfrage Albaniens auf Verleihung des besonderen Gaststatus — Situation in Jugoslawien — 3. Straßburger Konferenz über Demokratie)*

#### Tagesordnungspunkt:

#### Der Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur

(Drucksache 6497 und Annex)

Berichterstatter: Abg. Lluís Maria de Puig (Spanien)

**Dr. Günther Müller** (CDU/CSU): Herr Präsident! Zunächst möchte ich dem Kollegen de Puig recht herzlich für diesen Bericht danken, der ja seinen Ausgang bei einer wissenschaftlichen Tagung, einem Symposium in Paris, hatte. Dort ging es darum, aufzuzeigen, welche Beziehungen in der Vergangenheit — bis in die Gegenwart hinein — auf kulturellem Gebiet zwischen islamischer und europäischer Kultur vorhanden waren.

Meine lieben Kollegen, **die Welt wird immer kleiner**; wir stellen das heute fest. Die Verkleinerung der Welt bedeutet, **daß verschiedene Kulturkreise über Massenmedien und über neue Kommunikationsmittel ineinandergreifen**. Dies bewirkt gelegentlich Kulturschocks, wenn ich es so ausdrücken darf, weil wir wirklich zu wenig voneinander wissen, zu wenig vom Hintergrund der jeweiligen Kulturen kennen.

Der Europarat und seine Parlamentarische Versammlung verkörpern eine bestimmte **europäische Tradition**, eine Tradition, die mit den Begriffen **Menschenrechte, Toleranz, Minderheitenschutz** verbunden ist, um nur drei herauszugreifen.

Auf der Suche nach unserer kulturellen Identität haben wir in der Vergangenheit den Versuch gemacht, ad radices, zu den Wurzeln, zurückzukehren. Einer dieser Versuche war ein **Symposium in Toledo**, wo wir uns über den Einfluß und Beitrag jüdischer — sephardischer — Kultur auf Europa lange unterhielten.

Als Teil dieser Bewegung, sich mit Kulturen auseinanderzusetzen, ist jenes **Symposium** zu verstehen, das **in Paris über den Islam** abgehalten wurde. Das Symposium in Toledo hat deutlich gemacht, daß es — Herr de Puig hat es erwähnt — **Phasen** gegeben hat, **in der drei verschiedene Kulturen**, nämlich die jüdische, die christliche und die islamische, **eng zusammengearbeitet haben**. Wir wissen, daß die Antike, z. B. Aristoteles, über arabische Schriftsteller,

die von jüdischen Philosophen übersetzt wurden — Avaro es ist der Schriftsteller, Maimonides ist der Übersetzer —, in die europäische Kultur zurückgebracht wurden, obwohl sie im Mittelalter fast verschüttet waren.

Diese Zusammenarbeit hat den Geist Europas, auch den Geist der Toleranz deutlich gemacht.

Ich erinnere auch daran, liebe Kollegen: Der Kapitalismus und seine Zahlenreihen sind ohne arabische Ziffern nicht vorstellbar — um das einmal ganz klar und deutlich zu sagen.

Jene Periode wurde durch Fundamentalisten abgebrochen. Es waren christliche Fundamentalisten, die die sephardischen Juden 1492 aus Spanien vertrieben haben, und es war das Osmanische Reich, ein islamischer Staat, das einen großen Teil dieser sephardischen Juden aufgenommen hat. Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die Hälfte der Bevölkerung von Saloniki noch Nachfahren dieser vertriebenen sephardischen Juden, die dort einen Platz gefunden hatten.

Heute, liebe Freunde, zwingen uns die Bevölkerungsexplosion in der Welt und eine gegenseitige Abhängigkeit gerade auf dem Gebiet der Ökologie, uns in einem verstärkten Maße gegenseitig kennenzulernen und etwas voneinander zu wissen. Ich möchte einem Mißverständnis vorbeugen, das in der ersten Intervention zur Absetzung des Tagesordnungspunktes bereits aufgetaucht ist. Es handelt sich hier nicht um einen politischen Bericht. Es handelt sich hier nicht um einen Bericht, der sich mit Fragen der Religion beschäftigt. Es handelt sich vielmehr um einen Bericht, der sich mit Kultur befaßt. **Kultur ist ohne Austausch, ohne gegenseitiges Kennenlernen und ohne gegenseitiges Vermitteln überhaupt nicht möglich**, um das ganz klar und deutlich zu sagen.

Liebe Freunde, noch ein Gedanke. Wir wissen, daß z. B. im alten ösmanischen Großreich bis in das 19. Jahrhundert hinein mit der Organisation der Millets der nationalen Minderheiten, die ihre eigene religiöse und kulturelle Identität bewahren konnten, ein großer Teil von Minderheitenschutz verwirklicht war, den es damals in Europa gar nicht gab. Erst der Nationalismus des 19. Jahrhunderts hat manches zerstört und manches an Toleranz abgebaut, was es zuvor gegeben hat.

Wenn ein solches Symposium stattgefunden hat, wenn dem weitere folgen sollen und wenn in dieser Entschließung gefordert wird, sich auf kulturellem Gebiet kennenzulernen, mehr voneinander zu wissen und zu erfahren, dann zeigt dies meiner Meinung nach, daß ein Beitrag zu den Zielen europäischer Politik geleistet wird, nämlich die eigene Identität zu wahren.

Zu diesen Zielen gehören Menschenrechte, Minderheitenrechte und vor allem auch Toleranz, Toleranz gegenüber anderen Kulturen und anderen Strömungen, die es in der Welt gibt. Das ist ein Erbe Europas, und wir sollten auf dieses Erbe Europas nicht verzichten.

#### *Zu Protokoll gegebener Redebeitrag*

**Margitta Terborg (SPD):** Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, Herr Kollege de Puig hat auf eine sehr einfühlsame Weise die vielfältigen Probleme beschrieben, die bei der Begegnung zweier so unterschiedlicher Kulturkreise wie der des Islam und Europas entstehen. In seinem vorzüglichen Text finden sich keine einseitigen Schuldzuweisungen, und seine Vorschläge können zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen.

Wenn ich dennoch drei Änderungen empfohlen habe, so entspringen sie eigenem Erleben aus der Praxis einer kleinen norddeutschen Stadt, in der ich Bürgermeisterin war. Dort, in Nordenham, hatten wir in den ersten zehn Jahren eigentlich wenig Probleme mit der kleinen Gruppe türkischer und islamisch geprägter Mitbürger. Es gab keine Probleme in der Schule. Im Gegenteil, die türkischen und die deutschen Jungen und Mädchen fanden sehr viel schneller Zugang zueinander als die Erwachsenen. Seit einiger Zeit ist das nicht mehr so. In den Koranschulen wird ganz offensichtlich die strenge Abschottung zum westlichen Kulturkreis gelehrt. Die Jungen und Mädchen ziehen sich zurück — müssen sich zurückziehen —, die beiderseitige Entfremdung wächst.

Auch in meiner Sprechstunde als Abgeordnete finden sich immer wieder türkische Eltern ein, die das beklagen, sich aber einem Gruppendruck ausgesetzt sehen, dem sie nicht ausweichen können. Das potenziert natürlich wieder das Mißtrauen auf deutscher Seite und führt zur Belebung latent vorhandener Vorurteile. Auch darüber müssen wir reden; denn aus **Vorurteilen, aus Mißtrauen und aus Ängsten erwachsen Spannungen**, die sich auch in Gewalt entladen können.

Deshalb meinte ich, daß wir schon in Ziffer 7 des Textes **die vergiftenden Wirkungen von fundamentalistisch geprägter Intoleranz** erwähnen sollten und daß wir in Ziffer 8 des Textes den **Respekt vor der Meinung des Andersdenkenden** als notwendige Basis des Zusammenlebens formulieren müßten. Ich möchte Sie bitten, dieser neuen Fassung zuzustimmen.

In die gleiche Richtung zielt die Veränderung, die wir im kulturellen Bereich der Empfehlung zur Ziffer 11 viii vorschlagen.

Wir sagen darin, **daß die kulturelle Eigenentfaltung nicht mit der Abschottung von Gesellschaft und Kultur des Gastlandes einhergehen dürfe**. Das ist mir ein zentrales Anliegen, und für diesen Gedanken möchte ich ganz besonders werben.

Jede Getto-Situation führt zu Fremdheit und Isolation. Dieses aufzubrechen muß unser aller Bestreben sein. Aber auch das Pflegen kultureller Eigenständigkeit kann Entfremdung bedeuten, wenn nicht gleichzeitig Brücken des Verständnisses zur Kultur des Gastlandes geschlagen werden.

Um es noch deutlicher zu formulieren: **Zum Wohngetto darf nicht das geistige Getto kommen**, sonst entsteht keine multikulturelle, sondern eine feindliche Gesellschaft, die dann nicht nur Sprachbarrieren trennt.

**Sprachbarrieren** sind es übrigens auch, an die wir ja selbst immer wieder in unserer politischen Arbeit auch hier in der Parlamentarischen Versammlung stoßen.

Ich höre in diesen Tagen das Argument, man müsse eine Entscheidung ja nicht übers Knie brechen. Dahinter könnte als Motiv verborgen sein, so lasse sich ein leidiges Problem auf die lange Bank schieben. Ich fürchte, damit leisten wir uns allen keinen guten Dienst. Die Gegensätze sind vorhanden und verfestigen sich weiter. Wir dürfen nicht warten, bis die Gräben zwischen Mehrheiten und Minderheiten in unseren Ländern unüberbrückbar geworden sind.

Wir sollten **mit kleinen Schritten beginnen**, so wie das in den Empfehlungen vorgezeichnet ist. Auch wenn wir wissen, daß die rauhe Wirklichkeit manchen unserer Erwartungen absolut entgegensetzen scheint, dürfen wir im Bemühen, die Gegenwart zum Positiven hin zu wandeln, nicht nachlassen. Wir haben im Europarat über Jahrzehnte die Vision von einem demokratischen Gesamteuropa nicht aus dem Auge verloren, und wir taten gut daran. Wir tun jetzt gut daran, einen positiven Dialog zwischen den Kulturen Europas und dem Islam einzuleiten, in der Hoffnung, daß dies einmal Früchte zeitigen wird.

#### Empfehlung 1162 (1991)

##### betr. den Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur

1. Der satzungsmäßige Auftrag des Europarates besteht in der Erhaltung und Förderung der geistigen und moralischen Werte, die das gemeinsame Erbe seiner Mitgliedstaaten sind. Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.
2. Das multikulturelle Europa beruht auf humanitären und religiösen Traditionen, aus denen seine Verbundenheit gegenüber Freiheit und Menschenrechten entspringt, woran die Versammlung in ihrer Entschließung 885 (1987) betr. den jüdischen Beitrag zur europäischen Kultur erinnert.
3. In demselben Geiste hat der Ausschuß für Kultur und Erziehung im Mai 1991 in Paris ein Kolloquium über den Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur abgehalten. Dieses Kolloquium wurde in Zusammenarbeit mit dem westlichen Institut für islamische Kultur (Madrid) und in Verbindung mit der UNESCO veranstaltet.
4. Das Kolloquium hat gezeigt, daß der Islam in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen neben dem Christentum oder dem Judentum jahrhundertlang einen Einfluß auf die europäische Zivilisation und das tägliche Leben ausgeübt hat, und dies nicht nur in Ländern mit moslemischer Bevölkerung, wie z. B. der Türkei. Auch das neue Europa wird zunehmend vom Islam beeinflusst, nicht nur durch Regionen mit überwiegend islamischer Kultur, wie z. B. Albanien oder bestimmte Republiken im Süden der UdSSR, sondern auch allgemein durch die Wanderungsbewegungen aus der islamischen Welt.
5. Es ist eine Tatsache, daß die islamische Welt auch Länder aus Asien und Afrika sowie aus dem Nahen Osten und dem Maghreb umfaßt.
6. Der Islam leidet jedoch heute genauso wie früher unter dem falschen Bild, das z. B. infolge abweisender oder gegen den Osten gerichteter Vorurteile von ihm entstanden ist, und die Europäer sind sich kaum darüber bewußt, welchen Beitrag der Islam in der Vergangenheit geleistet hat oder welche positive Rolle er in der gegenwärtigen europäischen Gesellschaft spielen kann. Historischer Irrtum, pädagogisches Auslesesystem (Eklektizismus) und eine viel zu vereinfachte Darstellung des Islam in den Medien sind für diese Situation verantwortlich.
7. Diese falsche Darstellung, zu der viele Moslems unserer Zeit aufgrund ihres fehlenden kritisch-analytischen Bewußtseins oder durch ihre Intoleranz selbst beigetragen haben, führte vor allem dazu, daß der Islam in Europa zu oft als unvereinbar angesehen wird mit den Prinzipien, die der modernen europäischen Gesellschaft (vorwiegend weltlich und demokratisch orientiert) und der europäischen Ethik (Menschenrechte und freie Meinungsäußerung) zugrunde liegen.
8. Obwohl diese Unvereinbarkeit durchaus besteht und auch zwischen dem islamischen Fundamentalismus und den kulturellen und ethischen Grundsätzen des Europarates, wie z. B. im Hinblick auf die Behandlung von Frauen oder die Beachtung der Meinungsfreiheit, vorhanden ist, ist sie nicht charakteristisch für den Islam als Ganzes. Es muß zugegeben werden, daß Intoleranz und Mißtrauen bedauerlicherweise auf beiden Seiten, der islamischen und der nichtislamischen, bestehen.
9. Die Versammlung ist sich im klaren über diese Situation, über die Notwendigkeit, die Vergangenheit besser zu kennen, um die Gegenwart besser zu verstehen und die Zukunft vorbereiten zu können, und über den wertvollen Beitrag zur Lebensqualität, den die islamischen Wertvorstellungen durch ein neues gesamteuropäisches Vorgehen im kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Bereich leisten können.
10. Darüber hinaus sollte der Zusammenarbeit mit der islamischen Welt größere Aufmerksamkeit verliehen werden. Der Europarat hat bereits beachtliche Arbeit im Bereich des interkulturellen Verständnisses geleistet, die unter besonderer Berücksichtigung der islamischen Kultur weiterentwickelt werden sollte. Man sollte sich um weitere Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und anderen in diesem Bereich tätigen Organisationen, wie z. B. dem Westlichen Institut für islamische Kultur in Madrid, dem Pariser Institut für die arabische Welt sowie mit anderen Einrichtungen, bemühen.

11. Daher empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die islamische Welt im intergouvernementalen Tätigkeitsprogramm des Europarates und in seinen Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

*Im Bereich der Erziehung*

- i. Unterrichtsprogramme und Schulbücher sollten nach den Richtlinien des internationalen Forschungsprojekts „Der Islam in Schulbüchern“ eine objektive und ausgewogene Darstellung der Geschichte des Islam enthalten.
- ii. Der Unterricht der arabischen Sprache als lebender Sprache sollte an den europäischen Schulen gefördert werden.
- iii. Die wissenschaftliche Erforschung islamischer Fragen sollte vor allem durch die verstärkte Einrichtung entsprechender Lehrstühle für arabische und islamische Fachbereiche an den Universitäten gefördert werden. Der Islam sollte ebenfalls in die wichtigsten Studienzeige einbezogen werden: Zum Beispiel sollte Islamische Geschichte in Fachbereichen der Geschichte, Islamische Philosophie in Fachbereichen der Philosophie und Islamisches Recht an juristischen Fachbereichen gelehrt und nicht auf die Fachbereiche der orientalischen Sprachen beschränkt werden, wie es oft der Fall ist.
- iv. Ebenso sollte in theologischen Vorlesungen eine vergleichende Betrachtung des Islam, des Christentums und des Judentums gefördert werden.
- v. Für bestimmte Regionen, wie z. B. den Mittelmeerraum, sollte ein integriertes Unterrichtskonzept verabschiedet werden, das Studien über Religion, Philosophie, Literatur und Geschichte miteinschließt.
- vi. Schüler- und Lehreraustauschprogramme sollten im Rahmen der Zusammenarbeit im Hochschulbereich zwischen Europa und der islamischen Welt erstellt und weiterentwickelt werden, wie es in der Empfehlung 1032 betr. die Gründung einer euro-arabischen Universität vorgeschlagen wird. Dies könnte als „Averroes-Programm“ bezeichnet werden, im Vergleich zu den bereits bestehenden Programmen „Erasmus“ und „Demosthenes“.

*Im Bereich der Medien*

- vii. Produktion, Koproduktion und Ausstrahlung von Rundfunk und Fernsehprogrammen über islamische und arabische Kultur sollten gefördert werden.

*Im Bereich der Kultur*

- viii. Einwanderer aus der islamischen Welt benötigen Orte, an denen sie ihr kulturelles und

geistiges Erbe zum Ausdruck bringen können. Die kulturelle Eigenentfaltung sollte jedoch nicht mit einer Abschottung von Gesellschaft und Kultur des Gastlandes einhergehen.

- ix. Reisewege zu kulturellen Stätten der islamischen Welt innerhalb und außerhalb Europas sowie Kulturaustausch, Ausstellungen, Konferenzen und Publikationen in den Bereichen Kunst, Musik und Geschichte sollten gefördert werden. Dabei kommt den Museen eine wichtige Rolle zu.
- x. Ausgewählte islamische Werke aus Klassik und Neuzeit sollten in einer Weise übersetzt und veröffentlicht werden, die zu ihrem besseren Verständnis in der westlichen Gesellschaft beiträgt.

*Verwaltungsfragen und Alltagsleben*

- xi. Zusätzlich zu den üblichen Bestimmungen für den Zusammenschluß und die Repräsentation eingewanderter und einheimischer islamischer Gemeinschaften sollten die Regierungen den Dialog zwischen den islamischen Gemeinschaften und den zuständigen Behörden fördern, um den religiösen Voraussetzungen für die Ausübung ihres Glaubens (religiöse Feste, Gebetsvorschriften, Kleidung und Ernährung) Rechnung zu tragen. Dabei sollte jedoch das Brauchtum des Gastlandes respektiert werden.
- xii. Städtepartnerschaften zwischen Europa und der islamischen Welt, insbesondere mit islamischen Städten, die Europa geographisch am nächsten liegen, sollten gefördert werden.

*Im Bereich der multilateralen Zusammenarbeit*

- xiii. Echte Bemühungen sind erforderlich, um die Grundlagen für einen ständigen Dialog zwischen Europa und der islamischen Welt zu schaffen, dessen Ziel in der Verstärkung und Weiterentwicklung aller demokratischen und pluralistischen Tendenzen besteht. Der direkten Zusammenarbeit mit bestimmten Teilen dieser Welt, z. B. mit den arabischen Ländern in der Mittelmeerregion (als Beitrag zur eventuellen Vorbereitung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum), oder mit eingewanderten Gemeinschaften innerhalb Europas sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
- xiv. Diesem Dialog sollte dadurch eine positive Dynamik verliehen werden, daß auf zukünftigen Seminaren Schlüsselfragen behandelt werden, wie z. B. islamischer Fundamentalismus, Demokratisierung der islamischen Welt, Vereinbarkeit der verschiedenen Formen des Islam mit der modernen europäischen Gesellschaft und allgemein neue Probleme, die den heutigen Gesellschaften

durch die Religionen gestellt werden, sei es in den weltlichen Gesellschaften des Westens oder in den traditionellen Gesellschaften der Dritten Welt. Die Probleme des Islam sollten unter demselben Blickwinkel untersucht werden wie die Probleme des Christentums, des Judentums und anderer Religionen in der Welt. Solche Studien werden den historischen Demokratisierungsprozeß der traditionellen Gesellschaften durch eine Erweiterung der ihnen zugrundeliegenden kulturellen Horizonte sicherlich weiter vorantreiben.

12. Die Versammlung ersucht ebenfalls das Ministerkomitee, die an der islamischen Welt interessierten Länder aufzufordern, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ähnliche Initiativen zu ergreifen und gegebenenfalls den ihnen offenstehenden Teilabkommen des Europarates beizutreten, um eine Harmonisierung der gesetzlichen Vorschriften und eine Verbesserung des kulturellen Verständnisses herbeizuführen.

#### Richtlinie 465 (1991)

#### betr. den Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur

1. Die Versammlung nimmt Bezug auf ihre Empfehlung 1162 (1991) über den Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur.
2. Sie fordert ihren Ausschuß für Kultur und Erziehung auf, die Untersuchung dieses Themas nach den Grundsätzen dieser Empfehlung in zukünftigen Kolloquien und Berichten fortzusetzen.

**Freitag, 20. September 1991**

#### Tagesordnungspunkt:

#### Antworten auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) aus dem Jahr 1990

(Drucksache 6446 und 6473)

Berichterstatter: Abg. Dick Dees (Niederlande)

**Prof. Dr. Uwe Holtz (SPD):** Besten Dank, Frau Präsidentin! Die OECD stellt einen der wichtigsten Denktanks der westlichen Industrieländer dar, wie dies der Herr Generalsekretär heute morgen ausgeführt hat. Sie bemüht sich um die Koordinierung nationaler Politiken in den unterschiedlichsten Bereichen mit mehr oder auch weniger erfolgreichem Ausgang.

Der Resolutionsentwurf, der uns heute vorliegt, enthält mehrere Aufforderungen an die Adresse der OECD. Ich greife zwei heraus: Die OECD wird aufgefordert, **die wirtschaftlichen und sozialen Folgen und Möglichkeiten der Abrüstung und der Rüstungskonversion zu untersuchen.** Ferner soll die OECD einen

jährlichen Bericht darüber erstellen, ob sich die Mitgliedstaaten der OECD an **die neuen entwicklungspolitischen Leitlinien**, die sie 1989 unter dem Dach der OECD verabschiedet haben, wirklich halten.

Diese beiden Forderungen, Herr Generalsekretär, erneuern wir. Wir haben sie schon im letzten Jahr ausgesprochen. Es wäre sehr gut, wenn wir im kommenden Jahr zusammenkämen und Sie sagen könnten: Dem Wunsch der OECD-Parlamentarierversammlung wurde entsprochen.

Der Berichterstatter — unser Kollege Dees aus den Niederlanden — würdigt in seinem Bericht zu Recht die Arbeit der OECD. Er geht auf die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit wie den Golfkrieg und die Veränderungen in Osteuropa ein und wagt den Blick in die Zukunft. Er sieht in der OECD eine Institution, die den sich immer rascher vollziehenden Wandel auf vielen Gebieten rechtzeitig aufspürt, ja, aufspüren muß. Die OECD, so sagen Sie, Herr Kollege Dees, müsse dazu beitragen, die Fähigkeit der Mitgliedsländer, sich angemessen auf diesen Wandel einzustellen, zu erhöhen. In Ihren Augen scheint die OECD eine — so wörtlich — permanente Perestroika zu empfehlen. Das ist ein interessanter Hinweis.

Ich möchte dem Berichterstatter für seinen gesamten Bericht und dafür ausdrücklich danken, daß er den Mitgliedstaaten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Zentral- und Osteuropa nicht eine selbstgefällige Pose empfiehlt, sondern **die Notwendigkeit weiterer Verantwortung im Bereich von Veränderungen im Westen** erkennt.

Sicher, das kommunistische politische und wirtschaftliche System steht vor dem Konkursrichter der Welt. Dennoch, Demokratie und Marktwirtschaft müssen sich vielen neuen Herausforderungen stellen.

**Demokratie:** Wir aus den westlichen Ländern predigen zu Recht Demokratie und müssen dennoch **Demokratiedefizite bei uns** beklagen. Dem Europäischen Parlament werden immer noch wesentliche parlamentarische Rechte vorenthalten. Multilaterale mächtige, von den westlichen Industrieländern dominierte Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank werden bislang nur sehr unzureichend parlamentarisch begleitet oder gar kontrolliert. Und deshalb besten Dank, lieber Kollege Edwards aus Australien, für den Hinweis, den Sie gerade gegeben haben, und die Unterstützung der australischen Delegation. **Wir brauchen so etwas wie ein parlamentarisches „Watchsystem“ gegenüber diesen multilateralen Institutionen.** Internationale Politik macht man nicht nur auf intergouvernementaler Ebene; die interparlamentarische Ebene muß mit dazutreten.

In dem vorliegenden Resolutionsentwurf wird eine Verbindung hergestellt zwischen der Demokratie auf der einen und dem wirtschaftlichen Erfolg auf der anderen Seite. Wie läßt sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Erkenntnis damit vereinbaren, daß einige OECD-Staaten das **kommunistische Regime der Volksrepublik China** durch eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, ja auch entwicklungs-

politische Zusammenarbeit unterstützen und verlängern?

**Marktwirtschaft:** Marktwirtschaft ist kein Ziel an sich, sondern meines Erachtens **das geeignete Mittel und Ordnungsprinzip für erfolgreiches Wirtschaften**. Dennoch sorgen marktwirtschaftliche Kräfte allein noch nicht für das Wohlergehen aller Menschen. Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit in einer Reihe von OECD-Mitgliedsländern, der Zustand der Umwelt und der andauernde Protektionismus in vielen Bereichen machen deutlich: Der freie Markt bedarf gewisser, durch die Politik gesetzter Rahmenbedingungen. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, daß die Resolution zweierlei fordert: a) OECD-weite Politiken, die eine Entwicklung gewährleisten, die dauerhaft ist, arbeitsplatzschaffend, sozial gerecht und umweltfreundlich, und b) ein offenes und zugleich faires internationales Handelsregime, was im übrigen Strukturanpassungen auch in unseren Ländern erfordert.

Im geeinten Deutschland erfahren wir gerade, wie schwierig der Übergang von der Kommandowirtschaft zur sozialen, ökologischen Marktwirtschaft ist. In vielen Bereichen müssen die Menschen im östlichen Teil Deutschlands **schmerzhafte Anpassungsprozesse** erleiden. Aber letztlich wissen sie, daß diese Prozesse zu einem glücklichen Ende kommen werden, dank ihrer eigenen Arbeitskraft, dank der neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung, dank der großen finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung, dank der Wirtschaftskraft der Europäischen Gemeinschaft. Viele Länder, die sich in ähnlichen Umstrukturierungsprozessen befinden, haben nicht derart günstige Rahmenbedingungen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der japanische Kollege Yamaguchi hat soeben daran erinnert, daß mit dem Fall der Berliner Mauer der Kalte Krieg zu Ende gegangen ist. Ja, der Eiserne Vorhang ist gefallen. Aber jetzt wird immer deutlicher, daß es **Vorhänge der Armut** gibt, **die die Welt teilen**. Die Oder-Neiße-Grenze ist keine politische, keine ideologische Grenze mehr, sie ist aber zu einem Rio Grande in Europa geworden. Das Mittelmeer stellt ebenfalls einen solchen Vorhang der Armut dar.

Es gilt also, auch diese Vorhänge beiseite zu schieben und eine Menge von Bomben zu entschärfen: Armutsbomben, Verschuldungsbomben, ökologische Bomben, ja sogar Bevölkerungsbomben.

Ich kann die Zustimmung zu dem vorliegenden Resolutionsentwurf auch deshalb empfehlen, weil die **Sprengkraft des Nord-Süd-Konflikts** erkannt wird und wichtige Maßnahmen gefordert werden, so zum Beispiel eine substantielle Schuldenerleichterung, bessere, faire Handelsbeziehungen einschließlich einer Verbesserung der Einkünfte für rohstoffproduzierende Entwicklungsländer, eine verstärkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Der Besuch des Unterausschusses dieser Parlamentarischen Versammlung für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen letzte Woche in Abidjan (Côte d'Ivoire) machte uns, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, deutlich:

Erstens. Gerade in einer Zeit atemberaubender Veränderungen in Europa ist es nötig, daß wir in Europa, wir, die OECD-Mitgliedsländer, darauf hinweisen: Wir denken nicht nur an uns, wir frönen keinem heiligen Euroegoismus, sondern wir vergessen **Afrika** nicht, wir vergessen die anderen Kontinente des Südens nicht. Sie haben nämlich **Angst vor einer weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Marginalisierung**.

Zweitens. Die **Verelendungs- und Verarmungsprozesse im Süden der Halbkugel** lassen uns nicht unbeteiligt — aus humanitären Gründen, aber auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse. Wir wissen, daß der wirtschaftliche Niedergang in einer Reihe von Entwicklungsländern auch auf hausgemachte Ursachen zurückzuführen ist: korrupte, ineffiziente Wirtschaftssysteme, Diktaturen, Kapitalflucht usw. Wir wissen aber ebenso, daß das internationale Umfeld die Entwicklungsländer häufig benachteiligt. Die Kollegen Jessel und Edwards haben darauf hingewiesen, daß etwa der Verfall der Rohstoffpreise zu einer dramatischen Verschlechterung gerade für die ärmsten Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern beigetragen hat. Deshalb ist auch hier **unsere Mitverantwortung gefordert**.

Drittens. Der demokratische Wind, der durch Europa, insbesondere Zentral- und Osteuropa, weht, hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch enorme Auswirkungen auf die Länder der sogenannten Dritten Welt — kann man überhaupt noch von der „Dritten Welt“ sprechen? —, hat enorme Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Sie wissen, daß sie uns nicht länger gegeneinander ausspielen können. Früher haben wir im Westen manchmal die Augen vor Diktaturen zugedrückt, bloß weil die Diktatoren uns versichert haben, sie stünden auf der Seite des Westens und sie seien Antikommunisten. Mit diesem Spiel, auch mit diesem Ausspielen ist es jetzt vorbei. Es darf **keine direkte oder indirekte Unterstützung von korrupten, kleptokratischen, undemokratischen Eliten in den Ländern der Dritten Welt** geben. Deshalb muß unsere internationale Zusammenarbeit neu orientiert werden. Der **Europarat**, „carrefour de la démocratie“, hat **eine besondere Aufgabe**, auch im Demokratiebereich mit für einen Transfer zu sorgen. Die **Straßburger Konferenz**, vor zwei Tagen zu Ende gegangen, war ein ganz wichtiges Beispiel dafür und ein guter Ansatz.

Das Institut für Demokratie hier in Straßburg kann seine Aufgaben noch besser wahrnehmen, wenn es stärker mit dafür sorgt, daß Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht nur aus Osteuropa, sondern auch aus dem Süden des Kontinents mit Demokratie und Parlamentarismus vertraut gemacht werden.

Nein, wir im Europarat, wir in den OECD-Ländern haben noch viel vor uns. Machen wir uns weiterhin an die Arbeit!

**Dr. Cornelia von Teichmann (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die politischen Veränderungen in Europa, die 1989 so dramatisch begonnen haben und die als Folge des gescheiterten Putschs in der Sowjetunion jetzt mit neuer Dynamik weitergehen, erfordern auch

eine Veränderung des wirtschaftspolitischen Denkens bei uns im Westen. Ich meine, gerade die OECD ist das geeignete Forum, um diese Veränderung anzumahnen und einzufordern. Darin sollten wir, die wir eine Art Parlamentarische OECD-Versammlung sind, die Arbeit der OECD unterstützen, auch in unseren nationalen Parlamenten.

Worum geht es? **Der Sozialismus ist gescheitert**, als Staats- und als Lebensform, nicht zuletzt aber auch als Form des Wirtschaftens und der Güterverteilung. Ein Grund für sein Scheitern — und nicht der unwichtigste — war der sichtbare, durch keine noch so geschickte Propaganda zu verschleiern **Erfolg des marktwirtschaftlichen Systems im freien Europa**. Auf dieses System richten sich jetzt die Hoffnungen der befreiten Völker Osteuropas. Wir dürfen diese **Hoffnungen nicht enttäuschen, indem wir Westeuropa zur geschlossenen Gesellschaft erklären und den Eisernen Vorhang durch einen Vorhang des Protektionismus ersetzen**.

Die EG — und sie ist hier in erster Linie gefordert — war schon bisher wahrhaftig kein Musterknabe des freien Welthandels. Ganz im Gegenteil! Ich will gar nicht von der Agrarpolitik sprechen oder von der jahrelangen Schutzzollpolitik für die europäische Stahlindustrie. Ich meine, auch das jüngste Abkommen mit Japan über die fortdauernde Quotenpolitik in der Automobilindustrie ist kein Ruhmesblatt, ganz abgesehen davon, daß es auch schon wieder Versuche gibt, die bescheidenen Fortschritte, die dieses Abkommen bringt, durch restriktive Interpretation zu minimieren. All das ist schlimm genug.

Als Skandal, meine Damen und Herren, aber empfinde ich es, daß selbst die geringfügigen Konzessionen, zu denen die EG-Kommission in den Assoziierungsverhandlungen mit Polen, mit der CSFR und mit Ungarn bereit war, nicht die Zustimmung des Ministerrates gefunden haben. Dieser Vorgang ist wirtschaftlich und politisch eine Katastrophe. Wir führen Marktwirtschaft im Munde, und wo es ernst damit wird, wo ausländische Produkte wirklich markt- und konkurrenzfähig sind, da flüchten wir in einen **Protektionismus**, wie er schlimmer nicht sein könnte. Das ist **wirtschaftspolitisch falsch und moralisch verwerflich**. Denn wir zerstören damit die Hoffnung der Menschen in Osteuropa, sich durch eigene Leistung die Grundlagen für künftigen Wohlstand aufzubauen. **Osteuropa braucht schnell eine wirtschaftliche Perspektive**, auch hinsichtlich der EG. Sonst, meine Damen und Herren, entsteht eine Völkerwanderung unvorstellbaren Ausmaßes.

Aber leisten wir nicht alle mögliche Hilfe, Finanzspritzen, **Nahrungsmittelhilfe**? Natürlich, aber das ist doch **keine wirkliche Lösung der Probleme** dieser Länder. Nahrungsmittelhilfe kann langfristig sogar kontraproduktiv sein, weil sie die Absatzmöglichkeiten und die Preisfindung für einheimische Produkte stört und alles andere als ein Produktionsanreiz ist. Für uns in der EG aber ist sie bequem, weil sie keiner Interessengruppe wehtut, sondern allenfalls dem Steuerzahler allgemein, und für diesen hat sie auch noch den angenehmen Nebeneffekt, die Lagerhäuser von auf seine Kosten eingelagerter Überproduktion zu befreien.

So kann es in der Politik der EG gegenüber Drittländern nicht weitergehen. Ich sehe bedrohliche Anzeichen für einen immer offener zutage tretenden Protektionismus, und davor, meine ich, warnt auch die OECD zu Recht. Diese Art von Politik schadet den europäischen Verbrauchern, sie schadet unseren Nachbarn im Osten wie auch den Ländern in der Dritten Welt. Sie wird mittelfristig aber auch den Ländern der EG selbst schaden. Denn zum einen entsteht hinter dem Schutzzaun des Protektionismus kein Produkt, das auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist, und zum anderen werden unsere wichtigsten Handelspartner, allen voran die USA, nicht tatenlos zusehen, wie wir unsere Märkte abschotten und unsere Agrarprodukte, insbesondere auch deren Export, subventionieren, für uns aber freien Zugang zu ihren Märkten verlangen.

Noch besteht eine letzte Chance, im Rahmen der GATT-Verhandlungen ein positives Zeichen zu setzen. Ich meine, daß wir nur — und hier appelliere ich an Sie alle hier im Plenum —, durch fortgesetzten **Druck der Öffentlichkeit** erreichen können, daß diese Chance wirklich genutzt wird.

Dasselbe gilt für die Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten. Letztlich geht es hier um den freien Weltmarkt, dem wir unseren Wohlstand verdanken. **Aber es geht auch um die künftige Stabilität und damit um die künftige Sicherheit in Europa.**

Ich bitte Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, in ihren nationalen Parlamenten und Institutionen für diese Forderungen einzutreten, dem Protektionismus einen Riegel vorzuschieben, endlich zu einem **positiven Abschluß der GATT-Verhandlungen** zu kommen, den osteuropäischen neuen Demokratien und den Ländern der Dritten Welt eine wirtschaftliche und damit auch eine politische Zukunftsperspektive zu öffnen und die Arbeit der OECD zur Erreichung dieser bedeutsamen Ziele zu unterstützen.

Ich danke Ihnen.

#### Entschließung 968 (1991)

##### betr. die Aktivitäten der OECD im Jahre 1990

1. Die Versammlung hat den Tätigkeitsbericht der OECD 1990 (Dok. 6446) erhalten; ihr Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung hat hierzu eine Antwort vorgelegt (Dok. 6473). Ferner haben hierzu ihr Ausschuß für Wissenschaft und Technik (Dok. 6485), ihr Ausschuß für Umwelt, Raumordnung und Kommunalfragen (Dok. 6500), ihr Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen (Dok. 6487) und ihr Landwirtschaftsausschuß (Dok. 6474) Stellungnahmen vorgelegt.
2. Die Debatte wurde unter Beteiligung von Parlamentsdelegationen aus Australien, Kanada, Japan und Neuseeland und einer Delegation des Europäischen Parlaments geführt.
3. Darüber hinaus bekräftigt die Versammlung — enttäuscht über das Unvermögen der internationalen Gemeinschaft, ein Abkommen bei den

multilateralen Handelsgesprächen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT bis Ende des Jahres 1990 abzuschließen — ihre Ansicht, daß ein erfolgreicher Abschluß der Runde nach wie vor für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum in der Welt unbedingt erforderlich ist und daß ein solcher Abschluß auch für die Entwicklungsstaaten und für Mittel- und Osteuropa von größter Bedeutung ist.

4. Die Versammlung weist erneut hin auf ihre mehrfach zum Ausdruck gebrachte Unterstützung für die politischen und wirtschaftlichen Reformen in Mittel- und Osteuropa und ihre Hilfe für die Bewältigung der sozialen Auswirkungen und ermutigt die betroffenen Staaten, ihre Anstrengungen trotz der damit verbundenen beträchtlichen Schwierigkeiten und Opfer fortzusetzen.

#### A. Wirtschaftspolitik und Zusammenarbeit in verwandten Bereichen

5. Die wirtschaftliche Entwicklung im OECD-Raum verläuft derzeit insgesamt weniger dynamisch mit einer erwarteten durchschnittlichen Wachstumsrate von nur 1 % im Jahr 1991, nachdem es 1990 3 % waren. Jedoch deuten die Aussichten auf eine Wiederherstellung des Wachstum von 3 % im Jahre 1992 hin, obwohl sich hinter dieser Zahl beträchtliche Leistungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten verbergen.
6. Die Konjunktur im OECD-Bereich hatte sich im ersten Halbjahr stark verlangsamt, was zumindest teilweise auf den Golfkrieg und die ihm vorausgegangenen Ereignisse zurückzuführen ist. Der schnelle und endgültige Sieg der Verbündeten, der zu einem Wiedererstarren des Vertrauensklimas bei Verbrauchern und Unternehmen und zu rückläufigen Zinssätzen in einer Reihe von Staaten führte sowie das Einpendeln des Ölpreises auf den Stand vor der Krise dürften den Aufschwung in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 unterstützen.
7. Man rechnet mit einer bescheidenen Inflation in Ländern, in denen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert haben; die Inflation bleibt jedoch Anlaß zu Besorgnis in einer Reihe anderer Staaten. Unter diesen Umständen sollte die monetäre Politik, unterstützt von fiskalischen Maßnahmen, die Inflation im Auge behalten.
8. Eine vorsichtige Steuerpolitik mit dem Ziel, die öffentlichen Haushaltsdefizite zu verringern, ist angesichts des zunehmenden Drucks auf die Kapitalressourcen in der Welt, der durch eine beträchtliche öffentliche Schuldenaufnahme mehrerer OECD-Staaten und durch verstärkte finanzielle Erfordernisse in Mittel- und Osteuropa und in vielen Entwicklungsländern verursacht wurde, um so wichtiger.
9. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im OECD-Raum, die von 6,2 % im Jahre 1990 auf einen erwarteten Prozentsatz von 7,1 % der Erwerbstätigen anstieg, bleibt enttäuschend

hoch, besonders angesichts der Möglichkeiten einer Senkung, die sich in den letzten Jahrzehnten eines fast ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums boten.

10. Trotzdem erscheinen die Probleme der OECD-Staaten gering im Vergleich zu jenen, denen sich viele weniger entwickelte Staaten und viele Länder Mittel- und Osteuropas, die den Versuch einer Wirtschaftsreform unternommen haben, gegenübersehen. Es ist wichtiger als je zuvor, diesen beiden Staatengruppen zu helfen, Fortschritte in Richtung auf mehr Demokratie und eine sozial gerechte und umweltverträgliche marktorientierte Wirtschaft zu machen und ihnen dabei zu helfen, der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten.
11. Zur gleichen Zeit kommt allen Staaten die Aufgabe zu, weltweiten Umweltgefahren, wie der Zerstörung der Ozonschicht, der Erderwärmung, der Bodenerosion und der Zerstörung der tropischen Wälder und der genetischen Vielfalt von Fauna und Flora, entgegenzutreten. Da nur durch ein gemeinsames Handeln der internationalen Staatengemeinschaft Lösungen für diese Probleme gefunden werden können, kommt den OECD-Staaten mit ihren größeren Ressourcen eine besondere Verantwortung zu, ein solches Handeln in die Wege zu leiten.
12. Diese Gegebenheiten — sowie die bedrückende Situation der Entwicklungsländer und die vielen schwerwiegenden Umweltprobleme, mit denen die OECD-Staaten und die Welt insgesamt konfrontiert werden — zeigen, daß die Marktkräfte durch gemeinsame, OECD-weite Politiken unterstützt werden müssen, die eine dauerhafte, arbeitsmarktfördernde, sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung gewährleisten können.
13. Die Versammlung fordert daher die Mitgliedstaaten der OECD auf:
  - i. die derzeitigen im Rahmen der Uruguay-Runde stattfindenden Verhandlungen in einem Geiste der Verständigung und Kompromißbereitschaft fortzusetzen mit dem Ziel, so schnell wie möglich einen substantiellen und umfassenden Abschluß, möglichst vor Ende 1991 zu erreichen, um damit zum Aufbau eines weltweit fairen, offenen und geordneten Welthandelsystems und verbesserten Einkünften für die Grundnahrungsmittel exportierenden Entwicklungsländer beizutragen;
  - ii. Gemeinsame Positionen in der GATT-Runde herzustellen, um in Bereichen wie Landwirtschaft und Dienstleistungen entscheidende Fortschritte zu erzielen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, um ein besseres Verständnis der zwischen Welthandel und Umweltpolitik bestehenden Wechselwirkungen zu fördern;
  - iii. trotz der derzeitigen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums an der Durchführung

- von Strukturreformen in allen entscheidenden Bereichen festzuhalten und damit die Anpassungsfähigkeit ihrer Gesellschaften an eine sich ständig verändernde Umwelt zu erweitern und somit Voraussetzungen für ein langfristiges und nachhaltiges Wachstum zu schaffen;
- iv. ihren Kampf gegen die Inflation zu verstärken und sicherzustellen, daß diese auch bei einer Wiederbelebung der Konjunktur niedrig bleibt;
  - v. soweit notwendig und möglich, die Haushaltsdefizite abzubauen und damit den Druck auf die monetäre Politik zu mindern und zur Herbeiführung eines ausgewogenen Gleichgewichts zwischen Inlandsersparnissen und Investitionen beizutragen;
  - vi. entschlossener Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen, insbesondere durch verbesserte schulische Ausbildung und erweiterte Berufsbildungsprogramme unter Beteiligung der staatlichen Seite, der Betriebe und der Gewerkschaften;
  - vii. sicherzustellen, daß das Wirtschaftswachstum nicht nur in Übereinstimmung mit Umweltbelangen verläuft, sondern aktiv zur Erhaltung der Umwelt durch eine umfassende Integration der wirtschafts- und umweltpolitischen Maßnahmen und zu einer ökologischen Erneuerung der industriellen Gesellschaften beiträgt;
  - viii. zu diesem Zweck regelmäßig nationale Berichte über die „Lage der Umwelt“ zu veröffentlichen in Anlehnung an jene Berichte, die von der OECD im Auftrag aller Mitgliedstaaten veröffentlicht werden und umfassend mit der OECD bei der Ausarbeitung von Studien über im Umweltbereich erzielte Fortschritte zusammenzuarbeiten;
  - ix. strengere vorbeugende Maßnahmen gegen jede Art von Strahlenbelastung, ganz gleich ob von Atomkraftwerken, Industrie, Gebäuden, medizinischen Geräten oder ähnlichem ausgehend, zu ergreifen;
  - x. sich für ein gemeinsames politisches Handeln einzusetzen in bezug auf weltweite Umweltgefahren, wie die Erderwärmung oder die Zerstörung der Ozonschicht, und weitere mögliche gemeinsame Vorgehensweisen zu prüfen, darunter z. B. die Einführung einer „CO<sub>2</sub>-Steuer“;
  - xi. alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit mit der 1992 stattfindenden Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung ein Durchbruch im Hinblick auf die Herbeiführung einer nachhaltigen und dauerhaften Entwicklung stattfinden kann.
14. Die Versammlung fordert die Mitgliedstaaten der OECD ebenfalls auf, sich bei ihren Beziehungen zu den Entwicklungsstaaten:
- i. einzusetzen für die Durchführung der entwicklungspolitischen Grundsatzerklärung über die „Entwicklungszusammenarbeit in den 90ern“ des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) der OECD und insbesondere jener Leitlinien, welche die Notwendigkeit umweltverträglicher Strategien hervorheben, die zum Nutzen der breiten Masse der Menschen und mit deren Beteiligung durchgeführt werden und welche soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte fördern;
  - ii. das Konzept der kohärenten Politik festzulegen, um zu gewährleisten, daß alle politischen Bereiche, einschließlich der Entwicklungshilfe, auf konzertierte und kohärente Weise zur Stärkung der institutionellen und wirtschaftlichen Kapazitäten aller Entwicklungsländer beitragen;
  - iii. ganz oder teilweise öffentliche Entwicklungshilfekredite zu streichen und sich einzusetzen für die Erleichterung der verbleibenden Schuldenlast als Gegenleistung für verbindliche Zusagen durch die Empfängerländer in bezug auf Umweltschutz und politische und wirtschaftliche Reformen;
  - iv. ihre öffentliche Entwicklungshilfe an diese Staaten unter dem Druck anderer Verpflichtungen nicht einzuschränken, sondern sie möglichst zu verstärken und danach zu trachten, zumindest das von den Vereinten Nationen gesetzte Ziel von 0,7 % des BSP zu erreichen, und zwar bis Mitte der 90er Jahre und den Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Staaten besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und soweit sie Strukturanpassungsmaßnahmen durchführen, ihnen zu helfen, die negativen Folgen, insbesondere im Bereich öffentliche Gesundheit, Bildung und Wirtschaft, zu bewältigen.
15. Darüber hinaus fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten der OECD auf, bei ihren Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas:
- i. ihre eigenen Märkte verstärkt zu öffnen auf der Grundlage der Meistbegünstigungsklausel für Exporte aus den betroffenen Staaten, da anderenfalls das wirtschaftliche Wachstum und sogar die Aussichten auf Demokratie in der Region gefährdet werden könnten;
  - ii. jenen Staaten, die eindeutig für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten — von denen einige bereits jetzt Mitglieder des Europarates sind oder voraussichtlich demnächst werden — verstärkt technische und finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen für den Übergang zu einer Marktwirtschaft, in der die soziale Gerechtigkeit und die Beachtung von Umweltbelangen gewährleistet sind;
  - iii. insbesondere dann ihre Aktionen zu koordinieren, wenn es darum geht, die Auslandsschulden der betroffenen Staaten zu erleichtern.

tern unter der Ägide des Internationalen Währungsfonds und des Club von Paris;

- iv. ihre Infrastruktur zu verbessern und ihre Umwelt wiederherzustellen, vor allem mit Hilfe solcher Organisationen wie der OECD, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Europäischen Gemeinschaft, der EFTA und des Europarates;
- v. ihre Unterstützung und die Zusammenarbeit in bezug auf die Berufsausbildung in allen Bereichen zu verstärken.

#### 16. In bezug auf die OECD:

##### Die Versammlung

- i. begrüßt die Verabschiedung des Programms „Technologie und Wirtschaft“ (TEP) der OECD und ermutigt die Organisation, dafür Vorkehrungen zu treffen, daß ihrem nachdrücklichen Hinweisen auf die Bedeutung von Technologie, Ausbildung und Unternehmenskultur in den Betrieben für die wirtschaftliche Entwicklung von den politisch Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten Beachtung geschenkt wird;
- ii. fordert die OECD erneut auf, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der verringerten militärischen Aufgaben und insbesondere die Probleme, Möglichkeiten und Folgen, die sich aus der Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion ergeben, zu prüfen;
- iii. appelliert erneut an die OECD, einen jährlichen Überblick auszuarbeiten über die Auswirkungen der Durchführung der Grundorientierungen der politischen Grundsatzerklärung über die „Entwicklungszusammenarbeit in den 90ern“ der Organisation;
- iv. unterstützt nachdrücklich die Arbeit der OECD im Rahmen des „Internationalen Programms für die langfristige Zukunft“, mit der das Ziel verfolgt wird, den Mitgliedstaaten zu helfen, rechtzeitig langfristige Trends, neue Problembereiche und Gefahren zu erkennen;
- v. empfiehlt der OECD ebenfalls — am besten in Zusammenarbeit mit dem Europarat — den Zusammenhang zwischen Demokratie und Menschenrechte auf der einen Seite und einer nachhaltigen und dauerhaften wirtschaftlichen Entwicklung auf der anderen Seite zu untersuchen;
- vi. begrüßt den verstärkten Dialog der OECD mit den sogenannten Dynamischen Volkswirtschaften Asiens (Hongkong, Republik Korea, Malaysia, Singapur, Taiwan und Thailand) und befürwortet seine Erweiterung. Sie unterstützt auch das von Mexiko gezeigte Interesse, assoziiertes Mitglied der OECD zu werden im Hinblick auf eine möglichst baldige Vollmitgliedschaft. Sie begrüßt ebenfalls den Dialog mit anderen Nichtmitgliedstaaten;

- vii. nimmt mit Befriedigung die expandierenden Aktivitäten des OECD-Zentrums für die Zusammenarbeit mit den im Umbruch befindlichen europäischen Volkswirtschaften zur Kenntnis und insbesondere das Programm „Partner des Übergangs“, welches mit der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen eingeleitet wurde und darauf abzielt, praktische Hilfe zu geben, um damit die Reformen in zahlreichen Bereichen zu erleichtern, und schlägt vor, daß diese Aktivitäten auf andere Staaten in der Region erweitert werden.

##### B. Landwirtschaft

- 17. Die Versammlung vertritt die Auffassung, daß die OECD ihren Mitgliedern einen sehr wertvollen Rahmen für Gespräche über Landwirtschaftspolitik, Märkte und Handel zur Verfügung stellt sowie für deren Arbeit in bezug auf die Reform der Landwirtschaftspolitik, die zu einer verbesserten Übermittlung von Marktsignalen an die Landwirte und größerem Nachdruck auf der Entwicklung des ländlichen Raums und auf dem Umweltschutz führen soll, ohne Rückgriff auf marktverzerrende Maßnahmen.
- 18. Sie sieht mit großer Erwartung einem erfolgreichen Abschluß der laufenden GATT-Verhandlungen und Vereinbarungen entgegen, die freie und marktorientierte weltweite Handelsregeln vorsehen und eine Zunahme des Agrarhandels nach sich ziehen mit positiven Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums. Sie erkennt auch an, wie wichtig eine Liberalisierung des Agrarhandels im Rahmen erfolgreicher GATT-Verhandlungen für die Staaten Mittel- und Osteuropas ist.
- 19. Daher fordert die Versammlung die Regierungen der Mitgliedstaaten der OECD sowie — im gegebenen Fall — die Organisation selbst auf:
  - i. die Aktivitäten fortzusetzen, mit denen die Rolle der Marktsignale verstärkt werden soll im Hinblick auf Orientierungen für die Agrarproduktion und den Agrarhandel (einschließlich Fischerei und Forstwirtschaft) und insbesondere im Hinblick auf eine Evaluierung der Auswirkungen verringerter Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft auf den Handel;
  - ii. die Kapazität, mittelfristige Marktprognosen zu erstellen, zu verbessern, und sich um neue Maßnahmen und Strategien zu bemühen;
  - iii. im Rahmen der Überprüfung der Landwirtschafts-, Fischerei- und Forstpolitik und der Strukturanpassungsmaßnahmen dem Grundsatz des nachhaltigen Ressourcenmanagements und insbesondere Umweltfragen und Fragen der Entwicklung des ländlichen Raums größeres Gewicht beizumessen;

- iv. die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für Strategien der landwirtschaftlichen Non-food-Produktion zu analysieren;
- v. die Aktivitäten, die sich mit der Erarbeitung von Meßgrößen für Unterstützungsmaßnahmen der Landwirtschaft sowie deren Auswirkungen auf Handel und Märkte befassen, fortzusetzen mit dem Ziel, die Ausarbeitung fairer und marktorientierter Handelsregeln und eine Zunahme des Agrar- und Nahrungsmittelhandels anzuregen;
- vi. die Untersuchung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West im Bereich Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft fortzusetzen;
- vii. Zusammenarbeit anzuregen und Unterstützung in den Bereichen landwirtschaftliche Ausbildung und Agrarforschung sowie landwirtschaftliche Beratungsdienste zur Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors in den Staaten Mittel- und Osteuropas zur Verfügung zu stellen.

### C. Bildungswesen

- 20. Die Versammlung erkennt die Notwendigkeit eines dynamischen Bildungskonzepts an, um mit der Entwicklung der in diesem Bereich entstehenden Probleme Schritt halten zu können, um eine schnellere Internationalisierung von Bildung und Mobilität und eine auf Toleranz ausgerichtete Ausbildung in einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft zu erreichen und, ganz besonders, um die Demokratisierung im Bildungsbereich in Mittel- und Osteuropa fortführen zu können.
- 21. Die Konferenz der OECD-Bildungsminister im November 1990 in Paris zum Thema „Hochqualifizierte Bildung und Ausbildung für alle“ befaßte sich mit diesen Fragen.
- 22. Das Schlußkommuniqué hat die wichtigsten im Verlauf der 90er Jahre durchzuführenden Aufgaben festgehalten. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Anerkennung der wichtigen Rolle des „menschlichen Faktors“ und die Erkenntnis, daß Entwicklungen außerhalb des OECD-Raums von ebenso großer Bedeutung für Mittel- und Osteuropa wie für andere Teile der Welt sind, sowie die Hervorhebung von Flexibilität — d. h. die Fähigkeit, zu lernen und kontinuierlich weiterzulernen.
- 23. Zu den politischen Orientierungen der OECD-Aktivitäten für die nächsten fünf Jahre gehört die Priorität für die bildungsmäßig benachteiligten Gruppen — d. h. Behinderte, sozial schwache Gruppen und Frauen, die in das Erwerbsleben zurückkehren wollen. Dazu gehört auch die Bereitstellung von qualifizierter Bildung, wobei bekräftigt wird, daß dies ein demokratisches Ziel ist — d. h. jedermann zugute kommen soll.
- 24. Die Versammlung kann solche Ziele natürlich nur begrüßen, gerade wenn sie von Organisationen wie der OECD vorgegeben werden, die das Bildungswesen in einen interaktiven sozio-ökonomischen Kontext stellt, die auch die Sozialpartner in die Beratungen miteinbezieht und die ihre Schlußfolgerungen auf fundierter wissenschaftlicher Forschung begründet.
- 25. Besser abgestimmte Anstrengungen sind jedoch erforderlich, um die zuständigen Entscheidungsträger auf nationaler und anderer Ebene und die im Lehrberuf Tätigen zu ermutigen, ab sofort diese politischen Orientierungen in praktische Reformen umzusetzen. Die Versammlung und die Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas müssen dieser ehrgeizigen Aufgabe mehr Aufmerksamkeit widmen.
- 26. Auf ihrer nächsten Sitzung im Oktober 1991 in Wien wird die Ständige Konferenz der europäischen Bildungsminister ihre Erörterungen auf die europäische Dimension von Bildung und auf die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa konzentrieren. Es ist zu hoffen, daß bei dieser Gelegenheit die OECD die Beiträge des Europarates und die anderer intergouvernementaler Gremien ergänzen wird.
- 27. Generell begrüßt die Versammlung die kontinuierliche Information über die Aktivitäten der OECD im Bildungsbereich, die ihr die Möglichkeit gibt, Debatten über Fragen von allgemeinem Interesse in die Versammlung aufzunehmen.

### D. Wanderungsbewegungen, Flüchtlinge und demographische Entwicklungen

- 28. Die Entstehung von Wanderungsströmungen von Ost nach West zusätzlich zu den fast traditionellen Süd-Nord-Bewegungen hat den Einwanderungsdruck in den meisten OECD-Staaten noch verschärft.
- 29. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern der Einwanderer müßte es ermöglichen, die Einwanderung in die OECD-Staaten zu verringern.
- 30. Ein unkontrolliertes Bevölkerungswachstum in den Ländern des Südens kann ein ernsthaftes Hindernis in der Entwicklungspolitik sein.
- 31. Daher fordert die Versammlung die OECD auf,
  - i. eingehender die wirtschaftlichen und sozialen Gründe und Folgen der Migrationsströme sowohl in den Gastländern wie auch in den Herkunftsländern der Einwanderer zu untersuchen;
  - ii. die Rolle und das Programm der Arbeitsgruppe für Wanderungsbewegungen an die neue durch den verschärften Einwanderungsdruck entstandene Situation anzupassen;
  - iii. die laufende Arbeit im Rahmen des Europarates zum Thema Wanderungsbewegungen

mitzubücksichtigen, um jede Art von Überschneldung zu vermeiden;

- iv. den Regierungen der Entwicklungsländer bei einer Integration ihrer Bevölkerungsplanung in die Entwicklungsprogramme zu helfen.

#### E. Umwelt

32. In bezug auf die Umwelt begrüßt die Versammlung die 1990 erstellte Studie der Internationalen Energie-Agentur über Lösungen für Energie- und Umweltprobleme im Verkehrsbereich und äußert die Hoffnung, daß die Ergebnisse dieser Studie der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister zur Berücksichtigung bei deren Aktivitäten übermittelt wird.
33. Ebenso ermutigt die Versammlung die OECD, mit der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (ECMT) zusammenzuarbeiten im Rahmen ihrer Aktivitäten in bezug auf den Einsatz alternativer Kraftstoffe und Änderungen bei der Fahrzeugkonstruktion.
34. In bezug auf die Untersuchung der Auswirkung von Emissionen in der Atmosphäre, die auf den zivilen Flugverkehr zurückzuführen sind, wäre eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Zivilluftfahrt-Kommission (ECAC) erstrebenswert.
35. Davon überzeugt, daß Entscheidungen im Umweltbereich die Mitwirkung aller Beteiligten erfordern, insbesondere der kommunalen und regionalen Behörden, denen ihres Erachtens eine stärkere Rolle zukommt, ist die Parlamentarische Versammlung der Ansicht, daß eine Zusammenarbeit zwischen der OECD und der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas (CLRAE) in diesem Bereich ebenso wie im Bereich Städtewesen von besonderem Nutzen sein könnte.
36. Nachdem sie mit Genugtuung das neue Programm über die von den OECD-Mitgliedstaaten angestrebten Ergebnisse in bezug auf nationale Umweltziele und auf diesbezügliche internationale Verpflichtungen zur Kenntnis genommen hat, hält die Parlamentarische Versammlung es für ganz gewiß nützlich, die Vorbereitungen für den regelmäßig erscheinenden Bericht über den Zustand der Umwelt mit diesem Programm zu verbinden.

#### Tagesordnungspunkt:

#### Ansprache des Generalsekretärs der OECD, Jean-Claude Paye

(Themen: Wirtschaftliche Entwicklung in den OECD-Mitgliedstaaten — Unterstützung des Reformprozesses in Mittel- und Osteuropa — Zusammenarbeit der OECD mit anderen internationalen Organisationen — Hilfe für die Entwicklungsländer — zukünftige Herausforderungen an die OECD)

**Prof. Dr. Uwe Holtz (SPD):** Besten Dank, Frau Präsidentin.

Herr Generalsekretär Paye, ich möchte Sie fragen, ob die OECD auch in Zukunft gewillt ist, **letztlich ein Club der Reichen** zu bleiben. Sie haben von neuen Mitgliedern gesprochen und fortgeschrittene Entwicklungsländer genannt. Wären Sie, bevor neue Mitglieder in die OECD aufgenommen werden, bereit, die OECD-Versammlung zu konsultieren, so daß eine **parlamentarische Begleitung** bei diesem wichtigen Schritt möglich ist?

Sie wollen, wie Sie sagten, Aufstände der Armen vermeiden. Mit den dynamischen asiatischen Wirtschaften führen Sie bereits einen intensiven Dialog. Sind Sie bereit, diesen Dialog auch auf ärmere Länder auszuweiten, zumal Sie den Aufstand der Armen vermeiden helfen wollen?

Danke schön.

*In seiner Antwort wies Generalsekretär Paye darauf hin, daß es sich bei der OECD um einen Zusammenschluß von Industrieländern handle. Ziel der OECD sei es, zu einer engen Kooperation zwischen ihren Mitgliedsländern auf wirtschaftlichem Gebiet beizutragen. Dennoch stünden ca. 40 % im Haushalt der OECD für Studien über Entwicklungsländer bzw. die Beziehungen der OECD zu den Entwicklungsländern zur Verfügung. Er halte es nicht für zweckmäßig, wenn die OECD auch Entwicklungsländer als Mitglieder aufnehmen würde. Die Frage einer parlamentarischen Begleitung der OECD müsse durch die Mitgliedstaaten entschieden werden.*

**Peter Kittelmann (CDU/CSU):** Danke schön, Frau Präsidentin.

Herr Generalsekretär, wir haben im Moment konkreten Anlaß für die Feststellung, daß es der EG schwerfällt, ihre **Märkte für landwirtschaftliche Produkte aus Ländern wie Ungarn und Tschechoslowakei zu öffnen**. Weist die OECD in solchen Fällen die EG darauf hin, daß dies nicht im Einklang steht mit unserem gemeinsamen Versuch, Protektionismus abzuschaffen, und auch nicht mit unseren dauernden Erklärungen im Rahmen der GATT-Runde, daß wir unsere Märkte öffnen müssen? Haben wir nicht Schwierigkeiten, glaubwürdig zu bleiben, wenn wir unsere Märkte gerade für diese Länder nicht öffnen?

**Generalsekretär Paye** betonte in seiner Antwort, daß sich die OECD für einen freien Welthandel und gegen Protektionismus auf dem Gebiet der EG-Agrarpolitik einsetze. Jedoch komme es der OECD nicht zu, der EG gegenüber Empfehlungen auszusprechen. Die nächste OECD-Tagung auf Ministerebene, die wahrscheinlich im Frühjahr 1992 stattfinde, werde sich mit dem wichtigen Thema der Unterstützung der Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa befassen.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Präsidenten der schweizerischen Eidgenossenschaft, Flavio Cotti**

*(Themen: 700-Jahrfeier der Schweiz — zukünftige Herausforderungen an die Schweiz — Beziehungen der Schweiz zu europäischen Institutionen und insbesondere dem Europarat — zukünftige Aufgaben des Europarates)*

**Samstag, 21. September 1991**

Tagesordnungspunkt:

**Allgemeine Politik des Europarates (2. Teil)  
— die Krise in Jugoslawien**

(Drucksache 6488)

Berichterstatter: Abg. Manuel Soares Costa  
(Portugal)

**Friedrich Vogel** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! **Jugoslawien, das ist inzwischen eine unendliche Geschichte**, und diese unendliche Geschichte ist identisch mit einem europäischen Trauerspiel, begleitet von Irrtümern und Fehlern. Das, was wir dort erleben, sind die Überreste des Panzerkommunismus. Herr Simovic hat eine Ehrenrettung dieser Armee versucht, aber solche Versuche müssen angesichts der Erfahrungen, die wir haben machen müssen, fehlgehen. Ich empfinde es als **eine Schande für Europa, daß Europa keine Antwort findet auf die Krise in Jugoslawien**. Und ich muß Ihnen sagen, daß ich auch ganz persönlich Scham empfinde über das Versagen Europas in dieser Krise.

Ich will zu zwei Fragen Stellung nehmen, die zugleich auch Gegenstand von Änderungsanträgen sind. Der eine Änderungsantrag enthält einen Appell, die Jugoslawien-Krise vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen. Nun, ich habe Verständnis dafür, daß das als der letzte Ausweg erscheinen mag, wenn Europa selbst keinen Weg, kein Mittel findet. Es ist aber gleichzeitig eine europäische Bankrotterklärung. Darüber sollten wir uns auch klar sein. Deshalb kann mein Echo auf diesen Änderungsantrag nur ein sehr verhaltenes sein. Ich hoffe, daß Europa mehr an eigener Handlungsfähigkeit gewinnen kann, als es derzeit der Fall ist.

Der zweite Änderungsantrag ist der unseres Kollegen König aus Österreich, der, wie ich meine, eine der wichtigsten Fragen in der Auseinandersetzung über das Jugoslawienproblem anspricht. Herr Soares Costa — auch ich möchte den Berichterstatter wirklich herzlich für ihre Berichte danken — hat daran erinnert, in wieviel hehren Erklärungen wir das **Selbstbestimmungsrecht** beschworen haben. Aber, meine Damen und Herren, immer dann, wenn es ernst wird, zucken wir zurück. Ich meine, hier in der Jugoslawienkrise sind wir in der Situation, daß wir nicht mehr dabei stehenbleiben können, den Mund zu spitzen,

sondern daß wir nun auch pfeifen müssen. **Wir können uns nicht länger leisten, die heilige Kuh der Nichteinmischung vor uns herzutragen**, um damit unsere eigene Impotenz zu verdecken. Deshalb möchte ich sehr nachdrücklich dafür plädieren, daß wir diesem Änderungsantrag des Kollegen König, der ja sehr vorsichtig formuliert ist, der viele Möglichkeiten einer auch diplomatischen Bewältigung der Krise offenhält, doch mit einer großen Mehrheit unsere Zustimmung geben. Ich denke, das ist das Minimum dessen, was vom Europarat in dieser Situation verlangt werden kann.

Ich bedanke mich.

**Gerhard Reddemann** (CDU/CSU) (*Schlußwort des Ausschußvorsitzenden*) (Bundesrepublik Deutschland): — Herr Präsident! In der jugoslawischen Wohnung unseres so viel zitierten gemeinsamen Hauses brennt es lichterloh, und wir Europäer erklären wortreich, warum wir die Feuerwehr nicht dorthin schicken können. Dies ist keine Anklage, sondern eine Feststellung.

Der Politische Ausschuß, Herr Präsident, und der Rechtsausschuß sowie der Ausschuß für die Nichtmitgliedsländer haben am vergangenen Mittwoch versucht, friedensstiftend einzugreifen und hatten deswegen die Präsidenten des Bundesparlaments und der Parlamente der Republiken eingeladen. Was wir allerdings an jenem Abend erfuhren, war nicht gerade eine Friedensaktion, sondern eine **Konfrontation, eine Mischung aus Haß und aus Ängsten**. Es gab nur wenige Überlegungen, vielleicht doch zu einem Kompromiß zu kommen. Ich habe an diesem Abend im Namen der Ausschüsse erklärt, wir bedankten uns wenigstens für diese kleinen Zeichen der Kompromißbereitschaft, doch wir fürchteten, daß diese Zeichen den Abend nicht überstünden.

Wenn Sie die neuesten Meldungen aus dem Konfliktgebiet lesen, dann ist Ihnen klar, daß sich die Befürchtungen in der Tat bewahrheitet haben. Ich habe gerade Nachrichten verschiedener Agenturen bekommen, aus denen hervorgeht, daß nicht nur ein Angriff auf Zagreb gestartet wird, sondern daß die serbischen Truppen inzwischen auch in Richtung Bosnien, also einer Landschaft, die bisher nicht in die Kämpfe involviert war, marschieren. Das heißt — hier zitiere ich den britischen Außenminister Hurd —, nun sei **der totale Bürgerkrieg ausgebrochen**.

Wir müssen dies zur Kenntnis nehmen. Wir müssen uns zugleich einen Augenblick darüber klar sein, daß es nicht nur ethnische Konflikte sind, die hier eine Rolle spielen, sondern daß es — dies haben wir am Mittwochabend und auch heute morgen durch den Beitrag unseres serbischen Kollegen erfahren —, eine **unterschiedliche Auffassung über Jugoslawien insgesamt** existiert.

Die Republiken berufen sich darauf, daß in der Verfassung von 1974 ein Recht auf Abtrennung gegeben ist. Die serbischen Autoritäten erklären, es gebe nur noch ein gemeinsames jugoslawisches Volk. Dieses jugoslawische Volk habe durch seine Vertreter mehrheitlich zu entscheiden, ob jemand ausscheiden könne oder nicht. Nachdem die serbischen Autoritä-

ten die Selbstverwaltung der serbischen Provinzen Vojwodina und Kosovo in ihre Überverwaltung genommen haben, haben sie gemeinsam mit Montenegro jetzt die Möglichkeit, diese Mehrheit darzustellen. Daraus resultiert ein weiterer Teil des Konflikts.

Wir haben, Herr Präsident, Ihnen und den Mitgliedern der Versammlung keinen Vorschlag unterbreitet, **die Westeuropäische Union in eine mögliche Aktivität einzubeziehen**. Wir kennen die innere Situation der WEU und wissen, daß eine solche Aktion nicht stattfindet. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß nach Meinung militärischer Fachleute eine weitere Bombardierung der kroatischen Küste sehr schnell zu einer Verletzung der Hoheit der Republik Italien führen könnte, so daß dann auf Grund des WEU-Vertrages die Westeuropäische Union sehr rasch in den Konflikt einbezogen würde.

Wir haben Ihnen vorgeschlagen — ich glaube, dies ist ein vernünftiger Vorschlag, der nicht zuletzt auf Ihre Intervention, Herr Präsident, und auf die des Generalberichterstatters zurückgeht —, **die Vereinten Nationen einzuschalten**, und zwar nicht, weil wir glaubten, wir müßten irgend etwas tun, sondern weil wir inzwischen sicher sind, daß die Mehrheit der demokratischen Staaten diese Intervention unterstützen wird und daß wir damit unsere moralische Stütze geben.

Wir müssen allerdings auch feststellen — dies soll meine Abschlußbemerkung sein —, daß bereits die kommunistische Regierung Chinas, die kommunistische Regierung Rumäniens und die kommunistische Regierung Kubas in den Vorgesprächen zum Sicherheitsrat dagegen protestiert haben. Wir werden also einen steinigen Weg gehen.

Herr Präsident, ich halte es für notwendig, daß der Politische Ausschuß und der Ausschuß für die Nichtmitgliedsländer das jugoslawische Problem **dauernd auf der Tagesordnung behalten** werden, wenigstens so lange, **bis wir eine Lösung finden**, die den Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht entspricht. — Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

**Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD)** (*Schriftlich eingereicherter Redebeitrag*): Die **Anhörung des Politischen Ausschusses** am vergangenen Mittwoch hat auf bedrückende Weise deutlich gemacht, wie sehr die **Beziehungen der jugoslawischen Völker untereinander zerstört** worden sind. Die Vertreter der Bundesversammlung waren völlig abgehoben von der Wirklichkeit in den einzelnen Republiken. Der slowenische Parlamentspräsident konnte auf plausible Weise deutlich machen, daß seine Republik, nachdem sie jahrelang in Belgrad auf die Neuverhandlung der Föderationsverfassung gedrängt hatte und dies ohne Erfolg geblieben war, nun die erforderlichen Schritte zur Unabhängigkeit einseitig betreiben mußte. Der informative Bericht des Kollegen Soares Costa machte u. a. deutlich, wie aufwendig bisher die Bundesarmee finanziert wurde. Sie kostete jährlich 30 % des Bundeshaushalts. Die kommunistische Nomenklatura in der Führung der Bundesarmee besaß zahlreiche Privilegien. Nach dem Ende des jugoslawischen Bundesstaates in der bisherigen Form muß sie den Verlust dieser Privilegien befürchten.

Zu Recht haben fast alle Redner die **Ohnmacht der europäischen Institutionen** beklagt, alle Gefühle der Bitterkeit, ja des Zorns über versäumtes Handeln teile ich. Die Europäische Gemeinschaft war bisher fast ausschließlich auf Probleme der Butterberge, der Weinseen und der Schweinehälften konzentriert. Sie besitzt praktisch keine Instrumente der ständigen Beobachtung, der gründlichen Analyse und der angemessenen Reaktion der Entwicklungen auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb gibt es im Ministerrat den Dissens der nationalen Diplomaten, die nach wie vor die Welt auf sehr unterschiedliche Weise wahrnehmen. Auch in der öffentlichen Meinung gibt es teilweise diese Orientierung nach rückwärts an den Linien von 1914, 1919 und 1945 etc. Zu Recht spricht der Bericht von einer Bewegung von Sarajewo nach Jalta bzw. von Jalta nach Sarajewo. Wir alle müssen gemeinsam verhindern, daß **das ansteckende Gift des Nationalismus** das mühsam erreichte Niveau der europäischen Gemeinschaftsbildung wieder zerstört.

Im Amendment Nr. 1 werden die Vereinten Nationen angerufen. Sie haben in der Tat die umfassendste Zuständigkeit. Aber durch die **Einschaltung der Vereinten Nationen** wird auch deutlich, daß damit die **Internationalität des Konflikts** und der am Konflikt beteiligten Republiken anerkannt wird.

**Dr. Olaf Feldmann (FDP)** (*schriftlich eingereicherter Redebeitrag*): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

die Anhörung zu Jugoslawien und die Ereignisse der letzten Stunden haben allen mehr Klarheit gebracht und gezeigt, daß die **jugoslawische Armee** nicht als „peace keeping force“ in Jugoslawien auftritt. Sie führt **Krieg gegen das eigene Volk**. Die jetzige Blockade der Kasernen ist eine Reaktion auf das Verhalten und Vorgehen der Armee seit Wochen.

Die Präsidenten der Parlamente Sloweniens und Kroatiens haben klar zum Ausdruck gebracht, daß sie den bisherigen Staat Jugoslawien unter serbischer Dominanz ablehnen und die Rechte aus der Verfassung von 1974 in Anspruch nehmen und nur als freie und unabhängige Republiken auf freiwilliger Basis über eine Staats- oder Staatengemeinschaft verhandeln wollen.

Wenn wir das **Selbstbestimmungsrecht der Völker** ernst nehmen, können wir Völker nicht zusammenzwingen, die nicht in einem Staat leben wollen. Kein Staat, kein europäischer Staat sollte auf Gewalt gegründet sein.

Die sogenannte jugoslawische Volksarmee wird in Slowenien und Kroatien als eine fremde Armee angesehen. Auch Mazedonien wird keine Wehrpflichtigen mehr zu dieser Volksarmee schicken und Bosnien-Herzegowina macht mobil. Die jugoslawische Volksarmee ist zu einer Armee der Serben geworden, und diese Armee spielt leider keine friedensfördernde Rolle.

Diese Armee hat sich der politischen Kontrolle entzogen. Der Verteidigungsminister hält sich nicht an den von ihm mitunterzeichneten Waffenstillstand und widersetzt sich seiner Absetzung. Seine Armee läuft

**Amok.** Hier zeigt sich die **Ohnmacht der politischen Führung gegenüber der militärischen Gewalt.**

Was in Jugoslawien vorgeht, Herr Kollege Simovic, ist keine innere Angelegenheit Jugoslawiens mehr. Dieser Krieg gegen das eigene Volk, diese massive Verletzung der Menschenrechte ist eine Bedrohung des Friedens der Nachbarn und führt zur Destabilisierung der Region. Deshalb ist der **Bürgerkrieg in Jugoslawien eine Herausforderung für ganz Europa.** Diese Herausforderung können wir nur gemeinsam lösen. Es darf keine Alleingänge geben. Auch dieser Krieg zeigt wieder, wie notwendig Schritte zu einer europäischen politischen Union sind.

So begrüßenswert die von der EG beschlossene Verstärkung der EG-Monitoren-Mission und die Überlegungen zum Schutz durch WEU-Friedenstruppen auch sind, sie helfen in der augenblicklichen Situation nicht weiter. Die **Zeit der diplomatischen Möglichkeiten ist vorbei.**

Wenn die EG hilflos ist und wir mit legalen europäischen Mitteln den Krieg in Jugoslawien nicht stoppen können, ist der **Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefordert**, damit aber auch die beiden europäischen Mitglieder des Sicherheitsrates.

Voraussetzung für ein wirksames Einschreiten der VN ist aber die **Anerkennung der Selbständigkeit Sloweniens und Kroatiens.** Um die Entscheidung dieser Frage können wir uns nicht mehr drücken. Hier sollte von der heutigen Diskussion der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ein klares Signal ausgehen. Ziffer 5 der Resolution ist etwas schwach. Ich würde eher die Überlegung anstellen, Slowenien und Kroatien einen Sonderstatus einzuräumen.

Die **Aussetzung des Gaststatus Jugoslawien**, wie von den Liberalen vorgeschlagen, ist ein adäquates und klares Signal.

Wir bedauern, daß es so weit kommen mußte.

**Margitta Terborg (SPD)** (*schriftlich eingereichter Redebeitrag*): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß, daß es in diesen Tagen ein hohes Maß an Verantwortung bedeutet, als Parlamentarische Versammlung des Europarates das Richtige zur Krise im Vielvölkerstaat Jugoslawien zu beschließen.

Wo die Waffen sprechen und die Menschen sterben, wirken Worte oft nur wie Gesten der Verlegenheit, wie ein Vorhang, der das eigene Unvermögen verhüllt.

Ist das alles, was Europa sagen und tun kann, frage ich mich. Und ich fürchte, man wird uns mehr abverlangen.

War die Weltgemeinschaft da nicht schon weiter? Muß es nicht zum ehernen Gesetz werden, daß kein Aggressor der Welt, der erklärte oder unerklärte Kriege führt, damit rechnen darf, seine Beute behalten zu können?

Ich rede nicht dem Einsatz bewaffneter Truppen das Wort, mögen sie nun von der WEU, der UNO oder wem auch immer gestellt werden, sondern einem

**Handels- und Wirtschaftsembargo**, das sich eben nicht auf die Verweigerung von Waffen an die kriegsführenden Parteien beschränkt.

Wer ganz gewiß sein kann, daß sein Sieg im Bürgerkrieg mit dem wirtschaftlichen Chaos unausweichlich verbunden wäre, wird vielleicht doch seine Truppen in die Kasernen zurückschicken und die Zukunft des Landes im friedlichen Dialog suchen.

Mir fehlt eine **Sanktionsdrohung Europas ohne Wenn und Aber.**

Und mir fehlt eine deutliche Manifestation, daß für unsere Parlamentarische Versammlung Politiker, die zum Mittel der Gewalt greifen, nicht satisfaktionsfähig sind.

Ist es denn so ganz und gar ausgeschlossen, daß wir in diesen beiden Bereichen **zu einer gemeinsamen unmißverständlichen Sprache finden?**

Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, auch wenn der vorliegende Text eine andere Sprache spricht, die Sprache der folgenlosen Mißbilligung und damit des unverbindlichen Bedauerns.

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, **die Mütter Jugoslawiens** nötigen mir wesentlich mehr Respekt ab als unsere höchst ehrenwerte Versammlung.

Sie sind zu Zehntausenden vor die Kasernen, in die Parlamente, vor das Verteidigungsministerium gezogen und haben gerufen: „Gebt uns unsere Söhne wieder! Macht, wenn Ihr denn wollt, Euren Krieg alleine!“

Es waren, wohlgemerkt, nicht nur kroatische Mütter. Sie kamen aus allen Landesteilen.

Und was haben sie geerntet? Sprachlose Verlegenheit der Politiker, alberne Beschwichtigungsgesten der Militärs.

Die Mütter konnten bis heute nicht mundtot gemacht werden, bei aller Hilflosigkeit ihres Protestes.

Und ich sage Ihnen: Jede einzelne dieser Mütter hat mehr für den Frieden riskiert als unsere ganze Versammlung! Gestehen wir uns wenigstens dies ein.

Deshalb, so bitte ich Sie fast flehentlich: Raffen Sie sich zu einem **Signal auf, das der Welt zeigt, daß wir auf der Seite der Mütter, auf der Seite des Friedens stehen.**

Helfen Sie mit, **daß diese Mütter den Europäischen Menschenrechtspreis erhalten!**

Für diesen Vorschlag habe ich schon die Unterstützung der SPD-Frauen in meinem Parlament. Ich werbe um die Unterstützung aller Parlamentarier, um Ihre Unterstützung besonders.

Und ich bitte Sie alle: Lassen wir uns gemeinsam **noch deutlichere Vorschläge zur Wiederherstellung des Friedens in Jugoslawien** einfallen, damit diese Mütter, damit die Menschen in diesem Vielvölkerstaat eine friedliche Zukunft zurückgewinnen.

Ich danke Ihnen, und ich hoffe sehr, daß Sie meine Worte nicht mißverstehen.

## Entschließung 969 (1991)

## betr. die Krise in Jugoslawien

1. Die Versammlung ist zutiefst bewegt über die tragischen Verluste von Menschenleben, die der Konflikt zwischen den Völkern in Jugoslawien weiterhin fordert, und richtet einen dringenden Appell an alle Parteien, den am 17. September 1991 in Igalo geschlossenen Waffenstillstand zu respektieren.
2. Sie ist zutiefst besorgt über das Los der Zivilbevölkerung, die vor dem Konflikt in sicherere Regionen Jugoslawiens oder in Nachbarländer flieht. Sie befürchtet, daß eine Verschärfung der Krise die Anzahl der Flüchtlinge erheblich erhöhen könnte.
3. Sie verurteilt die kriegerischen Aktivitäten, die von seiten der jugoslawischen Bundesarmee ohne die institutionelle Kontrolle der Bundesbehörden erfolgt sind, und verurteilt ebenfalls die Angriffshandlungen der paramilitärischen Streitkräfte.
4. Die Versammlung unterstützt ohne Vorbehalt die von der Europäischen Gemeinschaft zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung des Konflikts unternommenen Anstrengungen, insbesondere die Friedenskonferenz in Den Haag, die Vermittlungsversuche ihres Präsidenten, Lord Carrington, und die Beobachtermissionen.
5. Sie nimmt die von den Vertretern der jugoslawischen Bundesversammlung und den Parlamenten Kroatiens, Mazedoniens, Montenegros, Serbiens und Sloweniens abgegebenen Erklärungen mit Besorgnis zur Kenntnis, bedauert jedoch, daß die Parlamente Bosnien-Herzegowinas und der autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo sich nicht an der von ihren zuständigen Ausschüssen am 18. September 1991 durchgeführten Anhörung beteiligt haben.
6. Die Versammlung stellt fest, daß die Republiken gemäß der jugoslawischen Verfassung von 1974 das Recht haben, sich von der Föderation zu trennen, und fordert die Mitgliedstaaten des Europarates auf, die Anerkennung der Republiken, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben, in Erwägung zu ziehen. Sie betont, daß das Recht auf Selbstbestimmung mit der uneingeschränkten Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte sowie der einschlägigen internationalen Verträge einhergehen muß. In diesem Zusammenhang begrüßt sie den vom Europäischen Parlament angenommenen Vorschlag (Entschließung vom 11. September 1991), daß die Minderheitenrechte ebenfalls gemäß den vom Europarat festgesetzten Definitionen und Verfahren geschützt werden sollten.
7. Sie begrüßt die auf dem KSZE-Treffen über nationale Minderheiten (Genf, 1. bis 19. Juli 1991) erfolgte feierliche Bekräftigung des Prinzips, daß die Probleme im Zusammenhang mit den nationalen Minderheiten Fragen sind, die durchaus ein berechtigtes internationales Interesse hervorgerufen können und nicht ausschließlich eine innere

Angelegenheit des betroffenen Staates sind. Sie bedauert jedoch, daß auf diesem Treffen keine Einigung über die praktischen Mittel zum Schutz dieser Rechte erzielt werden konnte.

8. Sie ist der Ansicht, daß die fortgesetzte massive Gewaltanwendung in Jugoslawien, die leicht auf die Nachbarländer übergreifen könnte, als eine Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit im Sinne von Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen anzusehen ist.
9. Folglich fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarates auf, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gemäß den einschlägigen Artikeln zu ersuchen, die Entsendung einer wirksamen Eingreiftruppe nach Jugoslawien in Erwägung zu ziehen, damit ein Waffenstillstand sichergestellt und eine vernünftige Lösung für die Zukunft Jugoslawiens und seiner Republiken herbeigeführt wird.
10. Weiterhin fordert sie das Ministerkomitee des Europarates auf, den Konfliktparteien jede erforderliche verfassungsmäßige, rechtliche und andere Unterstützung zuteil werden zu lassen.

## Richtlinie 466 (1991)\*)

## betr. die infolge der Jugoslawien-Krise geflüchtete Bevölkerung

1. Die Versammlung verweist auf ihre Entschließung 969 (1991) betr. die Krise in Jugoslawien.
2. Die Versammlung weist ihren Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen an, die Lage der infolge der Jugoslawien-Krise geflüchteten Bevölkerung sowohl innerhalb Jugoslawiens als auch in den Nachbarländern aufmerksam zu verfolgen und ihr zu gegebener Zeit darüber zu berichten.

## Tagesordnungspunkt:

## Die Situation in Albanien

(Drucksache 6496)

Berichterstatter: Abg. Albert Pfuhl  
(Bundesrepublik Deutschland)

**Albert Pfuhl (SPD) (Berichterstatter):** Das albanische Volk hat in diesem Jahr zu Ostern und eine Woche danach eine neue Volksversammlung, ein Parlament, aus Kandidaten verschiedener Parteien gewählt. Eine Ad-hoc-Kommission der Parlamentarischen Versammlung war unter Führung unserer verehrten Kollegin Frau Lentz-Cornett Wahlbeobachter.

Während dieser **Wahlbeobachtung** fanden Gespräche mit Regierungs- und Parteienvertretern statt, so auch mit dem amtierenden Außenminister Kapplani. In diesen Gesprächen wurde der **Wunsch** geäußert, **den ständigen Gästestatus im Europarat zu erlangen**. Die

\*) Redaktionelle Änderungen vorbehalten

notwendige Prozedur wurde den Gesprächspartnern jeweils erläutert.

Am 30. Mai dieses Jahres hat dann der Vorsitzende der albanischen Volksversammlung, Herr Dr. Islami, der, glaube ich, hier heute unter uns weilt, in einem Schreiben an unseren Präsidenten, Herrn Björck, den Antrag auf Erteilung des Gästestatus gestellt. Am 5. Juli beantwortete Präsident Björck dieses Schreiben, indem er auf die Bedingungen zur Erteilung des Gästestatus verwies, die in Artikel 55 a der Geschäftsordnung festgelegt sind.

Der Ausschuß für die Beziehungen zu den Nichtmitgliedsländern hat am 4. September in Paris über diesen Antrag beraten und den von mir vorgelegten Bericht in der Ihnen vorliegenden Fassung beschlossen. Dem Ausschuß war zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, daß am selben Tag die bis dahin fehlende Erklärung des albanischen Parlaments in Straßburg eingegangen war. Sie konnte also deswegen nicht berücksichtigt werden. Weiterhin war die Einladung, eine Fact-finding Commission nach Albanien zu schicken, die seit Januar 1991 zugesagt war, nicht eingegangen. Deshalb konnte auch kein offizieller Kontakt vor allem zu den Vertretern der Oppositionsparteien im albanischen Parlament aufgenommen werden.

Anläßlich des stattfindenden Besuches von Dr. Islami und seines Vizepräsidenten kam es dann gestern zu einer Aussprache. Sie fand statt von 10.15 bis 11 Uhr vormittags. Dabei wurden die bestehenden Fragen offen besprochen und eine **Einladung des Parlamentspräsidenten Islami an Präsident Björck zur Entsendung einer Fact-finding Commission schriftlich ausgesprochen**.

Des weiteren wurde auch über die schlechten finanziellen und technischen Bedingungen des albanischen Parlaments informiert und um Hilfe gebeten. Hier besteht ein Zusammenhang mit der Verzögerung der Einladung seitens Albanien.

Auf Grund dieses Sachverhaltes habe ich zwei Änderungsanträge zu dem Entschließungsentwurf — Dokument 6496 — sofort nach Ende des Gespräches mit Präsident Islami gestellt. Diese Änderungsanträge wurden vom Ausschuß für die Beziehungen zu den Nichtmitgliedsländern am gestrigen Abend angenommen. Auf Grund der durch das Gespräch bedingten Verzögerung konnten die beiden Änderungsanträge nicht mehr, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, durch das Präsidium angenommen werden, so daß ich den Herrn Präsidenten bitten muß — das wurde schon vorgetragen —, die Einführung dieser beiden Änderungsanträge nach Artikel 30 Abs. 4 zu gestatten, da sie neue Tatbestände berücksichtigen.

Die Änderungsanträge liegen nunmehr schriftlich vor. Ich brauche sie deshalb hier nicht vorzulesen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, jeder von uns kennt die **ausgesprochen schwierige Situation Albanien**. Wir müssen helfen, wo wir es nur können. Dieses ist unser Eindruck nach dem Studium der Presse und auch nach den Gesprächen, die wir geführt haben.

Dazu gehört aber auch, daß vom Büro der Gästestatus dann erteilt werden sollte, wenn die notwendigen Formalitäten erfüllt sind. Dazu gehört — noch einmal! — diese Fact-finding Commission, die zuvor einen Bericht an das Büro erteilen muß.

Ich glaube, daß unsere Entscheidung, Albanien den Gästestatus zu erteilen, **den Prozeß der Integration Albanien in Europa fördern** und die Menschen Albanien auch aus psychologischer Isolation führen wird. Wir müssen auch hier helfen, damit die albanische Delegation, die keine finanziellen Mittel für Reise nach und Aufenthalt ihrer Delegierten in Straßburg hat, finanziell unterstützt wird. Deswegen auch mein Änderungsantrag, daß das Ministerkomitee die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen solle, damit wir diesen Delegierten die Reise nach und den Aufenthalt in Straßburg finanzieren können. Nur so kann, so hoffe ich, diese albanische Delegation ab Januar 1992 mit dem besonderen Gästestatus mitarbeiten.

Die Fact-finding Commission kann in den nächsten Wochen ihre Aufgabe in Tirana erfüllen und dem Büro fristgerecht berichten. Danach ist eine Beschlußfassung möglich und so die Zielsetzung Januar machbar.

Meine Damen und Herren, wir haben in dem Bericht auch die rein historische Entwicklung Albanien vorgetragen. Wir haben auf die besonderen Nöte und Schwierigkeiten hingewiesen. Wir führen Albanien **mit dieser Zuerkennung des Gästestatus einen Schritt in die Gemeinschaft der freien Völker Europas**. Es ist, wenn ich nicht irre, dann das letzte Land Europas, welches hier mitarbeiten kann. Hilfe und Anerkennung tun not. Wir sollten unseren Beitrag dazu leisten.

Herzlichen Dank.

**Wilfried Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU) (*Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses*): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Mit einem herzlichen Dank an den Berichterstatter, den Kollegen Pfuhl, möchte ich aus der Sicht des Komitees für Bevölkerungsfragen einige Bemerkungen machen.

Im Juli 1990 erzwangen sich rund 5 000 Albanier den Weg in das freie Europa durch die Besetzung von Botschaften. **Seit Ende 1990 sind rund 20 000 Albanier**, meist griechischer Volkszugehörigkeit, **nach Griechenland ausgewandert**. Und im März 1991 suchten 20 000 Albanier Zuflucht in Italien; sie konnten zu einem großen Teil in andere Länder weiterreisen. Und nun kam es zu dem zweiten großen Massensexodus **im August 1991, den Italien mit der Abschiebung** beantwortete. Europa wurde im Fernsehen Zeuge dieser Vorgänge und erlebte diese dramatischen Szenen.

Ich habe in der vorigen Woche in Tirana mit solchen Rückkehrern gesprochen, und ich habe von diesen jungen Leuten erfahren, wie die Stimmung war, die in Albanien herrschte, und wie die Lage war, die sie in Italien antrafen. Ich zitiere: „Wir sind hier doch lebendig begraben. Wie ein Lauffeuer sprach es sich herum: Wir kommen raus, endlich raus! Alle rannten los. Wir besetzten Lkw, wir stürmten auf das Schiff.“

Wir zwangen die Besatzung loszufahren. Eine Psychose brach aus, wie wir sie noch nie erlebt hatten."

Das war die psychologische Situation, in der Tausende den Weg nach Italien suchten. Wir wissen heute nicht, ob diese Psychose inszeniert war. Manche Gerüchte besagen das. Ich möchte hier auch deutlich sagen, daß die Rückführung der in Italien Angekommenen rechtlich gerechtfertigt ist. Die **Art und Weise der Rückführung** halte ich jedoch für **problematisch**. Im Gespräch mit den meist jungen Leuten, die zurückgeführt worden waren, stellte ich fest, daß nicht der Polizeieinsatz sie am meisten betroffen gemacht hat, sondern daß Lug und Trug amtlicher Behörden etwas waren, was sie in Italien, bei ihren Freunden, nicht erwartet hatten.

Das Ganze war ein Aufbruch in das italienische Eldorado, wie wir es aus vielen Situationen der menschlichen Geschichte kennen: der Aufbruch in ein Land, in dem man sich ein besseres Leben erwartet.

Die wirtschaftliche Notlage erklärt aber nicht alles. Hier wollen Europäer endlich nach Europa. Sie wollen teilhaben am Leben freier Völker, und das ist ihr Recht. Wir haben dieses Volk 40 Jahre lang übersehen, ein Volk, auf dessen Boden die Kommunisten gewütet haben, auf dessen Boden sie hunderttausende Erdbunker eingerichtet haben, um sich gegen imaginäre Imperialisten zu verteidigen, ein Land mit 500 000 politisch Verfolgten, die im Gefängnis oder in der schrecklichen Strafe der Verbannung leiden mußten.

Dieses Land hat den Status eines schwarzafrikanischen Entwicklungslandes. In der vorigen Woche konnten wir sehen, daß es auf dem Markt höchstens ein paar Tomaten und ein paar Melonen gibt, und das auch nur, weil gerade Erntezeit ist.

Wir haben **gute Ansätze zur politischen Stabilität** in diesem Lande. Die Regierung der nationalen Stabilität ist auf dem richtigen Weg. **Jetzt braucht Albanien humanitäre Hilfe aller Europäer.**

Die Albanier sind ein junges Volk, im Durchschnitt 27 Jahre alt. Diese jungen Leute werden in Albanien gebraucht, um ihr Land aufzubauen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat ein erstes, kleines Programm gestartet: 500 junge Albanier für ein- einhalb Jahre nach Deutschland zur beruflichen Ausbildung zu holen. Das ist der richtige Weg. Aber es müßte ein großes Programm werden, an dem sich mein Land, an dem sich aber auch alle anderen Länder intensiv beteiligen sollten.

Es gilt, den Exodus aus Albanien zu verhindern — durch die kraftvolle Hilfe aller Europäer. Ich bin sicher, daß Albanien zu einem Faktor der Stabilität auf dem Balkan werden wird. Wir schlagen damit den Bogen zu der Diskussion über Jugoslawien: Ich bin überzeugt, wenn der Kosovo in freier Selbstbestimmung entscheiden kann, ob er innerhalb Jugoslawiens verbleiben will oder eine Wiedervereinigung mit Albanien erstrebt, wird ein neuer Faktor der Stabilität auf dem Balkan geschaffen sein. — Danke sehr.

**Klaus Bühler** (Bruchsal) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich im Namen meiner politischen Gruppe dem vorhin von Frau Lentz-Cornette mündlich gestellten Änderungsantrag inhaltlich voll anschließen. Auch ich spreche mich **für die Erteilung des Gästestatus** aus und möchte das begründen.

Ich war in diesem Jahr zweimal in Albanien: zuerst als Beobachter bei den Wahlen und dann unmittelbar in der letzten Woche zusammen mit meinem Kollegen Böhm auf Einladung der Demokratischen Partei Albaniens. Die Eindrücke dieser beiden Besuche sind völlig unterschiedlicher Art und sind ein Beleg dafür, wie notwendig es ist, Albanien jetzt in unsere Gemeinschaft aufzunehmen.

Während bei meinem ersten Besuch die Angst, die Einschüchterung der Menschen, vor allem in den ländlichen Gebieten, fast physisch greifbar war, sind diese Gefühle jetzt einer großen Offenheit, einem großen politischen Interesse, einem Selbstbewußtsein und dem **Wunsch, nach Europa zurückzukehren**, gewichen.

Bei meinem ersten Besuch war eine Zusammenarbeit zwischen den einzelnen albanischen Parteien nicht denkbar, nicht vorstellbar. Es gab blutige Auseinandersetzungen. Inzwischen haben die Kommunisten die Alleinvertretung in der Regierung aufgegeben und **demokratische Politiker in die Regierung mit aufgenommen**.

Wir haben damals kaum eine Chancengleichheit zwischen den einzelnen politischen Parteien erlebt. Auch das hat sich in etwa geändert, wobei zu erwähnen ist, daß durch den absoluten Mangel, z. B. was Zeitungspapier und andere Dinge angeht, die Möglichkeit zu politischer Arbeit für diese Parteien nicht in der Form gegeben ist, wie das eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Inzwischen hat sich auch geändert — es wurde darauf hingewiesen —: **Albanien ist Mitglied der KSZE**. Albanien hat internationale, rechtsverbindliche Abkommen unterzeichnet. Es hat seine Bereitschaft deutlich gemacht, bei den europäischen Gremien mitzuarbeiten. Es ist mir und auch meinem Kollegen gegenüber immer wieder der Wunsch geäußert worden: Wir wollen zurück nach Europa. Wir waren jahrzehntelang auf einem fremden Stern; dieses Wort ist gefallen. Wir wollen in diese Völkergemeinschaft zurückkehren.

Meine Damen und Herren, geblieben ist — auch das ist sehr deutlich — die bittere, **bittere Armut dieser Menschen** in jeglicher Hinsicht. Ich möchte das plastisch darstellen: Das deutsche Auswärtige Amt gibt für Besucher Albaniens ein Merkblatt heraus. Darin steht:

Erstens. Es wird dringend empfohlen, eine Versicherung für den Krankheitsfall abzuschließen, damit Betroffene sofort nach Hause gebracht werden können, weil die medizinische Versorgung dort ganz, ganz schlimm ist.

Zweitens. Es wird aus den gleichen Gründen dringend empfohlen, eine Einwegspritze mitzunehmen. Ich könnte diese Beispiele beliebig erweitern.

Es hat sich in Albanien inzwischen eine Gruppierung ehemaliger politischer Häftlinge gebildet. Es ist erschütternd, wenn man mit Männern in meinem Alter spricht, die einem erklären: Mit fünf Jahren kam ich mit meiner Familie in die Sippenhaft. Ich wurde mit meiner Familie — der Vater wurde ins Gefängnis gebracht — 200 km weiter in ein Dorf deportiert, mußte dort Zwangsarbeit verrichten und durfte mich nur in einem Radius von 500 bis 700 m bewegen. Die anderen Dorfbewohner mußten darauf achten, daß dies eingehalten wurde, sonst wurden sie ebenfalls bestraft.

Es ist eine **neue Verfassung** erstellt worden, eine Verfassung, die an sich den Normen entspricht, die der Rechtsstaat an rechtsstaatliche Verfassungen heranträgt. Auch hier ist ein ganz gewaltiger Schritt gemacht worden.

Wir als Europäer sind jetzt in der Pflicht, wir sind gefordert, hier zu helfen. Mein Kollege hat auf die Maßnahmen hingewiesen, die von der Bundesrepublik bereits initiiert worden sind. Auch Italien ist tätig geworden. Aber Albanien, dieses absolute Armenhaus Europas, kann nicht allein von diesen Hilfen leben. Es ist notwendig, daß sich hier andere westeuropäische Staaten viel stärker engagieren. Hier wäre ein Paradebeispiel für **Städtepartnerschaften**, um den Menschen beim demokratischen Aufbau zu helfen.

Das gibt mir Gelegenheit, auf einen weiteren Fortschritt hinzuweisen. **Im kommunalen Bereich** hat man vor einigen Wochen mehrparteilich besetzte **Selbstverwaltungsorgane** eingerichtet. Es ist also in allen Bereichen erkennbar, daß man aus dem jahrzehntelangen Getto des nichtdemokratischen Lebens heraus und in den Aufbau eines demokratischen Lebens hinein will.

Beeindruckend ist auch, wenn man mit Leuten aus dem kirchlichen Bereich spricht, die einen darum bitten: Schickt uns Bibeln, schickt uns den Koran! Helft uns, unser religiöses Leben wieder aufzubauen! Es herrscht eine Aufbruchstimmung, wie man sie sich kaum vorstellen kann. Es existiert eine Erwartungshaltung gegenüber Europa, die man sich größer nicht denken kann.

Es ist ein Prüfstein für unser europäisches Engagement, ob wir es wohl nur bei Reden, bei irgendwelchen Aussagen bewenden lassen oder ob wir uns selbst, alle Mitgliedstaaten diesen Hohen Hauses, in die Pflicht nehmen, das Ihrige zu tun, um Albanien, das Stiefkind der Politik, wieder in die Gemeinschaft der freien Völker Europas zurückzuführen. — Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

**Dr. Eberhard Brecht (SPD)** (*schriftlich eingereichter Redebeitrag*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem der Demokratie und den Menschenrechten verpflichteten Haus, wurde schon des öfteren erklärt, daß **Demokratie ohne wirtschaftliche Prosperität kaum eine Chance** hat. Dies trifft in besonderem Maß auf Albanien zu. Dessen Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraus-

sichtlich um 50 % geringer sein als 1990. Eine Steigerung der Verbraucherpreise um 70 bis 80 % wird für dieses Jahr erwartet. Die Außenhandelsbilanz wird immer defizitärer nicht nur weil die eigene Produktion sinkt und die nötigen Exporte unmöglich werden, sondern auch weil der Handel mit den ehemaligen Staatshandelsländern zusammengebrochen ist. So war der Handel zwischen der ehemaligen DDR und Albanien beachtlich. Durch den Untergang des Staatsgebildes DDR sind die wirtschafts- und handelspolitischen Schwierigkeiten Albaniens um ein großes Stück gewachsen.

Für Rohstoffimporte fehlt das Geld. Devisen gibt es nicht. Mit einem Durchschnittsalter von 26 Jahren ist die albanische Bevölkerung jünger als der europäische Durchschnitt. Die Bevölkerung Albaniens wächst jährlich um ca. 1,9 %; damit liegt sie an der Spitze Europas.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) teilte mit, daß das **Pro-Kopf-Einkommen in Albanien** auf rd. 400 Dollar jährlich gesunken und damit **das niedrigste in ganz Europa** sei. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stuft Albanien inzwischen als Entwicklungsland ein. Albanien bewohnt im Haus Europa das Kellergeschoß.

Derzeit hat Albanien **enorme Probleme bei der Lebensmittellversorgung**. Eine Hungersnot hat begonnen. Das Land hat deshalb den Export von Agrarprodukten eingestellt. Milch ist eine begehrte Rarität. Nach Fleisch und Gemüse muß man suchen in einem Land, in dem mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist! Alle Lebensmittel wurden inzwischen rationiert.

Auch die **medizinische Betreuung** der Bevölkerung ist **katastrophal**. Im ganzen Land gibt es nur 12 Dialyseplätze.

Nur wenige europäische Länder haben sich inzwischen bereitgefunden, Medikamente und Lebensmittel nach Albanien zu senden.

Italien hat vor kurzem mit Albanien ein Hilfsabkommen geschlossen, das kurzfristig eine Hilfe von 125 Millionen ECU (249 Millionen Mark) vorsieht, von denen ca. 83 Millionen ECU (165 Millionen Mark) nicht rückzahlbare Lebensmittelhilfe sind.

Sinnvoll ist auch der Vorschlag, Albanien dadurch zu helfen, daß man es **in das FAO-Programm der Europäischen Gemeinschaft und der G 24-Länder aufnimmt**, so wie es vor wenigen Tagen (17. September 1991) der stellvertretende albanische Ministerpräsident, Gramoz Pashko, in Brüssel forderte.

Die **Hilfe des Westens ist bisher aber eher dürftig geblieben**. Als der amerikanische Außenminister Baker im Sommer Tirana besuchte, wurde er zwar begeistert empfangen, aber außer Versprechungen hatte er einen Scheck von lediglich 6 Millionen Dollar mitgebracht.

Auch die Hilfe der EG von rund 4 Millionen ECU für dieses Jahr ist eher dürftig. Das sind nur Almosen, mit denen man eine weitsichtige und großzügige europäische Integrationspolitik nun wirklich nicht ernsthaft

betreiben kann. Die jüngste Ankündigung der EG, ihre Nahrungsmittelhilfe für Albanien zu verdoppeln, ist immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zu fragen bleibt im übrigen, wo diejenigen europäischen Länder bleiben, deren gesellschaftlicher Reichtum es ihnen leicht machen müßte, sich an Hilfsmaßnahmen zu beteiligen. Die Regierungen der westeuropäischen Länder und die EG-Kommission müssen sich Klarheit darüber verschaffen, ob sie mehr Geld zur Verhinderung der Armutswanderung bereitstellen wollen oder ob sie zunehmend mehr Geld in die Abdichtung der innereuropäischen Grenzen stecken wollen.

Über Nothilfen hinaus müßten die westlichen europäischen Staaten und die EG **ein abgestimmtes Konzept erarbeiten, in dem die Grundlinien und Ziele einer Südosteuropa- und Balkanpolitik erkennbar werden**. Bilaterale Koordinierungen, wie sie die deutsch-italienischen Beratungen auf Außenminister- und Botschafterebene in Venedig vom vergangenen Wochenende vorsehen, können, so anerkennenswert sie auch sind, ein solches Konzept nicht ersetzen.

Für ein Assoziierungsabkommen mit der EG ist es sicher noch zu früh, ein Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen ist aber dennoch möglich und nötig. So arm das Land gesellschaftlich ist, es hat immerhin natürliche Reichtümer wie z. B. Chrom. Investitionen in Rohstoffgewinnung und Verarbeitung, in den Tourismus und in die Landwirtschaft könnten aussichtsreich sein, wenn die nötigen rechtlichen, politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen mit EG-Hilfe hergestellt würden. Zu überlegen wäre, inwieweit eine zeitlich befristete Subvention des EG-Handels möglich ist, handelt es sich bei Albanien doch um ein europäisches Entwicklungsland.

Daß die neuen demokratischen Ansätze in Albanien schon neue politische stabile Verhältnisse geschaffen haben, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Reaktionen auf den Putsch in Moskau sind bezeichnend. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Sali Berisha, berichtete von massiven Einschüchterungsversuchen und Drohanrufen während des Moskauer Putsches. Motto: Es wird euch bald ähnlich wie Gorbatschow gehen. Während der Putschtage hüllte sich das offizielle Albanien in Schweigen. Die Berichterstattung über die Ereignisse in Moskau in Rundfunk und Fernsehen waren äußerst selektiv.

Die demokratische Partei, die mit den Sozialisten in der Regierung sitzt, warnt vor einem Umsturzversuch der reaktionären Kräfte wie in der Sowjetunion. Die albanischen Kommunisten seien noch nicht endgültig besiegt. Am vergangenen Wochenende haben in Tirana erneut unter Führung der demokratischen Partei zehntausende Menschen demonstriert. Sie verlangten den Rücktritt des Präsidenten Alia, die Auflösung der Geheimpolizei SIGURIMI und die Verhaftung von Frau Hoxha.

Die europäischen Staaten sind angesichts dieser Instabilität aufgefordert, die zarte Pflanze der Demokratie in Albanien zu pflegen.

Ein erster Schritt zur Stabilisierung der demokratischen Entwicklung in Albanien ist die **Aufnahme des Landes in die KSZE**. Er kann helfen, die spätstalinistischen und antidemokratischen Kräfte weiter zurückzudrängen und restaurativen Tendenzen zu begegnen. Dies kommt auch zum Ausdruck im Dokument Nr. 6496, für das ich insbesondere Herrn Pfuhl danken möchte. Davon jedoch abweichend plädiere ich **für eine rasche Gewährung des besonderen Gaststatus für Albanien im Europarat**. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

#### Entschließung 970 (1991)

##### betr. die Situation in Albanien

1. Die Versammlung nimmt zur Kenntnis, daß die Republik Albanien auf dem Weg zur Demokratie Fortschritte erzielt hat, insbesondere mit der Durchführung allgemeiner Wahlen im März und April 1991, die von einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung beobachtet und als „frei und demokratisch, jedoch vor allem während des Wahlkampfes als nicht völlig fair“ bezeichnet wurden.
2. Sie ist sich der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, die 1991 zur Auswanderung von Tausenden von Albanern geführt haben, durchaus bewußt.
3. Sie ist darüber hinaus der Ansicht, daß sich die instabile Lage in den Balkanländern durch eine politische Isolation Albaniens nur verschlechtern kann.
4. In diesem Zusammenhang erinnert sie daran, daß Albanien seit dem 20. Juni 1991 ein Teilnehmerstaat der KSZE ist und daß seine Volksversammlung die Verleihung des besonderen Gaststatus beantragt hat.
5. Auf der Grundlage des vom Ausschuß für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern (Dok. 6496) vorgelegten Berichts:
  - i. empfiehlt die Versammlung dem Präsidium, den von der Volksversammlung Albaniens gestellten Antrag auf Verleihung des besonderen Gaststatus wohlwollend zu prüfen, sobald der Informationsbesuch durch Mitglieder der Versammlung in Albanien stattgefunden hat;
  - ii. ist die Versammlung der Ansicht, daß das Ministerkomitee der Versammlung die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen sollte, um die Beteiligung einer albanischen besonderen Gastdelegation an ihren Aktivitäten in finanzieller Hinsicht zu erleichtern.
  - iii. ist die Versammlung der Ansicht, daß das Ministerkomitee des Europarates seine Aktivitäten im Bereich der intergouvernementalen Zusammenarbeit mit Albanien fortführen und intensivieren sollte, insbesondere im Hinblick auf die technische Hilfe bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung, die Einleitung umfassender institutioneller Reformen, die Ausbil-

derung der Leiter der neuen demokratischen Institutionen, die Reform des Bildungssystems und die Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal;

- iv. appelliert die Versammlung an die internationale Gemeinschaft, insbesondere an die Europäische Gemeinschaft und die Gruppe der 24, Albanien umgehend eine erhebliche humanitäre und wirtschaftliche Hilfe zu leisten.

**Montag, 23. September 1991**

Tagesordnungspunkt:

**Die Ankunft von Asylbewerbern  
auf europäischen Flughäfen**

(Drucksache 6490)

Berichterstatte: Abg. Lord Mackie of Benshie  
(Großbritannien)

**Dr. Günther Müller** (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir diese Woche mit einer Debatte über das Problem der Asylsuchenden in Europa und vor allem über die Möglichkeiten, die sie haben — über Flugplätze nach Europa zu kommen — beginnen, dann tun wir das in einem Augenblick, in dem in meinem Lande, und zwar in dem Teil, der erst seit kurzer Zeit zur Bundesrepublik Deutschland gehört, seit ein paar Tagen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Diese Zustände sind entstanden, weil dort asylsuchende Menschen untergebracht worden sind und weil die Bevölkerung, aber auch radikale politische Elemente dort Abwehrreaktionen aufgenommen haben.

Dieses Beispiel macht deutlich, in welcher schwieriger Lage wir in Europa mit dem Problem der Asylsuchenden sind. In meinem Lande, der **Bundesrepublik Deutschland**, ist es vor allem deutlich, weil dieses Land das **weitestgehende Asylrecht in der ganzen Welt** hat. Denn es gibt kein Land in der Welt, wo es einen **Verfassungsanspruch auf Asyl** — wie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland — gibt. Gerade deswegen ist dieses Land natürlich bei denen, die Asyl suchen, sehr begehrt. Die Bundesrepublik wird in diesem Jahr mehr als die übrigen elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zusammen an Asylsuchenden aufnehmen, nämlich weit über 200 000 Menschen.

Die Aufnahme von 200 000 Menschen ist noch nichts Endgültiges. Es gibt ein Verfahren, das durchgeführt wird, um zu prüfen, ob sie überhaupt einen Rechtsanspruch auf Asyl haben. Die Bundesrepublik Deutschland ist aber ein sehr komplizierter Rechtsstaat, in dem jeder Asylsuchende zwei Instanzen bei Gericht wahrnehmen kann, um seinen Anspruch auf Asyl überprüfen lassen zu können. Das bedeutet, daß es Jahre dauern kann, bis endgültig entschieden ist, ob jemand in unserem Lande auf Dauer Asyl bekommen kann.

Das bedeutet weiter, daß natürlich neue Probleme entstehen, wenn solche Menschen später ausgewie-

sen werden, weil sie in einem anderen Lande gelebt haben und ihrer Heimat entfremdet wurden.

Das Problem in Deutschland ist insofern anders als in anderen Ländern, über die in diesem Bericht gesprochen wird, als jeder, der nur das Wort Asyl aussprechen kann, an einem Flughafen in der Bundesrepublik aufgenommen werden muß. Er kann nicht, wie das in anderen Ländern der Fall ist, isoliert werden, wie das aus dem Bericht hervorgeht. Wenn er über die Grenze kommt und einen Flughafen erreicht und wenn er das Wort Asyl aussprechen kann — wenn er taubstumm ist, zeigt er einen Zettel, auf dem das Wort Asyl draufsteht —, läuft das Verfahren sofort an. Er wird nicht abgewiesen, sondern kommt ins Land. Das unterscheidet uns von anderen europäischen Ländern und wird anderen europäischen Ländern, wenn die Grenzen einmal offen sind, in Zukunft natürlich große Probleme bringen, weil der Betreffende ja praktisch in die Gemeinschaft eingereist ist und eines Tages in andere Länder kommen kann.

Bei dieser Situation ist es ganz natürlich, liebe Kollegen, daß **dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet** sind. Es ist ja nicht so, daß es nur politisch Verfolgte gibt, was im Bericht niedergelegt ist, sondern es sind in steigendem Maße **Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen in andere Länder kommen wollen**, wo der Lebensstandard höher ist. Wenn ein Asylsuchender, z. B. aus Bangladesch, in die Bundesrepublik kommt, bekommt er an Sozialhilfe etwa das Zwanzigfache, was er als Arbeiter in Bangladesch verdient. Und es ist doch ganz interessant, auf diese Art und Weise seinen Lebensstandard zu verändern.

Was aber besonders schlimm ist und womit wir uns auseinandersetzen müssen, ist die Tatsache, daß nicht nur ganz arme, sondern auch verhältnismäßig begüterte Menschen aus Ländern der Dritten Welt in die Bundesrepublik kommen, die die Möglichkeit haben, die **Bestechungssummen** zu bezahlen, die erforderlich sind, um über **Schlepperorganisationen** nach Europa gebracht zu werden. Das ist ein ganz großes Problem. Wir wissen, daß vor allem Ausländer aus dem Nahen Osten 3 000, 4 000, 5 000 Dollar bezahlen, um über die österreichische Grenze nach Deutschland hineingebracht zu werden und dann eben Asyl beantragen, um dort bleiben zu können. Diese Menschen verkaufen zu Hause ihr Hab und Gut, um ins gelobte Land zu kommen: nach Europa, nach Deutschland.

Ich glaube — und das ist die Quintessenz —, hier muß man einen vernünftigen Weg finden, denn die Menschen, die zu uns in die reichen Länder Europas kommen, machen es erforderlich, daß sehr viel Geld, Steuergeld, für sie ausgegeben wird, welches viel vernünftiger als Entwicklungshilfe in ihren Herkunftsländern ausgegeben würde. Denn für das Geld, das ein Asylsuchender aus Bangladesch in der Bundesrepublik im Jahr kostet, könnte man dort wahrscheinlich zehn oder zwölf Brunnen graben lassen, um die landwirtschaftliche Versorgung zu verbessern. Deswegen müssen wir die Entwicklung in irgendeiner Art und Weise stoppen.

Wir müssen sie aber rechtsstaatlich stoppen. Wir müssen sie so stoppen, daß derjenige, der politisch verfolgt ist, wirklich Asyl finden kann, aber derjenige,

der nur aus wirtschaftlichen Gründen kommt, in seiner Heimat bleibt. Wir müssen nämlich verhindern, daß die Probleme so schwierig werden, daß in der breiten Masse der Bevölkerung **Haß gegen Ausländer** entsteht, daß Rassenhaß entsteht, daß Menschen sagen: Wir wollen das nicht mehr hinnehmen, so daß es dann zu Zuständen kommt, wie ich sie eingangs erwähnt habe: Zustände wie in Sachsen, einem Teil meines Landes, wo man praktisch kurz vor einem Bürgerkrieg steht. So etwas darf sich in diesem Zusammenhang auf keinen Fall entwickeln, wenn man den wirklich Asylsuchenden helfen will.

Die entscheidende Forderung deswegen: Europa muß in diesem Bereich mit einer Zunge sprechen, **wir brauchen in der Asylfrage eine einheitliche europäische Linie**. Es darf nicht sein, daß das eine Land die Tore weit öffnen muß und das andere die Tore schließt, daß man von einem Land ins andere herumgeschoben wird. Wir müssen eine vernünftige gemeinsame europäische Asylpolitik finden.

**Wilfried Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU) (*Schlußwort des Ausschußvorsitzenden*): Herr Präsident! Dem mannigfaltigen und berechtigten Lob und Dank an Lord Mackie schließe ich mich im Namen des Ausschusses für Flüchtlinge und Bevölkerungsfragen an. Es ist Lord Mackie in eindrucksvoller Weise gelungen, ein gewichtiges Thema, nämlich das der Zuwanderung nach Europa, an einem Punkt deutlich zu machen, der das erwartete öffentliche Interesse auch tatsächlich gefunden hat: die Situation an den Flughäfen Europas. Entsprechend war das Echo in den Medien.

Diese Arbeitsweise könnte ein Rezept für die gesamte Arbeit des Europarates sein, der sich vornehmen sollte, **wichtige politische Themen nicht abstrakt zu behandeln, sondern ein praktisches Ereignis aufzugreifen** und die politische Diskussion an Hand dieser Praxis zu führen, einer Praxis, die den Menschen in Europa wirklich unter die Haut geht. Dies ist durch diesen Bericht vortrefflich gelungen.

Meine Damen und Herren, der Exodus aus Albanien und die Reaktion in Italien darauf waren ein vergleichbares, noch drastischeres Ereignis, das ebenso unter die Haut ging. Aber dahinter steckt dasselbe Grundproblem:

Erstens: Wie organisieren wir in Europa die Zuwanderung aus Ländern, in denen niedrigster Lebensstandard herrscht?

Zweitens: Wie helfen wir den Menschen, ihre Heimatländer aufzubauen, statt den Exodus zu suchen?

Drittens: Wie lösen wir die Probleme stagnierender oder rückläufiger Bevölkerungszahlen in den meisten europäischen Ländern?

Viertens: Wie garantieren wir Asyl für alle tatsächlich politisch Verfolgten?

Fünftens: Wie werden wir diese Probleme bewältigen, wenn Ende 1992 ein Europa ohne Grenzen — zunächst im Bereich der Europäischen Gemeinschaft — vorhanden sein wird?

Daraus folgt: **Wir brauchen endlich eine einheitliche europäische Bevölkerungspolitik**, sowohl ein einheitliches Recht als auch eine einheitliche Praxis. Angesichts des Zustroms an Menschen muß der Grundsatz gelten: Steuern, nicht mauern.

Diese Forderung ist nicht neu. Der Kollege Stoffelen hat zu Recht darauf hingewiesen, daß diese Versammlung seit vielen, vielen Jahren nicht nur dieses Thema angegangen ist, sondern daß wir ganz konkrete Vorschläge gemacht haben. Ich denke daran, daß bereits 1985 von uns eine Institution, eine Art europäischer Zuwanderungsagentur gefordert wurde, die für die Harmonisierung der Bevölkerungspolitik sorgen sollte.

Wir Parlamentarier haben jetzt die Geduld verloren. Wir sehen, daß die Regierungen hinter den Notwendigkeiten herhinken, obwohl wir sie seit vielen Jahren darauf hinweisen. Es ist unerträglich, daß **kriminelle Schlepperbanden** in stärkerem Maß darüber entscheiden, wer nach Europa einwandert, als die gewählten Regierungen der Länder unseres Kontinents. Es ist unerträglich, daß gerade diejenigen, die geistig und körperlich sehr beweglich sind, ihre Heimatländer verlassen, wo sie für den Aufbau oder den Wiederaufbau ihrer Heimat dringend gebraucht würden.

Eine **Koordinierung der europäischen Bevölkerungspolitik mit der europäischen Entwicklungspolitik** ist eine zentrale Notwendigkeit. Wir sagen es hier seit vielen Jahren.

In der vorigen Woche fand in Luxemburg eine weitere Konferenz der europäischen Minister statt, die für Flüchtlings- und Integrationsprobleme zuständig sind. Die Frau Generalsekretärin Lalumière hat heute morgen bereits in unserem Ausschuß berichtet. Erste Schritte zu einem **gesamteuropäischen Warn- und Kommunikationssystem** sollen nun endlich eingeleitet werden. Ich sehe darin den Ausdruck der Erkenntnis, daß jetzt endlich eine wirkungsvolle Harmonisierung angestrebt werden muß.

Der Alarmruf von den Flughäfen Europas sollte deutlich machen, daß schnell gehandelt werden muß. Wir wissen, daß es nicht nur Flughäfen, sondern noch viele andere Eingangstore nach Europa gibt. Lord Mackie hat sich sehr verdient gemacht, indem er die Lage an den Flughäfen als Anlaß dafür genommen hat, hier eine Lebensfrage Europas zu diskutieren. Wir sind ihm dankbar dafür.

#### Empfehlung 1163 (1991)

##### betr. die Ankunft von Asylsuchenden auf europäischen Flughäfen

1. Die meisten europäischen Länder sind mit einer zunehmenden Zahl von Asylsuchenden konfrontiert, die aus einer größeren Ländervielfalt und aus unterschiedlicheren Gründen als in der Vergangenheit kommen.
2. Diese Entwicklungen stellen die zuständigen Behörden, insbesondere die Einwanderungsbehörden, vor große Schwierigkeiten und haben vor

allem auf vielen europäischen Flughäfen zu besorgniserregenden Zuständen geführt.

3. Die Rechte der Flüchtlinge nach der Genfer Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951, ihrem Protokoll von 1967 und der Europäischen Menschenrechtskonvention sind den Beamten der Einwanderungsbehörden nicht immer ausreichend bekannt und werden auch nicht immer voll eingehalten. Die Kompetenzen sowie die Ausbildung der verschiedenen Beamten, die Asylsuchende aufnehmen und befragen, sind von Land zu Land unterschiedlich.
4. Der manchmal inkohärente und im allgemeinen zeitaufwendige Untersuchungsprozeß bei Asylanträgen stellt die Asylsuchenden oft auf eine harte Probe.
5. Auf einigen europäischen Flughäfen gibt es keine Unterbringungszentren, und Asylsuchende müssen in überfüllten Durchgangshallen auf eine Entscheidung über die Zulässigkeit ihres Antrages warten.
6. In anderen Flughäfen gibt es Empfangszentren, doch die Anwendung des Völkerrechts und der internationalen Konventionen durch die entsprechenden Behörden wird nicht immer gewährleistet.
7. Verschiedene europäische Länder haben Restriktionsmaßnahmen erlassen, um den Strom der Asylsuchenden zu begrenzen.
8. Strengere Visabestimmungen haben zu einer Zunahme der gefälschten Reisepapiere geführt, zumal es für einen wirklich vor der Verfolgung fliehenden Asylsuchenden schwierig ist, diese auf legalem Wege zu bekommen.
9. Es gibt klare Beweise, daß in einigen Ländern Schlepper systematisch die Ausreise von Asylsuchenden organisieren und ihnen gefälschte Reisepapiere beschaffen.
10. Einige Länder haben Sanktionen gegen Fluggesellschaften erlassen, die die grundlegenden Prinzipien des Flüchtlingsschutzes und das Recht der Flüchtlinge auf Asylanträge untergraben, indem sie den Gesellschaften eine beträchtliche rechtliche, verwaltungstechnische und finanzielle Last auferlegen und die Verantwortung von den Einwanderungsbehörden wegverlagern.
11. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee:
  - i. vor dem 1. Januar 1993 ein Abkommen zur Harmonisierung der Politik und Praxis der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Aufnahme von Asylsuchenden, insbesondere an Flughäfen, vorzubereiten;
  - ii. einen europäischen Informationscode vorzubereiten, der in den Herkunftsländern der Asylsuchenden und deren Nachbarländern weiteste Verbreitung finden und mit allen praktischen Mitteln an Asylsuchende bei deren Ankunft verteilt werden sollte und der ihnen neben Informationen zu ihren Rechten

und relevanten Vorgehensweisen auch Aufschluß über die strengen Bedingungen bei der Definition von Asylsuchenden gibt;

- iii. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern:
  - a) sicherzustellen, daß die Achtung der Europäischen Menschenrechtskonvention und spezifischer internationaler Instrumente zum Schutze von Asylbewerbern in den Aufnahmezentren und Transitbereichen europäischer Flughäfen gewährleistet ist, was voraussetzt, daß die Rechtsbehörden keine der ihnen aus ihren internationalen Verpflichtungen erwachsenen Pflichten abtreten;
  - b) ausreichende Kapazität zur Unterbringung bereitzustellen und eine akzeptable menschliche Behandlung der Asylbewerber zu gewährleisten, die auf die erste Entscheidung bezüglich ihres Antrages warten;
  - c) Vertreter des Büros des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und ehrenamtliche Organisationen an der Schaffung von Strukturen zu beteiligen, die für die Aufnahme der Asylsuchenden an ihren jeweiligen Flughäfen maßgebend sind.

#### Richtlinie 467 (1991)

#### betr. die Ankunft von Asylsuchenden auf europäischen Flughäfen

1. Die Versammlung nimmt Bezug auf ihre Empfehlung 1163 (1991) betr. die Ankunft von Asylsuchenden auf europäischen Flughäfen.
2. Die in diesem Text vorgeschlagenen Maßnahmen sollten es ermöglichen, die Aufnahmebedingungen für Asylsuchende auf europäischen Flughäfen während der kommenden Monate zu verbessern.
3. In dem Wunsche, die Entwicklung dieser Angelegenheit aufmerksam weiterzuverfolgen, weist die Versammlung ihren Ausschuß für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen an, die Probleme von Asylsuchenden, die auf dem Luftweg aus ihrem Land flüchten, weiterhin zu untersuchen.

#### Tagesordnungspunkt:

#### Ansprache des Ministerpräsidenten von Dänemark, Poul Schlüter \*)

**Ministerpräsident Schlüter:** Herr Präsident, Frau Generalsekretärin, meine sehr verehrten Damen und Herren, „Veränderungen finden nicht ohne Schwierigkeiten statt, auch Veränderungen vom Schlechten zum Besseren“, sagte der englische Theologe

\*) Übersetzung aus dem Englischen

Richard Hooker bereits im 15. Jahrhundert. Dieser Aussage zuzustimmen, fällt nicht schwer, wenn wir die Ereignisse der letzten Jahre in Europa betrachten.

Die Geschwindigkeit und die Begeisterung, mit der die mittel- und osteuropäischen Staaten ihre neue Freiheit erlangt haben, ist beeindruckend. Obwohl noch viele Schwierigkeiten vor uns liegen und eine Vielzahl von Problemen energisches Handeln verlangen — die entsetzliche Situation in Jugoslawien ist ein eindringliches Beispiel dafür —, haben wir doch Anlaß, heute realistischere Hoffnungen auf Fortschritte auf unserem Kontinent zu haben als noch vor einigen Jahren. Das Bild dieses neuen Europas, dessen Konturen sich langsam abzuzeichnen beginnen, ist das eines Europas, das auf den gleichen Ideen und Werten wie denen des Europarates aufgebaut wurde. Lassen Sie mich Ihnen zunächst herzlich dafür danken, daß ich heute hier vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sprechen darf. Dies ist eine große Freude und eine Auszeichnung für mich.

Lassen Sie mich mit der Erklärung beginnen — und das kann nicht oft genug wiederholt werden —, daß es die ost- und mitteleuropäischen Völker selber waren, die die dramatischen Änderungen, die wir miterlebt haben, herbeigeführt haben. Das jüngste Beispiel fand erst vor ein paar Wochen in der Sowjetunion statt. Der Verdienst, die eigene Freiheit erlangt zu haben, gehört jenen Völkern, denen seit Jahrzehnten die Freiheit genommen war und welche unter erbärmlichen Lebensbedingungen leben mußten.

Doch auch die vom Westen unternommenen Anstrengungen führten zu einem positiven Ausgang. Damit meine ich unser beständiges Hinweisen und unser Beharren auf der Beachtung von Demokratie und den Menschenrechten — Anstrengungen, die wir nicht zuletzt durch den Europarat und im Rahmen der KSZE aufrechterhalten haben. Ich denke aber auch an die Art und Weise, wie der Westen seine Zusammenarbeit gestaltet, und damit Beispiele und Visionen für ein anderes und besseres Europa geschaffen hat. In diesem Zusammenhang sollte insbesondere die Zusammenarbeit in der EG, aber auch in der NATO erwähnt werden. Ausgehend von einem solchen Ansatzpunkt für die Gestaltung unserer Zusammenarbeit werden wir uns für ein neues vom Antagonismus befreites Europa einsetzen.

In der derzeitigen Phase des Übergangs haben wir jedoch — die wir zu einem begünstigten Teil Europas gehören — die Aufgabe, sowohl individuell wie auch durch unsere gemeinsamen Organisationen, uns unserer Nachbarn, die uns nun soviel nähergerückt sind, anzunehmen. Das Ziel sollte ein einiges und freies Europa sein. Ich wage es nicht, an die Folgen eines Scheiterns zu denken. Auf dieser neuen europäischen Bühne, auf deren Aufbau wir hoffen, spielt der Europarat eine aktive und äußerst wichtige Rolle — nämlich die wichtige Rolle der Förderung und Entwicklung der europäischen Identität — einer Identität, die auf der Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit basiert.

Die Europäische Menschenrechtskonvention wurde vor mehr als 40 Jahren unterzeichnet. Ihre Institutio-

nen, die Europäische Menschenrechtskonvention und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, sind die am weitesten entwickelten Instrumente zur Gewährleistung der Menschenrechte in der modernen Welt. Das Recht der Einzelbeschwerde und die bindende Rechtsprechung des Gerichtshofes sind Schlüsselemente in diesem einzigartigen System. Die in dieser Konvention festgelegten allgemeingültigen Menschenrechtsnormen werden nicht nur garantiert und verteidigt, sondern auch weiterentwickelt durch die praktischen Auswirkungen, die die Entscheidungen dieser Institutionen auf die Rechtssysteme der Mitgliedstaaten haben.

Die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa haben einen neuen weiten Tätigkeitsbereich für den Europarat eröffnet. Ich bin zutiefst beeindruckt von den Aktivitäten, die im Rahmen des Demosthenes-Programm unternommen werden. Dazu gehört die Unterstützung für die Verfassungs-, Rechts- und die Verwaltungsreformen. Daneben gibt es das Programm für das Training von Führungskräften und die Ausbildung in Wissenschaft und Technologie, das „FOR EAST“-Programm. Der Europarat besitzt in diesen Bereichen große Fachkenntnisse, und ich freue mich zu sehen, daß diese auch in den Staaten Mittel- und Osteuropas eingesetzt werden, um beim Aufbau der neuen Demokratien mitzuhelfen.

Mit einer noch breiteren Grundlage als der Europarat hat auch die KSZE eine wichtige Rolle übernommen. Die KSZE ist wesentlicher Bestandteil dieses neuen europäischen Bildes. Ich möchte besonders hervorheben, daß die KSZE den transatlantischen Dialog fördert und die Sowjetunion in die Lage versetzt, weitreichende Beziehungen mit dem Rest Europas aufrechtzuerhalten. Es ist wichtig, daß wir eine kontinuierliche nordamerikanische Bindung zu Europa fördern; gleichzeitig müssen wir aber vermeiden, daß die Sowjetunion mit ihren neuen Konturen, ganz gleich wie sie aussehen mögen, sich noch einmal von dem Rest Europas isoliert. Es wäre jedoch naiv, wollte man die derzeitigen Grenzen dieser Zusammenarbeit in der KSZE nicht sehen. Das veranlaßt mich, die Möglichkeiten und Zuständigkeiten der EG hervorzuheben, die natürlich von den jetzt in Europa stattfindenden Veränderungen nicht unberührt bleiben kann. An manchen Orten diskutiert man darüber, ob man statt der Anstrengungen um eine Erweiterung der Zusammenarbeit eher eine Vertiefung anstreben sollte; anders ausgedrückt heißt das, Erweiterung des Mitgliederkreises und Vermeidung einer Intensivierung der Zusammenarbeit. Meiner Meinung nach ist dies ein falscher Ansatz zur Lösung des Problems. Das, was die EG so attraktiv für Nichtmitgliedstaaten macht, ist der dynamische Charakter dieser Organisation. Die Antwort lautet daher, daß wir die Integration fortsetzen und gleichzeitig nach außen hin Offenheit zeigen sollten, wie es die EG immer seit ihrer Gründung getan hat.

In der derzeitigen Situation bedeutet dies, daß wir erstens die laufenden intergouvernementalen Konferenzen durchführen und zu einem Abschluß bringen müssen. Zweitens müssen wir bereit sein, Verhandlungen mit den europäischen Staaten, die für eine Mitgliedschaft in Frage kommen und sich darum

bewerben, aufzunehmen. Und drittens müssen wir den Staaten, die für eine Mitgliedschaft noch nicht in Frage kommen, langfristig die Mitgliedschaft in Aussicht stellen. Das geschieht durch die sogenannten Assoziierungsvereinbarungen. In diesem Zusammenhang hat es keinen Sinn, Staaten Hilfe anzubieten und ihnen gleichzeitig den Zugang zu den Handelsmärkten zu verweigern. Daraus könnte eine unglückselige Abhängigkeit entstehen, und ich glaube, es wäre absurd und sogar gefährlich, Tugenden auf dem freien Markt zu predigen und gleichzeitig einen überkommenen Protektionismus zu praktizieren.

Man mag sich fragen, warum in einer Zeit, in der sich im Osten die Bündnisse auflösen, wir fortfahren, solche in Westeuropa zu errichten. Was steht hinter diesem Phänomen? Es ist offensichtlich, daß die Wirtschaft im Verlauf der Jahre einen Prozeß der schnellen Internationalisierung durchlaufen hat. Das trifft für den Westen zu, und der Osten ist zu der gleichen Schlußfolgerung gelangt. Dieser grundlegende wirtschaftliche Trend verläuft parallel zu einer kulturellen Bewegung in die entgegengesetzte Richtung. Das Bedürfnis nach kultureller und nationaler Identität verstärkt sich, und gleichzeitig muß sich die Gesellschaft den modernen wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen.

Ich bin davon überzeugt, daß die Weigerung des Kommunismus, diesen Tatsachen ins Auge zu sehen, zu dem Zerfall geführt hat, den wir miterlebt haben. Darüber hinaus müssen wir feststellen, daß der Nationalismus — in sehr unerfreulicher Gestalt — wieder aufgetaucht ist. In vielen Fällen haben Konflikte und Gegensätze, die seit mehr als 75 Jahren eingefroren waren, jetzt neue Nahrung erhalten. In Westeuropa hat der Nationalismus vor erst 50 Jahren zu einer Katastrophe geführt. Trotzdem leben wir heute in einem vertrauensvollen, sich ständig erweiternden Miteinander. Gleichzeitig ist sich jeder von uns seiner eigenen nationalen und kulturellen Identität voll bewußt. Hierin liegt ein überzeugendes Argument für das von uns gewählte Modell. Das bedeutet nicht, daß wir die allein selig machende Wahrheit ein für allemal gefunden hätten. Unser Glaube an die kulturelle Dezentralisierung wächst jedoch ständig. Diese Tendenzen sind gedanklich verbunden mit der Idee einer regionalen Zusammenarbeit und Subsidiarität.

Wir dürfen nun hoffen, daß die schwerwiegenden Sicherheitsprobleme, die die europäische Landschaft mehr als vier Jahrzehnte geprägt haben, jetzt eher eine Nebenrolle spielen werden. Wir können natürlich die Tatsache nicht übersehen, daß sich Europa um seine eigenen Sicherheitsinteressen kümmern muß — intern und bei seinen Beziehungen zur Außenwelt.

Die Zusammenarbeit in der NATO ist noch immer eine notwendige und realistische Sicherheitsgrundlage für die Mitgliedstaaten, nicht zuletzt deshalb, weil sie die notwendigen Bindungen zwischen beiden Seiten des Atlantiks aufrechterhält. Aber die NATO, die sich jetzt an die neue Situation anpaßt, bildet auch ein starkes und unerlässliches Element der Stabilität und Vorhersehbarkeit im gesamten europäischen Sicherheitsbild. Auch Präsident Jelzin muß dies gefühlt haben, als er mitten in der höchst dramatischen Krise in der

Sowjetunion vor einigen Wochen das NATO-Hauptquartier während der Sitzung der Außenminister in Brüssel telefonisch informiert hat.

Eines ist absolut sicher: Das europäische Bild oder die europäische Architektur wird sehr viel komplexer werden, als wir es uns während der vergangenen Jahrzehnte vorgestellt haben. Neue Staaten sind entstanden, und es können noch weitere hinzukommen. Gleichzeitig trifft unsere derzeitige Grundlage der Zusammenarbeit auf neue Herausforderungen. Es wird eine aufregende, aber auch äußerst schwierige Zeit für uns alle werden. Die Geschichte Europas enthält eine Fülle gefährlicher Fehlschläge. Jetzt müssen wir unsere Kräfte vereinen, um eine Wiederholung zu vermeiden. Während wir dabei sind, unsere eigenen Angelegenheiten zu regeln, müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, daß die Beziehungen mit der übrigen Welt noch wichtiger werden. Dies trifft für die Handelspolitik zu, aber auch für unseren Beitrag zur Bewältigung der weltweiten Herausforderungen. Die Welt ist in der Tat kleiner geworden. Dies hat jedoch auch zu einem größeren Druck auf die Grenzen geführt, nicht zuletzt von verzweifelter Menschen aus dem Nahen Osten und aus Staaten auf der anderen Seite des Mittelmeers. Es ist offensichtlich, daß kein europäisches Land eine unbegrenzte Zahl von Einwanderern aufnehmen kann. Es ist ebenso offensichtlich, daß wir — als Teil einer wohlhabenderen Region der Welt — die Verpflichtung besitzen, verschiedene Formen der Unterstützung anzubieten. Wir arbeiten im Rahmen der EG-Zusammenarbeit an einer Lösung dieses Problems. Ich begrüße es, daß auch dieses Forum sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigt.

In diesem neuen und komplexeren Europa scheinen viele Formen von regionaler Zusammenarbeit entstanden zu sein. Ich betrachte dies als einen sehr positiven Trend, und wie Sie wissen, haben wir eine solche Tendenz auch im Rahmen der EG vorausgesehen. Als Däne ist es ganz natürlich, auf die nordische Zusammenarbeit als Beispiel einer vertrauensvollen und problemlos verlaufenden regionalen Zusammenarbeit hinzuweisen. Wir konnten diese Zusammenarbeit nicht zuletzt aufgrund unseres fast homogenen kulturellen Hintergrundes, aber auch deswegen, weil jeder von uns sich bemühte, der anderen Seite weiter entgegenzukommen, durchführen. Bei der neuen europäischen Entwicklung gibt es deutliche Tendenzen, die belegen, daß die nordischen Länder sich dem Rest Europas annähern. Wie Sie wissen, hat Schweden sich um die Mitgliedschaft in der EG beworben, und in Norwegen und in Finnland wird ebenfalls hierüber diskutiert. Als Mitglieder der EFTA sehen diese Staaten einer engeren Assoziierung mit der EG bei der Zusammenarbeit im sogenannten „Einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraum“ entgegen. Ich mache kein Geheimnis daraus, daß es nach dänischer Ansicht erstrebenswert wäre, wenn die gesamte nordische Region eines Tages Mitglied der EG werden würde. Unsere regionale Zusammenarbeit, die ich bereits erwähnte, wird neu belebt werden. Neue und interessante Perspektiven ergeben sich auch im benachbarten Raum. Ich denke an eine zukünftige verstärkte Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Erst vor kurzem hatten wir die große Freude und Genug-

tuung, die baltischen Staaten als Mitglieder der europäischen Familie begrüßen zu können.

Wie weit können wir einander entgegenkommen, wie eng können wir zusammenarbeiten? Zum großen Teil kann dies davon abhängen, ob wir in der Lage sein werden, einen Weg einzuschlagen, auf dem wir die gleichen Ideale und Werte teilen. Verträge und Bündnisse sind ausgezeichnete und notwendige Maßnahmen. Aber die solideste Grundlage der Zusammenarbeit ist gegenseitiges Vertrauen, das durch eine Annäherung unserer Wertekonzepte entsteht. Hier sehe ich die wichtigste Aufgabe für den Europarat in den folgenden Jahren. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren in der Parlamentarischen Versammlung, haben bereits umfangreiche und wertvolle Arbeit geleistet.

Bei zahlreichen Gelegenheiten hat die Versammlung ihre Fähigkeit, Kontakte herzustellen, unter Beweis gestellt, und zwar nicht nur zwischen den Völkern der Mitgliedstaaten. Sie haben wertvolle Arbeit geleistet zur Vorbereitung des Weges, den die baltischen Staaten jetzt eingeschlagen haben. In diesem Sommer erst haben Sie in Helsinki eine wichtige Initiative eingeleitet. Dabei möchte ich betonen, daß die Parlamentarische Versammlung durch ihr Arbeitsprogramm in die Lage versetzt wird, wichtige Aufgaben zu erfüllen und viele Gelegenheiten zu ergreifen, und deshalb in Dänemark in der Tat sehr hohes Ansehen genießt.

Sie haben die Möglichkeit, und — wenn ich dies sagen darf — Sie nutzen sie erfolgreich, Zusammenarbeit und Kontakte zwischen Völkern über Grenzen hinweg herzustellen. Bei diesen Kontakten entwickeln und vertreten Sie die Grundwerte, auf denen die Demokratie beruht.

Ich halte es für sehr wichtig, diesen besonderen Punkt hervorzuheben. Es ist natürlich möglich, durch Unterstützungsprogramme mitzuhelfen, neue Strukturen und Systeme zu errichten. Demokratie wird jedoch von dem Volk eines Landes aufgebaut. Die Dimension, welche von dieser Versammlung entwickelt und gefördert wird, ist von größter Bedeutung für die Gestaltung neuer Demokratien.

Die Fähigkeit der Versammlung — durch ihre Empfehlungen und Debatten — dem Ministerkomitee neue Gedanken zu unterbreiten, ist ebenfalls von großer Wichtigkeit. Ihre Debatten über Außenpolitik — insbesondere ihre Debatten über die Rolle des Europarates im neuen europäischen Zusammenhang — sind wichtige Quellen der Inspiration. Damit werden neue Gedanken und Ideen darüber entstehen, welche Strukturen wir für uns in einem neuen Europa, in dem die Ideale des Europarates noch größeren Stellenwert erhalten, schaffen wollen.

Die Debatte hierüber wird bereits seit einiger Zeit geführt, und ich bin sicher, daß sie weitergehen wird, denn in Europa finden noch immer Veränderungen statt.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Zitat Walter Hallsteins noch einmal meinen Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß ich die Gelegenheit hatte, hier vor Ihnen

sprechen zu können. Er sagte: „Jemand, der in europäischen Fragen nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

Wie wahr!

**Gerhard Reddemann** (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, sehen Sie angesichts der Krise in Jugoslawien eine Möglichkeit, daß sich die Mitgliedstaaten des Europarates auf gemeinsame Aktivitäten einigen, die nicht nur auf dem Papier stehen oder das Papier nicht einmal erreichen, oder halten Sie es für zweckmäßiger, daß der eben bereits besprochene Ausbau der Europäischen Politischen Union so forciert wird, daß Europa, zumindest Kerneuropa, schneller mit einer Stimme sprechen kann, als es im Augenblick geschieht?

*In seiner Antwort unterstrich Ministerpräsident Schlüter, daß versucht werden sollte, in Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik enger in Europa zusammenzuarbeiten und möglichst mit einer Stimme zu sprechen. Allerdings müsse es den Mitgliedstaaten möglich sein, in wichtigen Fragen eine gesonderte Haltung einzunehmen, und daher sei er dagegen, in diesen Fragen Mehrheitsbeschlüsse zu fassen.*

Tagesordnungspunkt:

### **Europa und die Entwicklung der Weltbevölkerung**

(Drucksache 6439)

Berichterstatter: Abg. Anita Persson (Schweden)

*verbundene Debatte mit*

### **Demographische Ungleichgewichte zwischen den Ländern des Mittelmeerraums**

(Drucksache 6462)

Berichterstatter: Abg. José Mota Torres (Portugal) und Narcis Vázquez (Spanien)

**Wilfried Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU) (*Schlußwort des Ausschußvorsitzenden*): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Dank gilt Frau Persson und Frau Baarveld-Schlaman, die bereit gewesen ist, den Bericht hier zu vertreten, den die Kollegin Persson erarbeitet hat. Dank sage ich im Namen der Kommission aber auch den Kollegen Mota Torres und Vázquez für den Bericht, den sie vorgelegt haben. Beide Berichte waren eine sehr, sehr gute Grundlage für eine Debatte, von der ich sagen muß, daß Qualität vor Quantität gegangen ist; denn auch ich war in der Tat ein wenig enttäuscht, daß, nachdem wir so sehr, sehr lange nicht über demographische Probleme diskutiert hatten, diese Debatte nicht mehr und vor allem aus dem Norden und Westen Europas stammenden Kollegen Anlaß zu einem Diskussionsbeitrag gegeben hat.

**Die demographische Entwicklung ist in der Tat eines der wichtigsten Zukunftsthemen unserer Menschheit.** Ich meine, daß wir uns in den letzten zwei Jahren

— und das ist verständlich — zu sehr mit den Problemen beschäftigen mußten, die unsere ganze aktuelle Aufmerksamkeit erforderten. Ich denke dabei an die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Golfregion ebenso wie an den Zusammenbruch des Kommunismus in Europa. Aber beide eben genannten aktuellen Ereignisse werden gerade auf die demographische Entwicklung in unserem Kontinent in den nächsten Jahrzehnten eine sehr, sehr große Auswirkung haben, so daß wir von diesen aktuellen Ereignissen her, die bewältigt worden sind oder zu bewältigen sind, in der Tagespolitik jetzt den Blick auf das Europa der Zukunft richten müssen, wenn wir eine Politik betreiben wollen, mit der wir vor unseren Kindern bestehen können.

Wir wollten eigentlich — das möchte ich noch hinzufügen — diese Diskussion in Helsinki bei der Minisession führen, schon um zu unterstreichen, daß die Fragen, die hier zum Beispiel über den Mittelmeerraum diskutiert werden, auch die Bürgerinnen und Bürger im Norden Europas angehen. Aber die Tagesordnung ließ das nicht zu. Ich wollte damit nur darauf hinweisen: Wir haben durchaus gesehen, daß es wichtig ist, diese Problematik allen Europäern gemeinsam vor Augen zu führen. Wenngleich ein jeder besondere Zuständigkeiten in der Bewältigung einzelner politischer Aufgaben auch im größer gewordenen freiheitlichen Europa aus rein geographischen Gründen hat, sollte das Bewußtsein um die Dringlichkeit dieser Probleme ein **gesamteuropäisches Bewußtsein** sein.

Vor allem, meine Damen und Herren, die Einwanderung aus dem Mittelmeerraum, den südlichen Anrainerlandern des Mittelmeerraums oder auch aus den östlichen und südöstlichen Ländern Europas wird spätestens **Ende 1992** zu einem ganz heißen politischen Thema, wenn wir **innerhalb der EG keine Grenzen mehr** haben und der einmal in den europäischen Kontinent gekommene Einwanderer sich dann mit voller Freizügigkeit innerhalb aller europäischer Länder bewegen können.

Wir brauchen also — und da wiederhole ich etwas, was von mir heute morgen in der Debatte über die Situation auf den europäischen Flughäfen gesagt worden ist; hier bestätigt es sich erneut — **eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik**, koordiniert mit gemeinsamer Entwicklungshilfepolitik. Bevölkerungspolitik und Entwicklungshilfepolitik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Nach den Diskussionsbeiträgen unserer Kollegen aus dem Süden Europas muß ich feststellen, daß vieles, was im Norden und in der Mitte Europas in den vergangenen 20 Jahren durch Einwanderung zum Problem geworden ist, nunmehr auch in den südlicheren Regionen unseres Kontinents zum Problem wird. Wir sollten uns hier in der Diskussion mit den Erfahrungen aus dem Norden nicht zurückhalten, sondern sollten unseren Freunden im Süden von den Erfahrungen, die im Norden und in der Mitte Europas gemacht worden sind, mitteilen.

Herr Kollege Mota Torres hat sehr richtig gesagt, daß Wanderungen nicht plötzlich in diesem Jahrzehnt aufgetreten sind. **Wanderungen hat es in der**

**Geschichte der Menschheit immer gegeben.** Man könnte die Geschichte der Menschheit ganz sicherlich einmal als die Geschichte menschlicher Wanderungen darstellen. Das wäre bestimmt eine sehr interessante Geschichtsbetrachtung. Sie würde ein faszinierendes Bild der Weltgeschichte geben.

Wir wissen also, daß solche Bevölkerungswanderungen nicht nur in unseren Jahrzehnten auftreten. Wir reden darüber, aber wir haben, wie Sie gesagt haben, Herr Kollege Mota Torres, in Europa — obwohl wir das Problem kennen — nicht die notwendigen Mittel und Institutionen geschaffen, um dieses Problem lösen zu können, zumindest um es konstruktiv angehen zu können. Ich denke, daß Debatten wie diese dazu beitragen, im Ministerkomitee das Notwendige zu tun. Auch hier verweise ich auf die Debatte dieses Vormittags.

Wenn ich an die aktuellen politischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus in Europa stehen, und auch an den vor 40 Jahren erfolgten Zusammenbruch des Nationalsozialismus in Deutschland denke, dann, muß ich sagen, kommen mir bittere Gedanken darüber, was wir in Europa bei der Entwicklung dieser Welt hätten schaffen können, wenn nicht der Schrecken des Totalitarismus in diesem Jahrhundert unseren Kontinent verwüstet hätte, den Kontinent, der in der Lage wäre, in anderen Teilen der Welt zu einer vernünftigen Entwicklung beizutragen.

Schon jetzt, wo wir **nach dem Zusammenbruch des Kommunismus** Aufräumarbeiten zu erledigen haben, z. B. in Deutschland, steht fest, daß wir **Jahrzehnte** brauchen werden, um die Folgen dieses **furchtbaren Geschehens auf unserem Kontinent zu beheben**. Das wird vielen Menschen nicht schnell genug gehen. Daraus werden sich neue Probleme ergeben.

Die Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß breite Teile der Bevölkerung innerhalb der neuen Bundesländer, innerhalb der früheren DDR, die anwesenden Asylbewerber, Einwanderer und Zuwanderer für die Probleme verantwortlich machen und ihren Verdruß und ihren Ärger gegen diese Menschen, die hilfesuchend in unser Land gekommen sind, richten. **Wir müssen aufpassen, daß aus den Trümmern des Kommunismus nicht eine schlimme Entwicklung des Rassismus auf unseren Kontinent zukommt.** Wir müssen gewappnet sein. Je eher wir diese Entwicklungen erkennen, um so besser werden wir gegensteuern können.

Lassen Sie mich diesen etwas pessimistischen Ausblick beenden, indem ich nicht — es hatte den Anschein, daß dies geschieht — die Zahlen, die dem Bericht über die demographische Entwicklung zugrunde liegen, in Frage stelle. Ich ziehe die Zahlen der Bevölkerungsentwicklung jetzt nicht in Zweifel. Aber ich glaube, wir sollten auch den **Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der FAO**, in Betracht ziehen, der die Nahrungsmittelproduktion im letzten Jahrzehnt in bezug zur Bevölkerungsentwicklung gesetzt hat. Die

dort beschriebene Entwicklung läßt uns für die Zukunft eigentlich ein wenig hoffen.

**Die Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern ist nämlich im letzten Jahrzehnt um 38 %, die Bevölkerung nur um 23 % gestiegen.** Das ist immerhin eine deutliche Verbesserung. Das soll uns sagen: Wir können es schaffen, wenn wir große Anstrengungen unternehmen.

Es gibt allerdings große regionale Unterschiede. Am schlimmsten ist die Lage in Afrika. Die Bevölkerung nahm um 36 % zu. Die Zuwachsrate der Lebensmittelproduktion aber lag nur bei 27 %. Die bessere Entwicklung liegt im asiatischen Teil. Die Pro-Kopf-Erzeugung von Nahrungsmitteln stieg in China im letzten Jahrzehnt um 53 % und in Indien um 48 %. Beide zusammen machen zwei Milliarden Einwohner, also 40 % der Weltbevölkerung, aus.

Ich wollte zum Abschluß der Debatte diese aus der Sicht unseres Ausschusses optimistisch stimmenden Zahlen noch hinzugefügt haben, damit wir sehen: Die Bewältigung der Probleme, die wir erkannt haben, ist möglich, wenn wir weltweit eine vernünftige Politik betreiben. — Danke schön.

#### Entschließung 971 (1991)

##### betr. **Europa und die Entwicklung der Weltbevölkerung**

1. Die Zahl der Weltbevölkerung steigt schneller als je zuvor; Schätzungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zufolge könnte sich die Weltbevölkerung, die heute 5,3 Milliarden Menschen umfaßt, im Laufe des kommenden Jahrhunderts mindestens verdoppeln.
2. Das Bevölkerungswachstum bleibt weiterhin unausgewogen; im Laufe der nächsten 35 Jahre werden 95 % dieses Wachstums in den Entwicklungsländern erfolgen, die am wenigsten für die Bewältigung dieses Wachstums ausgerüstet sind.
3. Eine der Hauptursachen für die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt liegt darin, daß die Hälfte der weiblichen Bevölkerung, die eine entscheidende Rolle bei der Regulierung der steigenden Geburtenraten spielt, keinen Zugang zu den Methoden der Familienplanung hat.
4. Die Senkung der Geburtenraten setzt jedoch ein globales Vorgehen voraus, das über die Einrichtung von Familienplanungsstellen hinausgeht; die Erziehung der Frauen sowie die Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Stellung haben sich als wesentliche Elemente der Geburtenkontrolle erwiesen.
5. In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern ist die Tatsache, daß nur wenige Frauen moderne Verhütungsmethoden anwenden, die Hauptursache für die hohe Abtreibungsrate.
6. Bevölkerungswachstum, unzureichende Lebensmittelproduktion, knapper Ackerboden, die Schwierigkeit, den Lebensunterhalt zu verdienen,

und der Mangel an hinreichend ausgestatteten Wohnungen in den Entwicklungsländern werden zu verstärkten Wanderungsbewegungen in die entwickelten Länder führen.

7. Das unkontrollierte Bevölkerungswachstum wird ebenfalls dramatische ökologische Auswirkungen haben, wie z. B. Bodenverschlechterung, Entwaldung und Erderwärmung, was zu einer raschen Umweltverschlechterung führt.
8. Die Überalterung der Bevölkerung und sinkende Geburtenraten in den Industrieländern werden zu einem Mangel an Arbeitskräften und folglich zu verstärktem Druck im Bereich der Einwanderung führen.
9. Deshalb ist es erforderlich, neue Einwanderungspolitiken festzusetzen, die nicht allein auf ökonomischen Erwägungen beruhen, sondern den sozio-kulturellen Aspekten größere Beachtung schenken, um eine harmonische Integration der Einwanderer in die Aufnahmeländer zu erleichtern.
10. Die Versammlung fordert daher die Mitgliedstaaten des Europarates auf:
  - i. die Zusammenarbeit hinsichtlich der bevölkerungs- und wanderungspolitischen Aktivitäten im Rahmen des Europarates zu verstärken;
  - ii. den von den Regierungen der Entwicklungsländer zur Eindämmung des übermäßigen Bevölkerungswachstums erstellten Programmen im Bereich der Familienplanung größere finanzielle Unterstützung zu gewähren;
  - iii. die Entwicklungsländer bei der Ausgestaltung und Umsetzung der in den Entwicklungsprogrammen enthaltenen bevölkerungspolitischen Programme zu unterstützen;
  - iv. die Regierungen der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Rolle und des Status der Frauen in allen Lebensbereichen zu unterstützen, insbesondere durch Erziehung, Familienplanung, Gesundheitswesen und Zugang zur Arbeit;
  - v. ihre finanziellen Beiträge zum Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zu erhöhen;
  - vi. alle hauptamtlichen, ehrenamtlichen und Nichtregierungs-Organisationen zu unterstützen, die sich für die Ziele des UNFPA einsetzen;
  - vii. zur Schärfung des Bewußtseins für die miteinander verwobenen weltweiten Probleme der sozio-ökonomischen Entwicklung, der Umweltverschlechterung und des Bevölkerungswachstums die Möglichkeiten des europäischen Zentrums für weltweite Interdependenz und Solidarität voll auszuschöpfen.
11. Die Versammlung fordert die mittel- und osteuropäischen Länder auf, den UNFPA zu ersuchen, sie

bei der Ausgestaltung und Durchführung bevölkerungspolitischer Programme, die auf ihre Bedürfnisse abgestellt sind, zu unterstützen, insbesondere im Bereich der Familienplanung.

#### Empfehlung 1164 (1991)

##### betr. die demographischen Ungleichgewichte zwischen den Ländern des Mittelmeerraums

1. Im Verlauf der nächsten 30 Jahre wird sich das demographische Ungleichgewicht zwischen der nördlichen Küste des Mittelmeers und der südlichen und östlichen Küste noch vergrößern.
2. In ganz Europa und nicht nur im südlichen Europa ist die demographische Situation seit Mitte der 60er Jahre gekennzeichnet durch eine geringe Fruchtbarkeit (Durchschnittszahl von Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter), eine sinkende Sterblichkeitsrate und eine Überalterung der Bevölkerung.
3. Während die Bevölkerungszahl in Europa in den kommenden Jahrzehnten relativ stabil bleiben wird, wird sich die Bevölkerung an der südlichen und der östlichen Küste des Mittelmeers zwischen 1990 und 2030 etwa verdoppeln.
4. Dieses demographische Ungleichgewicht verstärkt das Entwicklungsgefälle zwischen den Staaten des nördlichen und südlichen Mittelmeers, das sich voraussichtlich in den kommenden Jahren noch vergrößern wird.
5. Darüber hinaus hat das Bevölkerungswachstum in den östlichen und südlichen Mittelmeerstaaten die Regierungen veranlaßt, die Haushaltsausgaben für die bevölkerungspolitisch relevanten Bereiche, wie z. B. Erziehung, Gesundheit, Wohnungsbau und Nahrungsmittelsubventionen zu erhöhen.
6. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums verstärken die Schwierigkeiten dieser Staaten, die sich bereits beträchtlichen Auslandsschulden, wachsender Arbeitslosigkeit, einer sehr prekären sozialen Lage und einem wachsenden Fundamentalismus gegenübersehen.
7. Der Kontrast zwischen den demographischen und den wirtschaftlichen Verhältnissen in den Mittelmeerstaaten wird zu Wanderungsbewegungen in Richtung des europäischen Kontinents führen.
8. Diese Wanderungsbewegungen werden sich weit über das südliche Europa hinaus erstrecken und sich nach Westen und Norden ausbreiten, parallel zu den jüngsten Migrationsströmen aus den Staaten Mittel- und Osteuropas und dem schon traditionellen Zustrom aus den Staaten der Dritten Welt.
9. Derzeit scheinen die Aufnahmemöglichkeiten der europäischen Staaten nicht ausreichend zu sein, um die vorherzusehenden Einwanderungsströme aus den östlichen und südlichen Mittelmeerländern im vollem Umfang zu bewältigen.
10. Die Versammlung ist der Ansicht, daß sich Europa im eigenen Interesse und im Interesse der Staaten des östlichen und südlichen Mittelmeers bemühen muß, den Regierungen dieser Staaten zu helfen, eine Politik der ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durchzuführen.
11. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee:
  - i. den Europäischen Bevölkerungsausschuß (CDPO) anzuweisen, das Problem der demographischen Ungleichheiten zwischen den Staaten im Mittelmeerraum zu untersuchen;
  - ii. die Mittelmeerstaaten, die nicht Mitglieder des Europarates sind sowie den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) einzuladen, sich an seiner Arbeit zu beteiligen;
  - iii. das Nord-Süd-Zentrum für weltweite Interdependenz und Solidarität zu nutzen, um die öffentliche Meinung in Europa für die engen Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen, ökologischen und demographischen Problemen in den südlichen Mittelmeerstaaten zu sensibilisieren;
  - iv. die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ermutigen, den Regierungen der Staaten des südlichen Mittelmeers zu helfen, die entwicklungspolitischen Maßnahmen durchzuführen, die aufgrund der demographischen Situation erforderlich sind.
12. Die Versammlung erneuert ihre in der Empfehlung 1148 (1991) betr. „Europa im Jahre 1992 und politische Maßnahmen im Bereich der Wanderungsbewegungen“ gestellte Forderung an das Ministerkomitee, eine internationale Konferenz über demographische Probleme im Mittelmeerraum und von dort ausgehende Wanderungsbewegungen zu veranstalten.

#### Tagesordnungspunkt:

##### Die Folgemaßnahmen der europäischen Kampagne für den ländlichen Raum

(Drucksache 6492)

Berichterstatter: Abg. Carlos Pinto (Portugal)

**Dr. Günther Müller (CDU/CSU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor vielen Jahren habe ich diesem Hause einen Bericht erstattet, aus dem die spätere Kampagne für den ländlichen Raum hervorging. Wir stellen jetzt, nach fast zehn Jahren, fest, daß sich nichts Wesentliches verändert hat. Wir haben zwar die Kampagne in den Jahren 1987 und 1988 gehabt, aber es hat daran gefehlt, diese Kampagne zügig weiterzuführen. Ich bin sehr dankbar dafür, was der Berichterstatter vorhin gesagt hat, daß es bei dieser Kampagne auch um eine **Frage der Gerechtigkeit** geht, nämlich **der Gerechtigkeit für den ländlichen Raum**.

Ich will das an einem Beispiel zeigen. Ich komme aus einem Landkreis — mein Wahlkreis — an der Grenze zu Österreich, der zu den am dünnsten besiedelten Landkreisen in der Bundesrepublik gehört. Er gehört gleichzeitig zu denen, die ein sehr niedriges Sozialprodukt haben. Er ist aber zugleich der Landkreis, der den höchsten Anteil an Kraftfahrzeugen hat. Nun könnte man meinen, das kann nicht zusammenpassen; denn nur reiche Leute fahren Auto. Bei uns ist es umgekehrt. Gerade die Armen im ländlichen Raum müssen Auto fahren, weil es keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt. Wenn in meinem Landkreis bei tausend Einwohnern der Unterschied zu den Einwohnern der Landeshauptstadt München hinsichtlich des Kraftfahrzeugbestandes einhundert beträgt, dann zeigt Ihnen allein schon diese Zahl die Belastung.

Es kommt dazu, daß gerade in den letzten Jahren die **Belastungen im Bereich des Individualverkehrs gestiegen** sind und daß deswegen diese ärmeren Menschen überdurchschnittlich belastet werden.

Das zweite, was ich bemerken möchte: **Es geht beim ländlichen Raum um das Erbe für unsere Kinder**, um die ökologische Frage, die aufgeworfen ist. Ich glaube, es muß nicht besonders unterstrichen werden. Der Moloch Stadt ist ja nicht gerade etwas, was sehr umweltfreundlich ist. Es sind die Lungen des ländlichen Raumes, die immer wieder die Frischluft geben müssen, damit die Städte überhaupt existieren können. Deswegen bedeutet — da will ich dem Kollegen Lagorce beipflichten — **die Erhaltung der Landwirtschaft eine ganz wesentliche Aufgabe**. Hier möchte ich auch unterstreichen, was unsere finnische Kollegin vorhin gesagt hat, daß nämlich die Frage der alternativen Bewirtschaftung in der Landwirtschaft — auch der Anbau industrieller Produkte in der Landwirtschaft — für den Erhalt der Landwirtschaft in der Zukunft sicher von großer Bedeutung sein wird.

Wir haben gehört, daß in einem Bericht der Europäischen Gemeinschaft davon die Rede ist, daß zehntausende von Dörfern in Europa in den nächsten Jahren verschwinden werden. Ich möchte dies nicht erleben. Ich sehe aber leider, daß in Europa eine Politik betrieben wird, die in die falsche Richtung führt. Ich kann hier nur für mein Land sprechen und will Ihnen zwei Beispiele geben.

Da wird zur Zeit in München, einer Millionenstadt, direkt gegenüber dem Bahnhof, auf dem teuersten Baugrund, ein Postsparkassenamt gebaut. Man hat dort keine Arbeitskräfte. Die werden durch Anzeigen in meinem Landkreis gesucht, weil man sie in München nicht mehr findet, auch weil die Mieten dort zu teuer geworden sind. Man könnte dieses Postsparkassenamt, das rein technisch arbeitet, wo es keinen Publikumsverkehr gibt, angesichts der modernen Möglichkeiten der Massenkommunikation genauso irgendwo in ein Dorf, in den ländlichen Raum, stellen und dort Arbeitsplätze schaffen. Und man könnte sie billiger schaffen, weil man, wenn man den Baugrund für dieses Postsparkassenamt gegenüber dem Haupt-

bahnhof in München zum Beispiel an einen japanischen Warenhauskonzern verkaufte, das Fünffache dessen bekäme, was der Bau des Postsparkassenamts kostet.

Das zweite Beispiel, liebe Kollegen: Gerade ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Entscheidung getroffen worden, die auch diesen falschen Weg zeigt. Man will die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland verlegen. Nicht mehr Bonn, sondern Berlin soll Hauptstadt sein. Dafür muß man wahrscheinlich 50 bis 70 Milliarden DM ausgeben. Das bedeutet, daß diese Mittel für Investitionen im ländlichen Raum fehlen.

Nach einer Untersuchung der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird die Einwohnerzahl Berlins von 4 Millionen bis zum Jahre 2000 auf 8 Millionen Menschen wachsen. Woher kommen diese zusätzlichen 4 Millionen Menschen? Ursache ist nicht eine gestiegene Geburtenrate in Berlin, sondern **Abwanderung aus dem ländlichen Raum**. Ein neuer Koloß, ein neuer Ballungsraum, wird geschaffen, der aus ökonomischen Gründen nicht nötig ist, der aus ökonomischen Gründen sogar unsinnig ist. Der Bausenator von Berlin, Herr Viktor Hassemer, hat kürzlich in einem Interview gesagt: Wir brauchen aus ökonomischen Gründen Hauptstadtfunktion und Regierungssitz in Berlin nicht, wir brauchen sie nur soweit, wie Köln den Dom braucht. — Damit hat er etwas Wahres gesagt. **Es geht um Prestige, es geht um Glanz**. Die Städte müssen blühen und glänzen. Aber der ländliche Raum wird leider weiter ausgebeutet.

Deswegen, liebe Kollegen, ist es notwendig, in diesem Bereich der Phraseologie Taten folgen zu lassen, keine falschen Entscheidungen zu treffen, wofür ich diese beiden Beispiele gebracht habe. Es ist notwendig, das Ministerkomitee aufzufordern, zusammen mit der OECD, zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft alles zu tun, um den ländlichen Raum zu erhalten. Nur eine solche Ausgewogenheit in unserer Gesellschaft garantiert uns für die Zukunft ein Überleben in ökonomischer, in ökologischer und in politischer Hinsicht.

#### Empfehlung 1165 (1991)

##### betr. die Folgemaßnahmen der europäischen Kampagne für den ländlichen Raum

1. Die Entwicklung des ländlichen Raums ist zu einem Anliegen aller europäischen Staaten geworden, von denen die meisten mit Problemen wie Desertifikation, Isolation von Bevölkerungen und deren allmählicher Abwanderung in die Städte, Rückgang oder Industrialisierung der Landwirtschaft sowie wirtschaftlicher Rezession zu kämpfen haben.
2. Die vom Europarat in den Jahren 1987 und 1988 durchgeführte Europäische Kampagne für den ländlichen Raum hat zu einer Sensibilisierung des öffentlichen Bewußtseins für diese Probleme und

ihrer Tragweite und zur Aufstellung von Projekten für die ländlichen Regionen geführt.

3. Die Parlamentarische Versammlung bedauert, daß es das Ministerkomitee des Europarates trotz wiederholter Anfragen der Parlamentarischen Versammlung und der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas nicht für angebracht hielt, die Kampagne mit den nötigen Mitteln auszustatten, die den geweckten Erwartungen und dem geschaffenen Potential Rechnung hätten tragen können, und ermutigt ihren Ausschuß für Umwelt, Raumordnung und Kommunalfragen, die Aktivitäten in diesem Bereich weiterhin aufmerksam zu verfolgen.
4. Allerdings betrachteten die an der Kampagne beteiligten Organisationen der OECD und der Europäischen Gemeinschaft sowie die beim Europarat Beraterstatus besitzenden NGOs die Entwicklung des ländlichen Raums als eine vorrangige Aufgabe der Gesellschaft und beschlossen, in diesem Bereich umfassende Aktivitäten in Gang zu setzen.
5. Die Parlamentarische Versammlung begrüßt es besonders, daß die OECD ein Programm der Entwicklung des ländlichen Raums eingeleitet und den Europarat eingeladen hat, sich an diesem Projekt eng zu beteiligen.
6. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee:
  - i. die Mitgliedstaaten zu ersuchen, die während der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum begonnenen Aktivitäten fortzusetzen und zu intensivieren, insbesondere durch die nationalen Ausschüsse, und die Einberufung von ein- oder zweimal jährlich zu veranstaltenden Koordinierungssitzungen der Vorsitzenden der nationalen Ausschüsse in das intergouvernementale Arbeitsprogramm aufzunehmen;
  - ii. seine Bereitschaft, die Europäische Kampagne für den ländlichen Raum auf der Ebene des Europarates durch Folgemaßnahmen weiter zu verfolgen, klar zum Ausdruck zu bringen und z. B. durch die Veranstaltung von Kolloquien und Kampagnen eine gezielte Zusammenarbeit mit der OECD, der Europäischen Gemeinschaft und dem von den NGOs eingerichteten Europäischen Zentrum für Belange des ländlichen Raums aufzunehmen;
  - iii. ab 1992 in das intergouvernementale Arbeitsprogramm multidisziplinäre Aktivitäten im Hinblick auf die Entwicklung des ländlichen Raums aufzunehmen unter besonderer Berücksichtigung der neuen Dimension, die sich aus der geographischen Öffnung der Organisation ergibt;
  - iv. zu diesem Zweck angemessene Haushaltsmittel und geeignete Strukturen zur Verfügung zu stellen.

**Dienstag, 24. September 1991**

Tagesordnungspunkt:

**Allgemeine Politik des Europarates (3. Teil)  
— die Aussichten auf europäische Integration  
und Entspannung im Mittelmeerraum**

(Drucksache 6489)

Berichtersteller: Abg. Manuel Soares Costa  
(Portugal)

**Ulrich Junghanns (CDU/CSU):** Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte diese Debatte nutzen, um Sie mit einem sehr speziellen Problem europäischer Integration vertraut zu machen. Ich komme aus Frankfurt an der Oder, aus dem schönen deutschen Bundesland Brandenburg. Damit wird Ihnen klar, daß wir noch sehr wenig Erfahrungen mit dem politischen und parlamentarischen Europa haben. Aber andererseits werden wegen unserer Lage — die Grenze nach Polen — natürlich verständlicherweise sehr große Erwartungen hinsichtlich der Integration der europäischen Staaten an die Parlamentarier Europas gerichtet. Wir sind — das brauche ich bestimmt nicht zu betonen — sehr intensive Verfechter dieser europäischen Integration. Das diktiert uns ganz einfach das Leben, das Leben, das uns tagtäglich damit konfrontiert, daß zwar die Grenzen für den visafreien Verkehr geöffnet sind, daß aber ansonsten **noch sehr viele Hürden vorhanden sind, die Osteuropa vom europäischen Haus abtrennen.**

Die **Grenzregionen** — das hat in der vergangenen Woche schon einmal eine Rolle gespielt — leiden unter der Tatsache, daß sie durch ihre Randlagen, **sowohl aus polnischer als auch aus deutscher Sicht, benachteiligt** sind. Unterbrochene Kommunikationsnetze, unterentwickelte Verkehrsverbindungen, aber vor allen Dingen auch wirtschaftlich unterentwickelte Räume führen gegenwärtig dazu, daß Spannungen zunehmen, daß uns tagtäglich soziale Konflikte in immer stärkerem Maße und in ganz anderer Form beschäftigen, als wir uns das wünschen.

Ich kann sagen, daß die vertraglichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einen sehr guten Rahmen bieten, diese internationale Zusammenarbeit im Geiste Europas zu gestalten. Aber ich möchte Ihnen auch sagen, daß diese Aufgabenstellung eine europäische Dimension hat; denn wir sind der Auffassung, daß die Lösung der in diesem Haus sehr oft beschworenen Aufgabe, die europäische Integration zu gestalten, natürlich zuerst dort beginnen muß, wo die Menschen aufeinandertreffen, in den Grenzregionen.

Anders herum gesagt: Wenn wir es nicht schaffen, diese Grenzen durchlässig zu gestalten, und zwar nicht nur durch Visafreiheit, sondern auch durch **intensive wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen** sowie durch **Kontakte auf dem Bildungsgebiet**, dann wird man uns keinen Glauben schenken, wenn wir darüber reden, Osteuropa zu integrieren.

Die Aufgaben sind vielseitig. Wir aus der Grenzregion sind der Auffassung, daß sie in verschiedenen Dimensionen gestaltet werden sollten. Europa hat Erfahrungen mit internationalen Wirtschaftsregionen, z. B. durch Interregioprojekte. Ich glaube, das sind Ansatzpunkte, die wir auch für die Grenzregionen zu Osteuropa nutzen müssen.

Darüber hinaus gibt es sehr viele thematische Projekte auf dem Gebiet des Umweltschutzes, des Transportes von Bildung oder intensiver bildungspolitischer Beziehungen zwischen beiden Staaten, die auch in Richtung der Grenzregionen zu Osteuropa gehen müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie ganz einfach für dieses Thema gewinnen, weil ich weiß, daß sich der **Europäische Strukturfonds** gegenwärtig einer **Reform** unterzieht — schon mein Vorredner hat als einen Ausblick dargelegt, daß es die Aufgabenstellung gibt, sich mit Grenzregionen zu befassen — und daß wir in die Reformierung des Europäischen Strukturfonds in Besonderheit natürlich **die Grenzregionen zu Osteuropa aufnehmen** und damit die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung geben, die diese Regionen brauchen. Diese Unterstützung wird letztlich jene Menschen begeistern, für Europa, für ein befriedetes europäisches Haus einzutreten. — Ich danke Ihnen.

**Gerhard Reddemann (CDU/CSU)** (*Schlußwort des Ausschußvorsitzenden*): Herr Präsident, angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich auf weitere Ausführungen, zumal vieles von dem, was Herr Kollege Soares Costa gesagt hat, auch der Inhalt dessen gewesen wäre, was ich der Versammlung vorgetragen hätte.

Gestatten Sie mir statt dessen eine Bemerkung: Ich habe den Namen unseres Generalberichterstatters bereits genannt. Er verläßt uns. Er verläßt sein Parlament und hat deswegen nicht mehr die Gelegenheit, bei uns tätig zu sein.

Ich habe Herrn Soares Costa schon vor langer Zeit kennengelernt, als in seinem Heimatland die Gefahr bestand, daß der Weg von einer Diktatur zur anderen und nicht von einer Diktatur in die Freiheit gehen könnte. Er hat damals zu denen gehört, die für den Ausgleich eingetreten sind, aber mit der gleichen Härte auch für die Erhaltung der Demokratie. Ich glaube, genau dies war die Gesinnung, die es ihm möglich machte, uns als unser Generalberichterstatter die Berichte vorzulegen, über die wir dann in der Regel einvernehmlich abstimmen konnten.

Lieber Freund Manuel Soares Costa, Sie werden uns fehlen. — Ich bedanke mich, Herr Präsident.

#### Empfehlung 1166 (1991)

##### betr. die Aussichten auf europäische Integration und Entspannung im Mittelmeerraum

1. Die Versammlung ist sich der beispiellosen Herausforderungen bewußt, die durch die Situation in

Europa und in der Sowjetunion [s. Empfehlung 1161 (1991)], so wie sie sich seit der Unterzeichnung der Charta von Paris für ein neues Europa (21. November 1990) entwickelt hat, entstanden sind und verweist auf ihre früheren Arbeiten über eine neue europäische und weltweite Ordnung, insbesondere auf ihre am 25. April 1991 angenommene Entschließung 963.

2. Die Versammlung bekräftigt ihre Hoffnung, daß die neue Lage in der Sowjetunion nicht zu einer Verzögerung führen wird bei der Umsetzung der von den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Israel und seinen Nachbarn sowie den wichtigsten arabischen Staaten Ende Juni getroffenen Vereinbarung, kurzfristig eine Friedenskonferenz einzuberufen, die eine Eröffnung der Verhandlungen zwischen den Parteien herbeiführen soll. Es geht dabei um Verhandlungen, an denen das gesamte demokratische Europa sowohl aus kulturellen und historischen als auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen beteiligt werden sollte.
3. Sie nimmt zur Kenntnis, daß Israel, dessen Parlament den von ihr verliehenen Beobachterstatus genießt, eine besondere Rolle zu spielen hat, indem es die wahren Vertreter des palästinensischen Volkes als Verhandlungspartner akzeptiert.
4. Sie verurteilt jede, auch mit dem Ziel der politischen Erpressung erfolgte Geiselnahme und appelliert an alle Staaten in der Region, ihren Einfluß geltend zu machen und alle möglichen Initiativen zur Befreiung der Geiseln im Libanon und an anderen Orten zu ergreifen.
5. Die Konsolidierung der Demokratie und die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses sind Voraussetzungen für eine größere politische Stabilität in allen Mittelmeerranrainestaaten, einer Region, die neuen wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Spannungen ausgesetzt ist und durch die fortbestehenden israelisch-arabischen und zyprischen Konflikte sowie die gegenwärtige tragische Krise in Jugoslawien aus dem Gleichgewicht gebracht wird.
6. In diesem Zusammenhang begrüßt die Versammlung die vom Vorsitzenden des Ministerkomitees ergriffene Initiative der Veranstaltung eines Seminars über euro-arabisches Verständnis und euro-arabischen Kulturaustausch, das vom Generalsekretär unter Mitwirkung der Parlamentarischen Versammlung am 14. und 15. November 1991 in Straßburg durchgeführt wird. Diese Initiative entspricht den in ihrer Entschließung 963 vom April 1991 zum Ausdruck gebrachten Wünschen.
7. Die Versammlung ist der Ansicht, daß dieses Seminar einen ersten pragmatischen Beitrag des Europarates darstellen sollte zur Förderung der „menschlichen Dimension“ im Zusammenhang

mit den Zielen der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“, die von vier Mitgliedstaaten des Europarates befürwortet wird: Frankreich, Italien, Portugal und Spanien.

8. In bezug auf die Situation in Zypern bekräftigt die Versammlung ihre vorbehaltlose Unterstützung des Vermittlungsauftrags des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sowie ihre Hoffnung auf eine baldige Lösung dank der Einberufung einer für alle Parteien annehmbaren internationalen Konferenz noch vor Ablauf dieses Jahres, in dem das Mandat des UN-Generalsekretärs endet.
9. In diesem Zusammenhang begrüßt die Versammlung die am 2. August 1991 erfolgte Mitteilung, daß der griechische Premierminister Mitsotakis und der türkische Präsident Özal sich über die Teilnahme an einer Tagung geeinigt haben, die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen einberufen und geleitet wird, um die Vorbereitungen für eine erfolgreiche Durchführung der zukünftigen Konferenz zu unterstützen.
10. Die Versammlung fordert daher das Ministerkomitee auf, in Verbindung mit den beiden noch 1991 durchzuführenden KSZE-Treffen die bereits in ihrer Empfehlung 1158 vom 28. Juni 1991 enthaltenen Vorschläge umzusetzen, die wie folgt lauten:
  - i. auf der Moskauer Konferenz über die menschliche Dimension (10. September bis 4. Oktober 1991) dafür Sorge zu tragen, daß im Falle der Errichtung eines neuen KSZE-Mechanismus zum Schutz der Individualrechte eine besondere Verbindung zwischen diesem Mechanismus und der Europäischen Menschenrechtskonvention hergestellt wird, wobei letzterer der Vorrang einzuräumen ist;
  - ii. auf dem Seminar über demokratische Institutionen in Oslo (4. bis 15. November 1991) dafür zu sorgen, daß die auf praktischen Ergebnissen beruhende einzigartige Erfahrung der Versammlung in diesem Bereich anerkannt wird und daß dort nicht ausschließlich Beamte und Universitätsangehörige zu Wort kommen können.
11. Die Versammlung fordert ebenfalls das Ministerkomitee auf, in dieser sowohl für Europa als auch für die Mittelmeerregion entscheidenden Zeit die Fachkenntnisse und Vermittlungsdienste des Europarates allen Parteien ohne Ausnahme zur Verfügung zu stellen, soweit diese ihr Festhalten an den demokratischen Grundsätzen und den Menschenrechten bekräftigen. Dies gilt nicht nur für Jugoslawien, sondern auch für die übrigen Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten aus dem Mittelmeerraum.

Tagesordnungspunkt:

**Die maßgebliche Rolle der Lebensmittelversorgung als Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa**

(Drucksache 6510)

Berichterstatter: Abg. Lise Gjørv (Norwegen)  
und Imre Sipos (Ungarn)

**Dr. Günther Müller** (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die heutige Zeitung aus München aufschlage, lese ich von einer großen Bauern demonstration, die dort gestern stattgefunden hat. Das waren Bauern aus Bayern, die sich darüber beklagen, nicht genügend Geld für ihre Produkte zu bekommen, Bauern, die darauf hinweisen, daß riesige Überschüsse vorhanden sind, und die um Hilfe ersuchen.

Eine ähnlich große Bauern demonstration gab es im vorigen Jahrhundert, als Reichskanzler Caprivi, der Bismarck folgte, eine Freihandelspolitik einleitete, die dazu führte, daß vor allem russisches Getreide in großem Ausmaß auf den deutschen Markt kam. Heute diskutieren wir über die **Gefahr einer Hungersnot auf dem Gebiet der Sowjetunion**. Wir diskutieren über etwas, was sich ganz wesentlich von dem unterscheidet, was vor hundert Jahren war.

Warum ist das so? — Das Land hat sich ja nicht geändert; der Boden ist gleichgeblieben. Auch die Menschen sind von der Herkunft her, immer noch die gleichen wie vor hundert Jahren. Was sich seit 1917 geändert hat, ist das politische System, das die Bauern enteignet, ihnen Grund und Boden und die Motivation genommen hat, vernünftig zu arbeiten.

Es kommt weiter dazu, daß die **Transportverhältnisse und die Lagerkapazitäten in der Sowjetunion zum Teil katastrophal** sind. Es ist ja eigentlich nicht einsehbar, daß ein solches Land in der Weltraumtechnik führend ist und Raumstationen unterhält, daß es aber nicht in der Lage ist, die Bevölkerung über den Winter zu bringen.

Hier muß irgend etwas im System falsch gewesen sein. Es ist auch noch nicht zu sehen, daß Änderungen eintreten; denn der Abbau der Rüstungsindustrie ist noch nicht in dem Maße erfolgt, wie er erfolgen müßte. Man könnte hier Kapazitäten freibekommen, um sie für die Ernährung sicherzustellen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen jetzt wieder davon, wie wir den Völkern, wie wir vor allem der Sowjetunion über den Winter helfen können, nachdem wir ja schon im vergangenen Jahr ein solches Gespräch gehabt haben. Ich weiß, daß mein Land, **die Bundesrepublik Deutschland, in den letzten Jahren allein über 65 Milliarden DM an Hilfe an die Sowjetunion gewährt** hat und daß damit die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit erreicht wurden, ja, daß gewisse Banken bereits um ihr Geld fürchten. Wir wissen auch, daß mit diesen 65 Milliarden DM im Grunde genommen nicht viel bewirkt wurde.

Zum Schluß möchte ich nur auf den Sektor der Lebensmittelhilfe hinweisen und darstellen, was hier aus der Bundesrepublik erbracht wurde. Im vergangenen Jahr wurden im normalen Exportgeschäft für 884 Millionen DM Lebensmittel an die Sowjetunion geliefert. Am 8. Februar 1990 wurde ein Protokoll unterzeichnet, nach welchem für 220 Millionen DM Güter aus dem Bereich der EG angekauft und der Sowjetunion geschenkt wurden. Am 7. September 1990 wurde ein weiteres Protokoll unterzeichnet, nach welchem für 1,3 Milliarden DM Lebensmittel aus den fünf neuen Bundesländern, vor allem Schweinefleisch, Geflügel, Butter und Mehl, kostenlos an die Sowjetunion geliefert wurden. Am 28. November 1990 wurden für 582 Millionen DM Hülsenfrüchte, Roggen, Hafer aus der Notreserve Berlin ebenfalls der Sowjetunion geschenkt. Ich verweise weiterhin darauf, daß zwischen Dezember 1990 und Juni 1991 420 nichtstaatliche, private Organisationen in der Bundesrepublik an 210 Städte in der Sowjetunion privat aufgebrachte Lebensmittelspenden im Werte von insgesamt 450 Millionen DM geliefert haben.

Sie sehen, die **Bereitschaft zu helfen ist vorhanden**. Aber — darüber müssen wir uns im klaren sein — diese Hilfe ist nicht die Lösung der Probleme. Sie kann, wenn wir uns anstrengen, vielleicht noch einmal über einen Winter retten. Aber wir werden der Sowjetunion und den Sowjetbürgern, auch den Menschen in den anderen Ländern, nur dann wirklich helfen können, wenn wir ihnen die Chance geben, ihren eigenen Boden zu nutzen, zu produzieren, die Produkte zu speichern und auch zu verteilen. **Mit karitativer Hilfe allein ist das Problem nicht zu lösen.**

#### Empfehlung 1167 (1991)

##### betr. die maßgebliche Rolle der Lebensmittelversorgung als Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa

1. Die Versammlung ist zutiefst beunruhigt über die Gefahr der Lebensmittelknappheit, die im kommenden Winter einige Länder Mittel- und Osteuropas und insbesondere einige Republiken der Sowjetunion bedroht. Diese Lebensmittelknappheit könnte den Demokratisierungsprozeß und die Programme für eine Wirtschaftsreform boykottieren und bedeutende Wanderbewegungen nach sich ziehen, deren Folgen nicht abzusehen sind.
2. Die Versammlung ist der Ansicht, daß es äußerst wichtig ist, die derzeitigen und zukünftigen Unterstützungsbemühungen möglichst wirksam und effektiv an die Bedürfnisse anzupassen und die in den Ländern Mittel- und Osteuropas vorhandenen Produktions- und Versorgungsmöglichkeiten weitestgehend zu nutzen.
3. Folglich empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Regierungen der übrigen Mitglieder der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Gruppe der sieben führenden Industriestaaten (G7), die Gruppe der vierund-

zwanzig Industrienationen (G24) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaft aufzufordern;

- i. während des kommenden Winters die Lebensmittelsoforthilfe in einigen bedürftigen Republiken der Sowjetunion und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas zu verstärken und vorzugsweise verfügbare Überschüsse aus den neuen Demokratien Mitteleuropas zu beziehen. Wechselkursvereinbarungen sollten ebenfalls in Betracht gezogen werden;
- ii. eine Einrichtung zu schaffen oder eine bestehende Organisation mit der Aufgabe zu betrauen, die Lebensmittelhilfe sowie die Lagerung und Verteilung der Nahrungsmittel zu fördern, zu koordinieren und zu kontrollieren und die Hilfe und Investitionen im Agrar- und Nahrungsmittelbereich der mittel- und osteuropäischen Länder, die sich in der Übergangsphase befinden, mit dem Ziel einer möglichst effizienten und wirksamen Ausführung dieser Aktionen zu koordinieren. Diese Einrichtung sollte ein operatives Koordinierungsinstrument für alle betroffenen Länder sein und auf den in diesem Bereich bestehenden Erfahrungen aufbauen. Sie sollte den privaten Sektor voll miteinbeziehen und eng zusammenarbeiten mit Organisationen wie z. B. der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, dem Europarat, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen;
- iii. Hilfsmaßnahmen zugunsten einer grundlegenden Verbesserung der Lagerungs- und Verteilungssysteme in die Wege zu leiten, damit unter Einsatz aller nützlichen und verfügbaren Kenntnisse eine dauerhafte und zufriedenstellende Lebensmittelhilfe- und -versorgung sichergestellt wird;
- iv. die Wiederbelebung der Nahrungsmittel- und Agrarsektoren (einschließlich Fischerei und Forstwirtschaft) vorrangig zu behandeln und diesbezügliche Hilfe und Investitionen zu verstärken unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsmethoden und -faktoren sowie der Verarbeitungs- und Ausbildungssysteme. Von besonderer Bedeutung ist die Einbeziehung der Landwirte, ihrer Organisationen sowie der Lebensmittelindustrie und damit zusammenhängender Industrien;
- v. die Transformation militärischer Produktionseinheiten zugunsten der Konsumgüterproduktion und insbesondere der Produktion von Maschinen und Gerät für den Nahrungsmittel- und Agrarsektor zu fördern und zu erleichtern;
- vi. der Schaffung lebensfähiger Familienbetriebe im Rahmen der Agrarformprogramme und den

Bedürfnissen der ländlichen Regionen durch Hilfs- und Investitionsprogramme besondere Bedeutung beizumessen;

- vii. die Arbeit der Organisationen, wie z. B. der OECD und der Wirtschaftskommission für Europa zugunsten der Hilfe für mittel- und osteuropäische Länder zu verstärken und dafür Sorge zu tragen, daß der EBRD ausreichende Mittel zur Befriedigung der vordringlichsten Bedürfnisse zur Verfügung stehen.
4. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee ebenfalls, in das intergouvernementale Arbeitsprogramm des Europarates im Hinblick auf die Ost-West-Zusammenarbeit entsprechende Aktivitäten zur Förderung eines lebendigen ländlichen Raums und zur Stärkung der Kommunal- und Regionalverwaltungen aufzunehmen sowie Maßnahmen zur Verbesserung einer landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung der Landwirte in den Familienbetrieben, einschließlich Besichtigungsprogramme und Studienreisen, zu ergreifen. Der Soziale Entwicklungsfonds des Europarates sollte dazu ermutigt werden, Darlehen, die den in Absatz 3 dieser Empfehlung aufgeführten Prioritäten entsprechen, vorrangig zu behandeln.

#### Tagesordnungspunkt:

#### Die Zukunft der Meeresfischerei

(Drucksache 6475)

Berichterstatter: Abg. Lise Gjørsv (Norwegen)

*(Themen: Ausbeutung der lebenden Ressourcen in den Meeren — Zunahme der Meeresverschmutzung — Ausarbeitung eines europäischen Abkommens zum Schutz der Meere)*

EntschlieÙung 972 (1991)

#### betr. die Zukunft der Meeresfischerei

1. Die Versammlung ist besorgt darüber, daß die lebenden Ressourcen in den Meeren, vor allem die Fischbestände, ausgebeutet und durch die Verschmutzung in Mitleidenschaft gezogen werden — insbesondere in den Küstengewässern — und daß diese Situation zu großen Schwierigkeiten für die europäischen Fischer, die fischverarbeitende Industrie und die Küstengemeinden geführt hat, deren Überleben und Wohlstand vom Fischfang abhängig sind.
2. Deshalb fordert die Versammlung die Regierungen der Mitgliedstaaten, die Europäische Gemeinschaft, die OECD und die betreffenden anderen intergouvernementalen Organisationen auf:
  - i. sich dringend mit der Einführung dauerhafter, auf der Erhaltung der Artenvielfalt beruhender Maßnahmen für die Nutzung der Ökosysteme im Meer und deren gesamter biologischer Ressourcen zu beschäftigen, wobei denjenigen Meeren, die für die europäischen Fischer von besonderer Bedeutung sind, d. h. dem Nordatlantik, dem Baltischen Meer und dem Mittelmeer, Priorität verliehen werden sollte. Diese Priorität sollte jedoch nicht zu der Annahme verleiten, die Probleme in den weiter entfernten Meeren seien weniger schwerwiegend;
  - ii. die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Aufwand und Erträgen im Bereich der Fischerei, die strikte Anwendung gemeinsam beschlossener Maßnahmen zur Erhaltung der Bestände, falls erforderlich und je nach Einzelfall, die Abschaffung nichtselektiver Fangmethoden (Wandnetze) sowie die Einführung und Entwicklung von Fischereigerät und Fangmethoden, die eine größere Selektion ermöglichen (Schonzeiten, besondere Schutzzonen für Jungfische usw.), in dieses Programm aufzunehmen. In diesem Zusammenhang sollte über ein System der individuellen übertragbaren Fangquoten (I. T. Q.) oder die Einführung einer Abgabe für die Langelandeten Fischmengen nachgedacht werden;
  - iii. die Maßnahmen zur Reduzierung und Kontrolle der Meeresverschmutzung erheblich zu verstärken;
  - iv. dafür Sorge zu tragen, daß Maßnahmen zur Bewirtschaftung der Meere im Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Staaten erstellt und umgesetzt werden;
  - v. die Instrumente für die Lösung von Konflikten zu verbessern und insbesondere die Ausarbeitung eines diesbezüglichen europäischen Übereinkommens für die verschiedenen Meereszonen zu erwägen, die für die europäische Fischerei von entscheidender Bedeutung sind;
  - vi. Fischer und andere direkt betroffene Personengruppen in umfassender Weise an diesem Prozeß und an den Kontrollmechanismen des Bewirtschaftungssystems zu beteiligen;
  - vii. während der zur Umsetzung einer neuen Politik und zur Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung in den Küstengebieten erforderlichen Strukturanpassungen den Fischereiverbänden unnötige Härten zu ersparen;
  - viii. diese Maßnahmen mit den Entwicklungspolitiken für die Küstengebiete zu verbinden mit dem Ziel, Leben und Wohlstand der europäischen Küstenbevölkerung zu erhalten — insbesondere durch die Förderung der Aquakultur und der fischverarbeitenden Industrie in diesen Regionen;
  - ix. sich zu vergewissern, daß das Recht der Verbraucher auf gesunde Meeresprodukte garantiert wird;

- x. ihre wissenschaftlichen und technologischen Arbeiten sowie ihre Zusammenarbeit zu verstärken mit dem Ziel, die Ökosysteme der Meere besser zu verstehen und zu nutzen, insbesondere durch die Untersuchung von Größe, Vermehrung und gesundheitlicher Beschaffenheit der einzelnen Fischbestände, der Meeressäuger und anderer im Meer lebender Organismen sowie deren Interaktionen, durch das Studium derjenigen Faktoren, die das Gleichgewicht der Ökosysteme und deren biologische Vielfalt beeinflussen, und durch die Entwicklung selektiver Fischereitechnologien und Fangmethoden;
- xi. ein Eureka-Programm im Bereich der Meereswissenschaften, der Meerestechnologie und des Seerechts zu erstellen, und dabei die Hauptbeteiligten an diesen Programmen zu bestimmen und die erforderlichen Mittel zu gewähren;
- xii. ihre Unterstützung für die Aktivitäten des Internationalen Rates für die Erforschung des Meeres, der OECD, der FAO sowie anderer internationaler Organisationen zu verstärken mit dem Ziel, die Kenntnisse über die Ökosysteme im Meer zu vertiefen und durch internationale Vereinbarungen eine dauerhafte Nutzung ihrer Ressourcen zu ermöglichen.
- xiii. die bestehenden Verträge und Vereinbarungen in alle Überlegungen zur Förderung einer tragfähigen Politik zur Bewirtschaftung der Meere einzubeziehen, dafür Sorge zu tragen, daß sie von allen Mitgliedstaaten in ihrer Gesamtheit (z. B. Marpol mit allen Annexen) unterzeichnet, ratifiziert und durchgeführt werden, und jeden Verstoß mit drastischen Strafen zu belegen.

#### Tagesordnungspunkt:

#### **Die Zukunft der Sozialcharta des Europarates**

(Drucksache 6499 und Addendum und 6476)

Berichterstatter: Abg. Franco Foschi (Italien)  
und Roland Beix (Frankreich)

#### Empfehlung 1168 (1991)

#### betr. **die Zukunft der Sozialcharta des Europarates**

1. Die Versammlung ist der Ansicht, daß in Europa heute mehr als je zuvor die Notwendigkeit einer entschlossenen und unmißverständlichen Bekräftigung der sozialen Rechte und der Prinzipien des sozialen Schutzes besteht.
2. Die Sozialcharta des Europarates kann dieser Notwendigkeit durch relativ geringfügige Angleichungen gerecht werden unter der Vorausset-

zung, daß die Verfahren und Mittel, mit denen sie überprüfen kann, ob die einzelnen Länder vergleichbare Normen anwenden, neu festgelegt und verstärkt werden. Dies ist die wichtigste Botschaft der am 28. Juni 1991 in Helsinki angenommenen Entschließung 967 (Berichterstatter: Herr Beix und Herr Rathbone), in der die von der Versammlung im Jahre 1989 in den Entschließungen 915 und 931 sowie den Empfehlungen 1103 und 1107 erfolgten Stellungnahmen aktualisiert werden.

3. Die Anwendung hinreichend vergleichbarer Normen im Bereich der sozialen Rechte sollte — unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten — ein Kriterium für die Aufnahme in den Europarat werden.
4. Die Mitgliedstaaten des Europarates müssen anerkennen, daß sich ihre Verpflichtungen im Bereich der sozialen Rechte gemäß Artikel 1 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten grundsätzlich auf alle ihrer Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen erstrecken.
5. In Anbetracht der Tatsache, daß sich die meisten Mitgliedstaaten des Europarates zur Zeit um einen Beitritt oder engere Verbindungen zur Europäischen Gemeinschaft bemühen, fordert die Versammlung die Regierungen der Mitgliedstaaten, die an den Regierungskonferenzen über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen, dringend auf, die Vorstellung des Europarates über Fragen der Sozialpolitik und des sozialen Zusammenhalts innerhalb der Europäischen Gemeinschaft klar zum Ausdruck zu bringen.
6. Es darf kein soziales Europa geben, das in „zwei Stufen“ oder wie ein „Bollwerk“ konzipiert ist. Die Europäische Gemeinschaft hat noch keine Gesetzgebungskompetenz in bezug auf Lage und Stellung von Staatsbürgern aus Nicht-EG-Staaten, die sich in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten. Die Vertragsparteien der Sozialcharta des Europarates haben ihrerseits kraft dieses Instruments keine Verpflichtungen gegenüber Bürgern aus den Mitgliedstaaten des Europarates, die keine Vertragsparteien sind. Infolge der Einführung neuer Rechte und Freiheiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern könnte die Zahl dieser Bürger jedoch dramatisch ansteigen. Deshalb ist es an der Zeit — wie die Versammlung seit dem ersten im Jahre 1988 erfolgten Vorschlag für eine EG-Charta der sozialen Rechte mehrmals betont hat —, über eine entsprechende Verbindung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Charta des Europarates zu verhandeln, auf der Grundlage der besonderen Angaben in der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) und in Übereinstimmung mit der Existenzberechtigung der regelmäßig stattfindenden „Vier-Parteien-Treffen“ zwischen der Gemeinschaft und dem Europarat (s. Empfehlung 1107).

7. Eine erste und umgehende Aktualisierung der Sozialcharta des Europarates sowie ihrer Kontrollverfahren ist möglich aufgrund der im Anhang zu diesem Empfehlungsentwurf aufgeführten Änderungsvorschläge, die eine neue Struktur vorsehen, in der die Versammlung eine positive Rolle spielen kann. (s. Addendum zu diesem Dokument)
8. So versucht die Versammlung, den politischen Gehalt der Charta als Instrument des Vergleichs, der Bewertung und Stimulierung nationaler, auf der Achtung der Menschenrechte beruhender Sozialpolitiken auszuschöpfen, indem sie gemäß der Richtlinie 463 (1991) jedes Jahr eine Debatte veranstaltet, die sich mit der Wahrung der von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen befaßt. Gleichzeitig versucht die Versammlung, den gerichtlichen Rahmen der Verfahren eines jeden Kontrollzyklus zu berücksichtigen, indem sie sich (als politisches Organ) aus ihrer formellen Rolle in der vorletzten Phase der Kontrollzyklen zurückzieht, jedoch nicht darauf verzichtet, zu den Maßnahmen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten, der Vertrags- oder Nicht-Vertragsparteien der Sozialcharta im Sozialbereich vorgeschlagen oder ergriffen werden, Stellung zu nehmen.
9. Das Ausmaß der erforderlichen Neugestaltung der derzeitigen Verfahren ist abhängig von der Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Verstärkung der Mittel. Trotz vielversprechender Hinweise auf einen Konsens über die Neugestaltung, die sich bei den Beratungen des intergouvernementalen ad-hoc-Komitees abzeichnen und zu denen die Versammlung ihren Beitrag geleistet hat, gibt es bis heute keine Anzeichen für eine politische Bereitschaft, diese Mittel erheblich zu verstärken. Folglich sucht die Versammlung nach einer bedeutsamen Neugestaltung der gegenwärtigen Verfahren indem sie eines der bestehenden Kontrollorgane verstärkt und in ein europäisches Komitee für soziale Rechte umwandelt, das u. a. Kollektivbeschwerden untersuchen soll.
10. Der für den 21. und 22. Oktober 1991 aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Charta einberufenen Ministerkonferenz in Turin sollte Gelegenheit gegeben werden, einen Konsens zum Ausdruck zu bringen über Änderungsvorschläge für die Charta, deren Tragweite und Inhalt mit den im Anhang zu dieser Empfehlung aufgeführten Vorschlägen zumindest vergleichbar sind.
11. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee, in Übereinstimmung mit den in Artikel 36 der Charta vorgeschriebenen Verfahren jeden Änderungsvorschlag für die Charta, der ihm im Anschluß an die Turiner Konferenz vorgelegt wird, umgehend zu prüfen, wobei die vorliegende Empfehlung und die Entschließung 967 (1991) als Auffassung der Versammlung zu betrachten sind.

**Mittwoch, 25. September 1991**

Tagesordnungspunkt:

**Die Gesundheitserziehung und Vorbeugung gegen Drogenmißbrauch in den Mitgliedstaaten des Europarates und der Europäischen Gemeinschaft**

(Drucksache 6472 und Addendum)

Berichtersteller: Abg. Tim Rathbone  
(Großbritannien)

*(Themen: Verstärkung der Rolle der Gesundheitserziehung zur Vorbeugung der Drogenabhängigkeit — Aufklärung über Drogenmißbrauch als Unterrichtsfach in der Schule — nationaler und internationaler Informationsaustausch — Rehabilitation ehemaliger Drogenabhängiger)*

Empfehlung 1169 (1991)

**betr. die Gesundheitserziehung und Vorbeugung gegen Drogenmißbrauch in den Mitgliedstaaten des Europarates und der Europäischen Gemeinschaft**

1. Die Versammlung ist immer noch zutiefst besorgt über die Tatsache, daß der Drogenmißbrauch weiterhin ein schwerwiegendes Problem für alle westeuropäischen Länder darstellt, daß er bereits die Bevölkerungen Osteuropas in Mitleidenschaft zieht und, daß sich der Gesamtbetrag der weltweit verkauften illegalen Drogen auf etwa 1,3 Milliarden Dollar (1 Milliarde Ecu) jährlich beläuft.
2. Seit vielen Jahren ist der Drogenkonsum nicht mehr auf bestimmte Risikogruppen beschränkt, sondern dehnt sich in allen Bevölkerungsschichten aus, wobei immer mehr Altersgruppen betroffen sind, und tritt jetzt in zunehmendem Maße im Bereich des Sports auf.
3. In ihrer vom Ministerkomitee gebilligten Empfehlung 1085 (1988) betr. die Drogenbekämpfung sprach sich die Versammlung für ein aus vier Punkten bestehendes Vorgehen aus:
  - i. Entwicklung besserer Möglichkeiten zur Reduzierung der Drogenherstellung;
  - ii. Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit, um den Drogenhandel zu bekämpfen und den Zugriff auf Eigentum und Vermögen der Drogenhändler zu ermöglichen;
  - iii. dringende Verabschiedung einer größeren Zahl von Maßnahmen, die besser zur Eindämmung der Drogennachfrage geeignet sind;
  - iv. Erweiterung und Verbesserung der Behandlungszentren und Fortsetzung der Suche nach neuen Behandlungsmethoden.
4. Da eine umfassende Unterbindung des Drogenangebots nicht möglich ist, ist die Anti-Drogen-Erziehung von Jugend an das beste Mittel zur

- Vorbeugung und zur Eindämmung der Nachfrage.
5. Eingedenk dieser Tatsache hat die Versammlung zu Beginn dieses Jahres empfohlen, die Rolle der Gesundheitserziehung zur Vorbeugung der Drogenabhängigkeit zu verstärken; sie begrüßt die vom Rat der Erziehungsminister der Europäischen Gemeinschaft verabschiedete Resolution über die Gesundheitserziehung an den Schulen (23. November 1988) sowie die Schlußfolgerungen des ersten Weltweiten Ministergipfels über den Abbau der Drogennachfrage (9. bis 11. April 1990).
  6. Obwohl alle Mitgliedsländer der vorbeugenden Erziehung als bestem Mittel zur Reduzierung der Nachfrage nach illegalen Drogen zunehmende Beachtung schenken, ist es unverzichtbar, der Gesundheitserziehung und insbesondere der Aufklärung über den Drogenmißbrauch eine noch größere Priorität zu verleihen und sie an den Schulen als eigenständiges Unterrichtsfach in den Stundenplan aufzunehmen.
  7. Obwohl wesentliche gemeinsame Prinzipien der Gesundheitserziehung auf europäischer Ebene verabschiedet werden können, muß die Anti-Drogen-Erziehung an die jeweilige sozio-kulturelle Situation angepaßt werden, um wirksam zu sein. Nationaler und internationaler Informationsaustausch über erfolgreiche Programme im Bereich der Gesundheitserziehung können jedoch überall die Ausarbeitung höchst wirksamer Maßnahmen im Hinblick auf Anti-Drogen-Erziehung und Vorbeugungsprogramme unterstützen.
  8. Damit die Gesundheitserziehung im Unterricht die ihr gebührende Stellung einnehmen kann, sollte sie in eine multidisziplinäre Betrachtungsweise der sozialen und gesundheitlichen Probleme einbezogen werden, wobei Schüler und Studenten ermutigt werden, die Vorteile einer allgemein gesunden und drogenfreien Lebensweise zu erkennen, die insbesondere sportliche Aktivitäten und andere aktive Freizeitbeschäftigungen umfaßt.
  9. Eine frühzeitige Gesundheitserziehung ist von entscheidender Bedeutung. Bevor der Drogenkonsum für Kinder eine Versuchung oder Gewohnheit wird, muß ihnen eine vorbeugende Gesundheitserziehung sowohl auf der Ebene der Grundschulen als auch der weiterführenden Schulen zuteil werden, insbesondere in Gegenden mit erhöhtem Risikofaktor.
  10. Die Gesundheitserziehung darf nicht auf den Schulbereich beschränkt sein. Die Arbeitgeber sollten dafür Sorge tragen, ihre Angestellten über die nachteiligen Folgen des legalen und illegalen Drogenkonsums zu Hause und am Arbeitsplatz zu informieren und Personen, die Drogenmißbrauch betreiben, Ratschläge erteilen, insbesondere bei Berufen, in denen Sicherheit ein Schlüsselement ist.
  11. Ehemaligen Drogenabhängigen sollte Gelegenheit zur „Rehabilitation“, zur Ausbildung oder Wiedereingliederung gegeben werden, damit sie in der Lage sind, eine Arbeit zu finden anstatt in die Welt des Drogenmißbrauchs zurückzukehren.
  12. Im Bereich der Information über Ausbildung und Gesundheitserziehung sollten Initiativen gegen die Verwendung von Drogen beim Sport verstärkt und insbesondere an Trainer und Ärzte gerichtet werden, die mit den Sportlern zusammenarbeiten.
  13. Folglich empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee,
    - i. erneut zu bekräftigen, daß die Gesundheitserziehung das wichtigste Element zum Abbau der Drogennachfrage ist;
    - ii. anzuerkennen, daß den kommunalen, nationalen und internationalen Programmen im Bereich der Gesundheitserziehung und der Vorbeugung gegen Drogenmißbrauch, insbesondere bei Jugendlichen und in Sportlerkreisen, mehr Kredite und Mittel gewährt werden sollten;
    - iii. die wichtige Rolle anzuerkennen, die ehrenamtlichen und Nichtregierungs-Organisationen bei der Ausarbeitung von Methoden und Materialien für die Gesundheitserziehung in den Gemeinden zukommt;
    - iv. die Regierungen aller Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, ihre Programme für die Gesundheitserziehung, die darin enthaltenen vorbeugenden Maßnahmen gegen den Drogenmißbrauch sowie die diesen Programmen gewährte finanzielle Unterstützung umgehend zu erweitern und zu verstärken;
    - v. so schnell wie möglich in allen Mitgliedsländern eine umfassende Zusammenstellung der erfolgreichen Praktiken und Maßnahmen im Bereich der Gesundheitserziehung durchzuführen, damit die besten Methoden auf lokaler und regionaler Ebene gleichzeitig eingeführt und entsprechende Verfahren eingeleitet werden können;
    - vi. in den Schulen, bei den Eltern, in den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Organisationen sowie am Arbeitsplatz weitere europäische Pilotprojekte über Anti-Drogen-Erziehung im Rahmen der Programme für Gesundheitserziehung zu fördern;
    - vii. die Möglichkeit eines systematischen Informationsaustauschs zwischen allen Mitgliedsländern und den Ländern, die den besonderen Gaststatus besitzen, zu schaffen und zu finanzieren mit dem Ziel der Ausarbeitung und Erhaltung möglichst umfassender und wirksamer Strategien im Bereich der Gesundheitserziehung;
    - viii. eine Koordinierung der staatlichen und privaten Dienste, Erziehungseinrichtungen und

ehrenamtlichen Helfern auf höchstmöglicher Ebene anzustreben;

- ix. in Verbindung mit dem Ministerrat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft dringend nach besseren Möglichkeiten für die Errichtung eines europäischen Investitionsfonds für Programme der Anti-Drogen-Erziehung zu suchen;
- x. dafür Sorge zu tragen, daß alle Mitgliedstaaten Maßnahmen treffen zur Verwirklichung der vom Rat der Erziehungsminister der Europäischen Gemeinschaft verabschiedeten Resolution über die Rolle der Erziehung bei der Drogenbekämpfung (3. Dezember 1990), der vom Rat der Gesundheitsminister

der Europäischen Gemeinschaft verabschiedeten Resolution über den Abbau der Nachfrage nach Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (29. November 1990) und anderer einschlägiger Entschlüsse der Europäischen Gemeinschaft und des Europarates sowie der Schlußfolgerungen des ersten Weltweiten Ministergipfels über den Abbau der Drogennachfrage (9. bis 11. April 1990).

- 14. Darüber hinaus ersucht die Versammlung das Ministerkomitee, während der 44. Sitzungsperiode der Versammlung im Jahre 1992 über die in Ausführung dieser Empfehlungen erfolgten Maßnahmen zu berichten.

## Anhang I

**Parlamentarische Debatte des Europarates über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 25. Juni 1991 in Helsinki**

In Fortführung der ersten KSZE-Debatte im Herbst letzten Jahres hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine eintägige interparlamentarische Debatte über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa anlässlich ihrer Sommertagung in Helsinki durchgeführt, an der neben Delegationen aus den Mitgliedstaaten und den Staaten mit besonderem Gaststatus (Bulgarien, Polen, Rumänien, UdSSR und Jugoslawien) auch Delegierte aus den übrigen KSZE-Mitgliedstaaten als Beobachter teilnahmen. Seitens der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung ergriffen die Abg. Gerhard Reddemann (Sprecher), Robert Antretter (Stellv. Sprecher) sowie Margitta Terborg das Wort (Anlage 1).

Gegenstand der Debatte war eine Bewertung der Charta von Paris für ein Neues Europa vom November letzten Jahres und seitdem erfolgte Entwicklungen, worüber Abg. Schieder (Österreich) berichtete. Zweites Thema waren die bereits stattgefundenen bzw. vorgesehenen KSZE-Expertentreffen über kulturelle Fragen, Minderheiten, Menschenrechte und demokratische Institutionen. Hierbei ging es um den Beitrag des Europarates, insbesondere der Parlamentarischen Versammlung. Bericht erstattet wurde hierüber von dem polnischen Parlamentsmitglied, Bronsilav Geremek.

Übereinstimmend wurde die Charta von Paris als ein Einschnitt bezeichnet, der das Ende der Nachkriegs-ära und damit des Kalten Krieges markiere. Jetzt gehe es darum, die neue Architektur Europas zu schaffen, und zwar mit Hilfe einer neuen gesamteuropäischen Friedensordnung, deren erste Konturen sich bereits abzeichneten. Auf den Beschluß von Madrid im April d. J., eine eigenständige KSZE-Versammlung zu schaffen, müsse sich der Europarat in konstruktiver Weise einstellen. Das Ministerkomitee erarbeite derzeit einen Vorschlag für eine verstärkte Zusammenarbeit. Entscheidend sei jedoch, daß die Parlamentarische Versammlung weiterhin überzeugende Arbeit leiste und europäische Positionen formuliere; dies sei der beste Garant für den Ruf nach einer entsprechenden Zusammenarbeit mit ihr.

Als vordringlich wird die Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Wandels in den sich entwickelnden Demokratien Mittel- und Osteuropas angesehen, wie dies auch vom Ministerrat der KSZE im Juli d. J. in Berlin unterstrichen worden sei. Bei der Einführung der Marktwirtschaft sei allerdings auch auf ihre soziale Ausgestaltung zu achten. Von den Abgeordneten wurde die Forderung erhoben, daß die Parlamentarier an den bevorstehenden Expertentreffen beteiligt sein müßten. Im Hinblick auf das Treffen in Moskau zur menschlichen Dimension wurde betont, daß hinsichtlich der Individualbeschwerden eine Verbindung zwischen dem künftigen KSZE-Mechanismus und der europäischen Menschen-

rechtskonvention unter Vorrang der letzteren sichergestellt werden müsse. Erinnert wurde an die Forderung der Versammlung an das Ministerkomitee vom Oktober 1990, ein bindendes Rechtsinstrument zum Bereich Minderheitenschutz zu schaffen, entweder in Form einer eigenen Konvention oder als Ergänzungsprotokoll zur europäischen Menschenrechtskonvention. Unterstrichen wurde die Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa, insbesondere im Bereich der Jugend, in die auch die USA und Kanada einbezogen werden sollten.

Ein Beschluß im Rahmen dieser KSZE-Debatte wurde nicht gefaßt. Die Schlußfolgerungen aus der Debatte flossen jedoch in den Entwurf einer Entschließung des politischen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung ein, der vom Ständigen Ausschuß im Namen der Parlamentarischen Versammlung am 28. Juni 1991 angenommen wurde (Anlage 2).

**Robert Antretter (SPD):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wichtigstes Ziel bleibt die über die KSZE zu schaffende Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dafür ist es notwendig, endlich die geeigneten Ansätze zu entwickeln. Es gibt hierzu zu wenig Ideen und zu viele Verwirrungen. Ausgeklammert bleibt meistens die sicherheits- und verteidigungspolitische Seite. Aber die Streitkräfte in Europa verflüchtigen sich nicht von selbst, und sie dürfen kein Hinderungsfaktor einer gesamteuropäischen Ordnung sein. Statt gleich neue Institutionen vorzuschlagen, ist es zunächst notwendig, Prinzipien zu formulieren, die konsensfähig werden könnten.

Erstes Prinzip sollte sein, daß die europäische kollektive Sicherheitsordnung ein offenes System sein muß: es muß potentiell alle integrieren können, die bündnis- und nichtbündnisgebundenen Staaten in Europa einschließlich der Sowjetunion sowie die USA und Kanada.

Zweitens muß es sich um ein liberales System handeln, das jedem europäischen Staat die Möglichkeit gibt, eigene Entscheidungen unterhalb vereinbarter Rüstungsmengen zu treffen: Wenn ein Staat überproportional abrüsten will, darf er nicht behindert werden.

Drittens muß es flexibel sein, indem es auch bilaterale oder regionale Sicherheitsabsprachen möglich macht — der Skandinavien, der Balkanstaaten oder zwischen süd-europäischen Staaten einerseits und afrikanischen Mittelmeer-Anrainern andererseits. Bedingung muß nur sein, daß sich diese Absprachen nicht gegen andere europäische Staaten richten.

Viertens sollten die Streitkräfte den Kriterien einer nichtoffensiven, nichtprovokativen Verteidigungsstruktur entsprechen. Zu einer europäischen Sicher-

heitsordnung zählt beispielsweise, daß alle Entwicklungs- und Produktionsvorhaben angemeldet werden müssen — nicht nur aus Gründen der Vertrauensbildung, sondern um vorbeugende Rüstungskontrolle möglich zu machen.

Zu denken wäre auch an die Bildung einer gesamteuropäischen Polizeitruppe, die zum Schutz von bedrohten Minderheiten innerhalb Europas eingesetzt werden könnte, und die außerhalb Europas dem UNO-Kommando zu unterstellen wäre.

Fünftens muß die Struktur abrüstungsfreundlich sein. Dazu gehört die Entwicklung neuer Abrüstungskriterien, die sich nicht länger am Muster bilateraler Verhandlungen orientieren dürfen, sondern Kriterien für Verpflichtungen enthält, die geographische und demographische Bedingungen berücksichtigen.

Abschließend: Es wird nicht nötig sein, an allen westlichen Sicherheitsstrukturen des Ost-West-Konflikts krampfhaft festzuhalten bis zur Verständigung über eine neue Struktur. Viel größer als die Gefahr eines kleinen sicherheitspolitischen Vakuums ist die Gefahr des riesigen politischen und ökonomischen Vakuums, das das Übergewicht der militärischen Sicherheitsanstrengungen hinterlassen hat. Es wird für die Sicherheitspolitiker Zeit zu erkennen, daß sie in erster Linie Politiker sein müssen.

Vielleicht ist die Tatsache, daß diese Konferenz in Helsinki stattfindet, auch ein Omen dafür, daß der Weg Finnlands, ehemals von manchen mit Mißtrauen verfolgt, im nächsten Jahrtausend ein Modell europäischer Möglichkeiten sein könnte.

**Margitta Terborg** (SPD): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte versuchen, die Überlegungen, die unser Kollege Sebej in der Aussprache angestellt hat, noch ein wenig weiterzuentwickeln.

Jeder wird zustimmen, wenn ich feststelle, daß die faszinierenden Umbrüche und Veränderungen, die wir in Mittel- und Osteuropa erlebt haben, natürlich auch neue Fragen aufwerfen.

Ich bin nicht sicher, ob wir darauf auch schon immer die richtigen Antworten parat haben. Nehmen wir zum Beispiel die politische Grundtatsache, daß Phasen solcher umwälzenden Veränderungen natürlich auch nicht unbeträchtliche Instabilitäten sowohl national wie multinational mit sich bringen. Um so mehr ist zu begrüßen, daß es Gesprächsforen wie den Europarat oder wie die KSZE gibt, die hier in Helsinki aus der Taufe gehoben wurde, in denen man nach Instrumentarien suchen kann, um die neue Situation beherrschen zu können.

Der Dialog, so haben wir gelernt, ist allemal fruchtbarer als das Stricken an neuen militärischen Krisenbewältigungsmustern. Ich hoffe, wir alle haben diese Lehre begriffen.

Wenn Sie mir insoweit zustimmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, werden Sie mir vielleicht auch bei einem anderen Gedanken folgen:

Mich beschleicht die Sorge, daß für viele Menschen in Mittel- und Osteuropa das erste Erlebnis einer frei-

heitlichen pluralistischen Demokratie und die Öffnung zur Marktwirtschaft mit einer drastischen Absenkung des bisherigen Lebensstandards einhergeht. Das mag ja alles ökonomischen Gesetzen folgen — und dennoch kann es neue politische Instabilitäten auslösen.

Darauf, so sollten wir uns selbstkritisch eingestehen, haben wir noch keine Antwort.

Wer Demokratie und soziale Marktwirtschaft in ganz Europa dauerhaft verankern will, muß mehr einbringen, als seinen ökonomischen Erfahrungsschatz. Der muß auch bereit sein, seine eigenen wirtschaftlichen Ressourcen mit den neuen Mitgliedern im europäischen Haus zu teilen. Das ist keine nationale, das ist keine binationale, das ist eine gesamteuropäische Aufgabe und besonders die reichen Staaten des Westens sind dabei gefragt. Das ist auch keine Aufgabe, die man mit immer neuen Analysen und Studien vor sich herschieben könnte.

Schnelle Hilfe ist gefragt, ein gesamteuropäisches Entwicklungswerk ist vonnöten und zu allererst muß unser eigenes Denken darauf gerichtet sein, daß wir mit solcher Hilfe mehr Sicherheit in Europa produzieren als mit jeder anderen strategischen Überlegung.

Die reichen Völker der Welt haben sich vor Jahr und Tag geschworen, 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die meisten Staaten haben bis heute dieses selbstgesteckte Versprechen nicht erfüllt. Heute bräuchten wir allein für Europa eine solche Planzahl und noch viel wichtiger wäre die Realisierung!

Ich möchte nicht in wenigen Jahren vor meinen Kindern und Enkelkindern dastehen und bekennen müssen, die Idee des grenzenfreien und demokratischen Europas hat von uns ein Opfer gefordert. Aber wir haben versagt, weil wir zum Opfern nicht fähig waren.

**Gerhard Reddemann** (CDU/CSU)\*), der als Vorsitzender im Namen des Politischen Ausschusses das Wort ergriff, erklärte, daß der Europarat die wichtigste europäische Vereinigung von Völkern und Staaten sei, welche auf der Beachtung der grundlegenden Rechte des Menschen aufgebaut sei. Er hob die mit dem zunehmenden Nationalismus verbundenen Gefahren hervor sowie die Notwendigkeit, neue Tragödien, die sich hier anbahnen könnten, zu verhindern. Zweimal habe sich der Nationalismus in diesem Jahrhundert als eine Gefahr erwiesen, indem Minderheiten im Namen des Volkes unterdrückt worden seien. Die Gewährleistung der Rechte von Minderheiten dürfe nicht als Privileg betrachtet werden. Die Menschenrechte seien die notwendige Grundlage allen politischen Handelns in Europa. Minderheiten und Mehrheiten brauchten einander. Das alte Muster der zwischenstaatlichen Beziehungen sei überholt. Einige Völker wollten Bindungen zu Staaten, die sie nicht als die ihren betrachteten, lösen. Europa bestehe sowohl aus großen wie aus kleinen Staaten, und kleine Staaten müßten als Partner im vollsten Sinne der Bedeutung dieses Wortes behandelt und nicht mit

\*) Übersetzung der englischen und französischen Zusammenfassung

großen Staaten in einen Topf geworfen werden. Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung müsse gewährleistet sein. Der Europarat würde nach seiner Fähigkeit, Frieden zu stiften und ihn zu erhalten, beurteilt.

#### Empfehlung 1158 (1991) \*)

##### betr. die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1. Die Versammlung verweist auf ihre am 25. Juni 1991 auf Einladung des finnischen Parlaments in Helsinki veranstaltete Debatte sowie auf die von Vertretern aus 33 europäischen und nordamerikanischen Parlamenten am 27. September 1990 in Straßburg verabschiedete Entschließung über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in der folgendes gefordert wird:
  - i. eine kontinuierliche parlamentarische Einbeziehung in den KSZE-Prozeß;
  - ii. die umfassende Berücksichtigung der bestehenden europäischen und atlantischen Organisationen;
  - iii. die Schaffung neuer Institutionen, ausschließlich im Bedarfsfall.
2. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die von den Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten am 21. November 1990 in Paris verabschiedete Charta für ein neues Europa und das später am 19. und 20. Juni 1991 in Berlin veranstaltete Außenministertreffen den in dieser Entschließung zum Ausdruck gebrachten Wünschen weitestgehend entsprechen.
3. Die Versammlung stellt fest, daß das neue System der Zusammenarbeit innerhalb der KSZE, in der Albanien gerade als 35. Mitglied begrüßt wurde, weiterhin das breiteste Forum bleibt, in dessen Rahmen Fragen von gemeinsamem Interesse über Stabilität und Sicherheit in Europa mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada erörtert werden können.
4. Sie bekräftigt erneut die paneuropäische Berufung des Europarates, der dank seiner allmählichen Erweiterung und des von der Versammlung eingerichteten besonderen Gaststatus fast alle europäischen Länder zusammenbringt.
5. Sie betont darüber hinaus die in dieser Organisation verwirklichte einzigartige Synthese zwischen der vordringlichen Verpflichtung zur pluralistischen Demokratie, zur Achtung der Menschenrechte und der sozialen Rechte sowie der rechtsstaatlichen Prinzipien einerseits und der Flexibilität ihrer Strukturen und Arbeitsmethoden sowie dem breiten Spektrum ihrer Aktivitäten andererseits.
6. Sie ist ebenfalls der Ansicht, daß diese Kombination den Mitgliedsregierungen die Möglichkeit

eröffnet, den Europarat im allgemeinen wie im besonderen an die aktuellen Erfordernisse der europäischen Zusammenarbeit anzupassen und dadurch Schwierigkeiten und Kosten im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Institutionen zu vermeiden.

7. In bezug auf die **parlamentarische Dimension der KSZE** stellt die Versammlung mit Befriedigung fest, daß die von den Parlamentarierdelegationen am 3. April 1991 in Madrid verabschiedete (und von den Ministern am 20. Juni in Berlin positiv aufgenommene) Resolution bei der Entscheidung, eine parlamentarische KSZE-Versammlung einzusetzen, die einmal jährlich zusammentreffen soll, ihre Bereitschaft betont hat, „auf die Ressourcen anderer europäischer parlamentarischer Institutionen zurückzugreifen“, wobei der Europarat als erste genannt wird. Die Versammlung begrüßt ebenfalls, daß das „Konsensprinzip“ in bezug auf die KSZE-Versammlung zurückgewiesen wurde.
8. Die Versammlung begrüßt ebenfalls, daß 35 Minister in Berlin einen Krisenmechanismus verabschiedet haben, dessen Bestimmungen die Einberufung von **Dringlichkeitssitzungen** ermöglichen, die in Ermangelung eines Konsenses auf Ersuchen von 13 Mitgliedstaaten stattfinden. Dieser Beschluß ergänzt in gewisser Weise die Ergebnisse des Treffens über die **friedliche Beilegung von Streitigkeiten** (Valletta, 15. Januar bis 8. Februar 1991), das knapp zwei Monate nach der Unterzeichnung der Charta von Paris die in diesem Dokument erklärte Zielsetzung in bezug auf einen Mechanismus für „die obligatorische Hinzuziehung einer Drittpartei“ in Konflikten konkretisieren sollte.
9. Die Versammlung bedauert die tragischen Ereignisse in Jugoslawien und verurteilt jede Gewaltanwendung, die aufgrund der von den Republiken Kroatien und Slowenien abgegebenen einseitigen Unabhängigkeitserklärungen erfolgt. Sie fordert das unverzügliche Einstellen sämtlicher Militäraktionen, dringt auf die Wiederaufnahme echter Verhandlungen und wünscht eine europäische Vermittlung zur Herbeiführung einer für alle Konfliktparteien annehmbaren friedlichen Lösung.
10. Die Versammlung begrüßt ebenfalls die von der neu institutionalisierten KSZE in Paris und Berlin getroffene Entscheidung, den Europarat einzuladen, in diesem Jahr zum ersten Mal einen Beitrag zu folgenden Expertentreffen zu leisten:
  - Krakau (kulturelles Erbe, 28. Mai bis 7. Juni),
  - Genf (nationale Minderheiten, 1. bis 19. Juli),
  - Moskau (die menschliche Dimension, 10. September bis 4. Oktober),
  - Oslo (demokratische Institutionen, 4. bis 16. November).

\*) Angenommen vom Ständigen Ausschuß im Namen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 28. Juni 1991 in Helsinki

11. In bezug auf **Krakau:**

- i. Die Versammlung begrüßt die erstmals erfolgte ausdrückliche Anerkennung der besonderen paneuropäischen Zuständigkeit des Europarates in diesem Bereich, der den wichtigen Sektor der Zusammenarbeit im Hinblick auf Jugendfragen umfaßt. Sie begrüßt ebenfalls die Tatsache, daß der Beitrag der Versammlung zur europäischen kulturellen Zusammenarbeit im offiziellen Dokument des Generalsekretärs enthalten war;
- ii. sie fordert das Ministerkomitee und den Generalsekretär auf, dafür Sorge zu tragen, daß der Passus im Krakauer Schlußdokument („und die Erwägung geeigneter Möglichkeiten zu vereinbaren, wie die Teilnehmerstaaten den Europarat . . . in diesem Bereich heranziehen können“) in konkrete Aktivitäten zur Verwirklichung der vorgeschlagenen Projekte umgesetzt wird, und begrüßt die Tatsache, daß die KSZE selbst keine Schaffung neuer Strukturen in diesem Bereich vorschlägt;
- iii. sie fordert das Ministerkomitee auf, die Möglichkeit einer Beteiligung der Vereinigten Staaten und Kanadas an bestimmten vom Europarat im kulturellen Bereich unternommenen Aktivitäten zu untersuchen.

12. In bezug auf **Genf:**

- i. Die Versammlung fordert das Ministerkomitee und insbesondere dessen Präsidium (dem die anlässlich des 40jährigen Bestehens des Europarates am 5. Mai 1989 verabschiedete politische Erklärung und Entschließung eine besondere Rolle im Zusammenhang mit der KSZE einräumen) auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Aktivitäten der Versammlung in bezug auf Minderheitenfragen und insbesondere ihre Empfehlung 1134 (1990) Berücksichtigung finden; diese Empfehlung spricht sich zugunsten der Ausarbeitung eines verbindlichen Rechtsinstrumentes im Rahmen des Europarates aus, wobei dem Ministerkomitee die Entscheidung überlassen wird, ob dies in Form einer Konvention oder eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention geschieht;
- ii. die Versammlung verweist ebenfalls auf die von ihr geleistete umfassende Unterstützung für die Initiative der Ständigen Konferenz der europäischen Gemeinden und Regionen zugunsten einer europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen, die ebenfalls den Experten in Genf zur Kenntnis gebracht werden sollte; letztere sollten auch über die Unterstützung der Versammlung für die von der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen im März 1991 verabschiedete Resolution 224 informiert werden, die ein „Teilabkommen“ zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates vorschlägt im Hinblick auf die Schaffung eines besonderen Forums für europäische Regionen, die gesetzgebende Gewalt besitzen.

13. In bezug auf **Moskau:**

- i. Die Versammlung verweist auf den in der Charta von Paris verankerten Beschluß im Hinblick auf den Wiener Mechanismus über die menschliche Dimension, dessen Ziel es ist, den einzelnen am Schutz seiner Rechte zu beteiligen, sowie auf die in der Charta festgeschriebene Unterstützung für das Bemühen mehrerer KSZE-Teilnehmerstaaten, „Mitglieder des Europarates zu werden und seiner Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten“;
- ii. folglich fordert die Versammlung das Präsidium des Ministerkomitees und den Generalsekretär auf, in Moskau dafür Sorge zu tragen, daß in bezug auf Individualklagen eine besondere Verbindung zwischen dem zukünftigen KSZE-Mechanismus und der Europäischen Menschenrechtskonvention geschaffen wird, die gewährleisten soll, daß die Bestimmungen über den Schutz der Menschenrechte in Europa nicht unterlaufen werden. Dabei sollte der Europäischen Menschenrechtskonvention Priorität verliehen werden;
- iii. die Versammlung erwartet, daß ihre zuständigen Unterausschüsse ihre regelmäßige Sitzung während dieser Konferenz veranstalten können.

14. In bezug auf **Oslo:**

- i. Die Versammlung fordert die Vertreter des Europarates auf diesem Seminar auf, allen Teilnehmern deutlich zu machen, daß die Existenzberechtigung des Europarates und insbesondere der Versammlung seit über 40 Jahren darin besteht, konstanten Druck auf die Mitgliedsländer auszuüben, um die Aufrechterhaltung hoher demokratischer Normen zu gewährleisten (bei Zuwiderhandlungen kann die Mitgliedschaft sogar aufgehoben oder ausgesetzt werden). Die seit 1989 erfolgte Entwicklung hat zu einem besonderen Bemühen um praktische Hilfe für den demokratischen Lernprozeß der Reformländer geführt, die parallel zum intergouvernementalen Demosthenes-Programm verläuft und durch die Einführung des „besonderen Gaststatus“ symbolisiert wird, der gerade für diejenigen Parlamente bestimmt ist, die die Prinzipien von Helsinki respektieren, jedoch die für eine Vollmitgliedschaft erforderlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllen;
- ii. die Versammlung bemüht sich daher um die Unterstützung des Ministerkomitees, um sicherzustellen, daß die Stimme der Parlamentarier und nicht nur die der Beamten und Akademiker Gehör findet.

15. In bezug auf die derzeitige Instabilität in der Region des Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens und die gegenwärtigen Debatten über eine mögliche „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“, die von vier Mittelmeerstaaten des Europarates vorge-

schlagen wurde, hat die Versammlung die Absicht, sich an den Überlegungen, die auf Beschluß des Ministerkomitees (88. Sitzungsperiode, Straßburg, 25. April 1991) erfolgen sollen, in vollem Umfang zu beteiligen.

16. Die Versammlung empfiehlt dem Ministerkomitee:

- i. sicherzustellen, daß der neue von der KSZE eingesetzte Dringlichkeitsmechanismus unverzüglich in Kraft tritt, damit die Suche nach der Lösung für die Verfassungskrise in Jugoslawien auf dem Weg des Dialogs und echter Verhandlungen erfolgt und dadurch sämtlichen militärischen Aktionen ein Ende bereitet wird;
- ii. im Sinne der von der Versammlung verabschiedeten Empfehlung 1139 eine kohärente europäische institutionelle Ordnung zu fördern, die die bestehenden Organisationen voll ausschöpft und nur dann auf die Schaffung neuer Institutionen zurückgreift, wenn sich dies als unbedingt erforderlich erweist;
- iii. mit den Instanzen der KSZE geeignete institutionelle Verbindungen und Arbeitsmodalitäten auszuhandeln, die über die bloße Aufforderung hinausgehen sollten, Beiträge zu den Folgetreffen zu leisten in Bereichen, in denen der Europarat bedeutende Erfahrungen und Ergebnisse gesammelt hat, wie z. B. beim Schutz der Umwelt und der kulturellen Identität in Europa sowie bei der Untersuchung der unverzichtbaren Verbindung zwischen Demokratie und sozialer Sicherung in einer Volkswirtschaft. Diese Folgetreffen haben der Arbeit des Europarates eine hervorragende Publizität verliehen;
- iv. sich bei den Mitgliedsregierungen dafür einzusetzen, daß die Fähigkeiten und Möglichkeiten des Europarates, der u. a. von Präsident Vaclav Havel als Europäische Konföderation im Embryonalstadium bezeichnet wurde, voll ausgeschöpft werden, um ihm die Integration neuer Mitgliedstaaten unter bestmöglichen Bedingungen sowie die Erfüllung seiner Aufgabe im Hinblick auf die Vereinigung des europäischen Kontinents zu ermöglichen.

**Dritte Straßburger Konferenz über Parlamentarische Demokratie vom 16. bis 18. September 1991**

Die Straßburger Konferenzen haben zum Ziel, die Bindungen zwischen den Parlamenten pluralistischer Demokratien zu festigen, die Entwicklung parlamentarischer demokratischer Institutionen zu fördern sowie Wege zur Stärkung demokratischer Regierungsformen zu untersuchen. Ergebnis der 1. Straßburger Konferenz von 1983 war der sogenannte Straßburger Konsens, der die wesentlichen Elemente einer pluralistischen Demokratie definierte. In der 2. Straßburger Konferenz von 1987 wurde als weiterer Schritt der enge Bezug zwischen dem Konzept einer wahren Demokratie und der aktiven Beteiligung der Bürger am demokratischen Prozeß herausgestellt. Die 3. Straßburger Konferenz stand unter dem Thema „Entstehende oder sich neu bildende Demokratien — Stärkung und Entwicklung demokratischer Institutionen“.

Teilnehmer dieser Konferenz, die vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Anders Björck, eröffnet wurde, waren Parlamentarier aus aller Welt. Von deutscher Seite nahmen unter Leitung von Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth eine Delegation des Deutschen Bundestages sowie Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teil. Als Gastredner sprach Bundespräsident Richard von Weizsäcker (Anlage 1). Weitere Redner während der Eröffnungssitzung waren der Präsident des Europäischen Parlaments, Enrique Baron Crespo, der Präsident der französischen Nationalversammlung, Laurent Fabius, sowie der Präsident der Gesetzgebenden Versammlung von Costa Rica, Miguel Angel Rodriguez. Das Thema wurde in vier Arbeitsgruppen erörtert:

## — Arbeitsgruppe 1:

„Menschenrechte, Grundfreiheiten und Minderheitenrechte als wesentliche Bestandteile der Demokratie“

## — Arbeitsgruppe 2:

„Probleme des Übergangs von einem autoritären oder totalitären Regime zu einem wahrhaft demokratischen System“

## — Arbeitsgruppe 3:

„Die Rolle von demokratisch gewählten Parlamenten (Regierung und Opposition), von Bildung, Medien, religiösen Einrichtungen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und anderen Gremien bei der Förderung der demokratischen Entwicklung“

## — Arbeitsgruppe 4:

„Herausforderungen für die Demokratie: Armut, traditionelle Machtstrukturen, ethnische und Stammeskonflikte, terroristische Aktivitäten, mili-

tärische Interventionen von außen oder innerhalb des Landes, Drogenverkehr und Kartelle“.

Die Bundestagspräsidentin mußte ihre ursprünglich beabsichtigte Teilnahme an den Beratungen in der Arbeitsgruppe 1 aus terminlichen Gründen absagen. Ihr vorgesehener Redebeitrag ist beigelegt (Anlage 2).

Formelle Beschlüsse wurden auf der Konferenz nicht gefaßt. Präsident Björck faßte in seiner Abschlusserklärung die Punkte zusammen, in denen allgemeine Übereinstimmung herrschte. So wurde unterstrichen, daß die im Straßburger Konsens von 1983 als wesentlich definierten Elemente einer pluralistischen Demokratie (freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte) mehr und mehr als die notwendigen Grundlagen einer wirklich demokratischen Gesellschaft anerkannt werden. Um die Legitimität politischer Systeme zu erreichen, müßten eine Reihe internationaler Rahmenbedingungen erfüllt sein. Hierzu gehöre u. a., daß die Verletzung von Menschenrechten nicht mehr ausschließlich als eine interne Angelegenheit des jeweiligen Staates betrachtet werde, sondern auch eine internationale Pflicht zum Handeln begründe. Die Wahrung der Menschenrechte beinhalte auch den Schutz der Minderheiten mittels nationaler und internationaler Instrumente. Schließlich seien die demokratischen Staaten in der Pflicht, die sich neu bildenden Demokratien aktiv zu unterstützen (Anlage 3).

Anlage 1

**Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur Eröffnung der 3. Straßburger Konferenz über Parlamentarische Demokratie im Europarat am 16. September 1991**

**Bundespräsident Richard von Weizsäcker:** Sie haben sich hier zusammengefunden, um eine Entwicklung zu beraten, die die Welt in unseren Jahren zentral bewegt: die neue Lebenskraft der Demokratie, nicht nur in Europa, sondern in vielen Ländern der Erde.

Dies ist um so faszinierender, als kaum ein Thema in den vergangenen 2 500 Jahren so umstritten geblieben ist wie die Demokratie. Plato und Aristoteles warnten vor ihr, weil sie allzu leicht das Opfer der Demagogen werde, die nicht davor zurückschreckten, die Wählerschaft zu bestechen und die Reichtümer des Gemeinwesens zu verschwenden.

Rousseau hielt nur ein Volk von Göttern für geeignet, sich demokratisch zu regieren. Er verordnete den Menschen lieber seinen „contrat social“, um die innere Harmonie des Gemeinwesens sicherzustellen. Tocqueville, der französische Aristokrat, beschrieb

voller Sorgen die amerikanische Demokratie, der er die Tyrannei der Mehrheit, die Nivellierung der Erziehung und die Verbreitung der Mittelmäßigkeit vorwarf.

Nur Churchill sprach das ebenso berühmte wie erlösende Wort, die Demokratie sei die „schlechteste aller Regierungsformen, mit Ausnahme aller anderen“.

Auch heute sind wir selbstverständlich nicht am Ziel der Demokratiediskussion. Immer wieder haben wir es mit schweren Rückschlägen zu tun. Gerade hatten sich die fünfunddreißig KSZE-Staaten in der Charta von Paris feierlich verpflichtet, einander zu unterstützen, Zitat: „um zu gewährleisten, daß die Entwicklung der Demokratie nicht mehr rückgängig gemacht werden kann“, als eine reaktionäre Putschgruppe in der Sowjetunion flagrant dagegen verstieß — aber die Geschichte geht weiter, sie wiederholt sich nicht im stupiden Widerstand gegen den Freiheitsdrang der Menschen. Im Gegenteil: Das Aufregende und Entscheidende an dieser Putschgeschichte war, daß sich in den letzten Jahren ein neuer Geist entwickelt hatte, der stärker war als Waffen und Geheimdienste und Befehlszentralen, auch stärker als demoskopisch ermittelte Sympathien oder Antipathien für oder gegen Führungspersönlichkeiten.

Wir erleben eine wahre Renaissance der Demokratie in weiten Teilen der Welt. Ihre zündende, grenzüberschreitende, unwiderstehlich erscheinende Kraft hätte noch vor fünf Jahren niemand zu erhoffen gewagt. Was ist geschehen? Wie kommt es, daß normale Bürger in friedlichen Revolutionen sich die Regierungsform erkämpfen, die Rousseau den Göttern vorbehalten wollte?

Manche Deutungen, die dafür angeboten werden, sind allzu einfach. So macht zum Beispiel das Wort vom Ende der Geschichte die Runde. Der Wettkampf der Systeme sei beendet. Ein System habe über das andere gesiegt. Nun sei nichts Neues mehr zu erwarten. Aber schon die Ost-West-Entwicklung selbst, für die dieser Gedanke entwickelt wurde, wird damit kaum ausreichend gedeutet. Erst recht vermag dieses Schlagwort den Neubeginn nicht zu erklären, den der Fortschritt zum Pluralismus in Osteuropa, in weiten Teilen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens bedeutet.

Beendet ist nicht die Geschichte, sondern nur ein dogmatischer Irrtum, der in vielen Ländern zur ideologisierten absoluten Herrschaft gelangt war. Widerlegt ist der Glaube an dialektische Gesetzmäßigkeiten der Geschichte. Gescheitert sind die mit solchen verordneten Ideologien verbundenen wirtschaftlichen Systeme.

Freilich sind nach wie vor Versuche am Werk, mündigen Menschen einen „contrat social“ unter Berufung darauf aufzuzwingen, daß sie gemeinsam einem Glauben, einem Volk oder einer Kultur angehören. Aber solche mehr oder weniger fundamentalistischen Versuche stoßen auf wachsenden Widerstand. Immer mehr gewinnt die Maxime Kants an Gewicht, die lautet:

Niemand kann mich zwingen, auf seine Art (wie er sich das Wohlbefinden anderer Menschen denkt) glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glück-

seligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit anderer nicht Abbruch tut.

Dies ist kein Relativismus. Im Gegenteil, diese Freiheit ist Bedingung der politischen Mündigkeit, und damit jedes echten ethischen Engagements. Das ermutigende und begeisternde an der Renaissance der Demokratie, die wir erleben, ist der wachsende Erfolg solcher Mündigkeit und solchen Engagements gegenüber diktatorisch verordneter Glückseligkeit.

Damit sind wir aber von einer Lösung all unserer Probleme noch weit entfernt, im Westen ebenso wie im Osten, im Norden ebenso wie im Süden unseres Globus. Die Geschichte ist, wie gesagt, keineswegs zu Ende. Neue Demokratien kämpfen um den wirtschaftlichen Boden unter ihren Füßen, und in den alten gibt es einige manifeste Strukturschwächen, die wir noch nicht überwunden haben.

Ich weiß, daß im Mittelpunkt der diesjährigen Konferenz nicht so sehr die Probleme der etablierten Demokratien, sondern die Arbeitsfähigkeit demokratischer Institutionen in Entwicklungsländern stehen soll. Bei der Erörterung der Probleme der jungen Demokratien dürfen wir aber die Lehren nicht übersehen, die sich aus den Problemen der alten ergeben.

Lassen Sie mich nur einen Aspekt des politischen Lebens mancher westlicher Demokratien nennen, der mich seit langem beschäftigt, nämlich das Selbstverständnis, das Innenleben und die Arbeitsweise der politischen Parteien. Trotz aller Hingabe an die programmatische Arbeit tritt in den täglichen politischen Entscheidungen, in den Wahlkämpfen und im Umgang der Parteiführungen mit der „Basis“ die Substanz der Probleme eines Landes fast regelmäßig hinter dem Imperativ der Machterringung oder Machterhaltung der Partei zurück.

Ich will damit die Notwendigkeit von Parteien in unseren Demokratien keineswegs leugnen. Im Gegenteil: In unseren zahlenmäßig großen Gesellschaften sind wir absolut darauf angewiesen, den Willen des Volkes repräsentativ zu bündeln. Und da es stets unterschiedliche Gruppen, Interessen und Anschauungen gibt, muß es einen organisierten Wettstreit geben, der verschiedene Bedingungen erfüllen muß: Er muß mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden; keine Gruppe darf für sich selbst den Besitz der absoluten Wahrheit reklamieren; Ziel des Wettbewerbs ist es, im Vergleich widerstreitender Vorschläge der Lösung der Probleme des Staates näher zu kommen und durch die Wahl zu klären, wer im begrenzten Zeitraum der nächsten Amtsperiode die Verantwortung für die politische Macht trägt.

Für dies alles brauchen wir Parteien. Jede von ihnen ist, wie es der lateinische Wortstamm sagt, ein Teil des Ganzen. Aber immer wieder neigen Parteien dazu, sich für das Ganze zu halten, zumal dann, wenn sie über längere Zeiträume die Mehrheit haben. Stets von neuem erliegen Parteien der Versuchung, ihren Wettstreit nicht als Instrument mit dem Ziel der besseren Problemlösung zu nutzen, sondern umgekehrt die Probleme zu Instrumenten für den Machtkampf zu degradieren. Dann dienen nicht mehr die Parteien

den Aufgaben des Staates, sondern diese Aufgaben werden zu Dienern der Parteiziele.

Es entwickelt sich eine Professionalität des Parteienmachtkampfes, die auch den Kandidatennachwuchs und damit die Qualität der ganzen politischen Klasse beeinflusst. Es bleibt zwar nützlich, etwas von den großen allgemeinen Aufgaben unserer Zeit zu verstehen und willensstark und intelligent zu sein. Aber wer solche schönen Eigenschaften nicht in die Disziplin des Machtkampfes der Partei stellen kann oder will, hat wenig Chancen oder nur geringe Neigung, sich parteipolitisch zu engagieren.

Es entwickelt sich ein Berufspolitikertum, das eine abnehmende Anziehungskraft auf die besten Kräfte in der jungen Generation ausübt. In den meisten etablierten Demokratien ist ein klarer Rückgang des Ansehens der Parteipolitiker zu verzeichnen.

Ich will diese Schwächen nicht mit einem Unterton der Resignation schildern. Es bleibt bei Churchills Urteil über die Demokratie. Es gibt keine Demokratie ohne Pluralismus. Und niemandem ist für die wirksame Organisation dieses Pluralismus bisher etwas Besseres eingefallen als politische Parteien. Deshalb erleben wir zur Zeit in fast allen jungen Demokratien die Bildung neuer Parteien. Um so wichtiger ist es für sie, so viel wie möglich aus den Mängeln alter Parteiensysteme zu lernen und in jedem Land diejenige Form von Pluralismus zu finden, die seinen eigenen Problemen und Lebensbedingungen am besten entspricht.

Was immer die Hauptkonflikte in einem Staat sein mögen — unterschiedliche Völker oder Volksgruppen in einer politischen Nation; religiöse Gegensätze; soziale Spannungen zwischen Abhängigen und Selbständigen; Landwirtschaft gegen Industrie; und anderes — entscheidend ist, daß die Parteien mit friedlichen Mitteln wirklich um die Lösung der Probleme und Spannungen wetteifern, nicht aber einander dadurch immer ähnlicher werden, daß sie nur noch um die Macht kämpfen, damit sie sich dann den Staat zur Beute machen können.

Lassen Sie mich weitere Aufgaben nennen, vor denen zumal junge Demokratien stehen:

- Oft ist die Konversion zu Demokratie und Marktwirtschaft für einen längeren Zeitraum mit gravierenden sozialen Härten verbunden. Wirtschaftliche Hilfe von außen ist daher gerade im Anfangsstadium einer neu errungenen Freiheit besonders wichtig. Diese Hilfe soll nicht der Lebensverlängerung alter unrentabler Strukturen aus der Diktatorzeit dienen. Sie soll die Selbsthilfe der Menschen stärken und sie davor schützen, die Freiheit als Not zu erleben.
- Manche der neuen demokratischen Regierungen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens haben zum Teil jahrhundertealte gesellschaftliche Hinterlassenschaften vorgefunden, die durch extreme soziale Ungleichgewichte und vielfältige Formen privater Gewalt gekennzeichnet sind. Die gerade neu gewählten Verantwortlichen stehen vor enormen reformerischen Aufgaben. Die eigenen Eliten dieser Länder müssen umdenken, sie können Entwicklungshemmnisse nicht mehr nur mit alter

Ausbeutung aus der Kolonialzeit erklären. Andererseits werden sie sich gegenüber den politischen Kräften im eigenen Lande, die der alten Ordnung verhaftet sind, nur durchsetzen können, wenn ihnen die internationale Solidarität und tatkräftige Hilfe der etablierten Demokratien sicher sind.

- Brisante Mischungen sozialer, ethnischer und religiöser Konflikte bringen in vielen der jungen Demokratien die Gefahr neuer Mißbräuche im Sinne eines „contrat social“ mit sich. Die innere Harmonie und Geschlossenheit der eigenen ethnischen Gemeinschaft, Nationalität, Kultur oder Religion ist ein hohes Gut. Aber es wird gefährlich, wenn sie in Aggressivität und Kampfbereitschaft nach außen umschlägt.

Aus ethnischem, religiösem oder gesellschaftlichem Zwiespalt gespeiste gewaltsame Tendenzen der Abspaltung bedrohen die demokratische Zivilisation ebenso wie zentralistischer Despotismus, der das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten und Religionen mit Gewalt unterdrücken will. Ein Blick auf die politische Weltkarte genügt, um sich bewußt zu werden, daß Staatsgrenzen heute nur in den seltensten Fällen mit Sprachräumen, Kulturlandschaften, religiösen Einflußbereichen oder ethnischen Siedlungsgebieten eindeutig übereinstimmen. Die USA sind immer mehr auf dem Weg zu einer multikulturellen Nation, die Sowjetunion ist — zumal nach dem Wunsch ihrer Reformer — ein multinationaler Bund. Die Deutschen andererseits haben auch nach vierzigjähriger staatlicher Teilung ihre Identität nicht verloren und müssen doch, nach ihrer Vereinigung, erst noch mühsam lernen, wieder miteinander zu leben.

Daran kann man sehen, daß es andere lebenswichtige Aufgaben für Völker, Staaten und Nationen gibt, als die Affirmation ihrer Identität durch Sezession oder umgekehrt die Erhaltung staatlicher Zusammengehörigkeit um jeden Preis. Das wirtschaftliche, soziale und ökologische Gleichgewicht der Welt, in der wir leben, ist viel zu fragil, als daß wir uns imperiale Paranoia, partikularistischen Egoismus, religiösen Eifer, neuen Nationalismus oder ethnischen Identitätsrausch noch leisten könnten.

Was ist zu tun? Wie können sich junge Demokratien vor neuen und alten Gefahren schützen? Ein Schutz ist die Erkenntnis, daß es keine Patentrezepte und kein demokratisches Paradies auf Erden gibt. Die Demokratie verzichtet zum Glück auf den Versuch, aus Menschen Engel zu machen. Sie nimmt den Menschen, wie er nun einmal ist. Gerade das macht ihre Humanität aus.

In ihr spiegelt sich die Begrenztheit der menschlichen Erkenntnisfähigkeit wider. Wir Menschen sind nicht in der Lage, die absolute Wahrheit zu erkennen. Deshalb darf — wie schon gesagt — beim demokratischen Wettstreit niemand für sich in Anspruch nehmen, sie zu besitzen. Die Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen. Sie verlangt eine Toleranz, die letztlich auf der Selbsterkenntnis beruht, nämlich auf dem Bewußtsein der Beschränktheit der eigenen Einsichten.

Entscheidungen in der Demokratie werden von Mehrheiten gefällt. Auch die Mehrheit kann sich irren. Deshalb sind Entscheidungen in der Demokratie nie endgültig. Und daher gehört zum Mehrheitsprinzip als Gegenstück der Minderheitenschutz. Nur diese, aus der Einsicht in die eigene menschliche Fehlbarkeit geborene Ausgestaltung der Demokratie, erlaubt uns, die Ansicht zu widerlegen, es gehe gegen die natürliche Ordnung, daß die Mehrheit regiert und die Minderheit regiert wird. Mit vorläufigen Mehrheitsentscheidungen können wir uns jedenfalls sicherer fühlen, als mit romantischen Ableitungen des Allgemeinwohls, die ihre Verfasser als unwiderlegbare naturrechtliche Wahrheiten ausgeben und die Menschheit damit zu ihrem vermeintlichen Wohl diktatorisch zwingen wollen.

Zur demokratischen Qualität der Mehrheitsentscheidungen gehört die vollkommene Freiheit der Meinungsbildung für die Minderheit und ihre ungehinderte Partizipation am Entscheidungsprozeß. Die Wahrung dieser Rechte ist die beste Gewähr dafür, daß Minderheiten nicht auf jede Entscheidung, bei der sie sich nicht durchsetzen können, mit dem Austritt aus der Gesellschaft oder der Sezession aus dem Staatsverband reagieren.

Wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung der Demokratie ist der rechtlich verbindliche Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Der Europarat schuf mit der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1950 den ersten völkerrechtlich verbindlichen Grundrechtskatalog. Entscheidend ist: Es handelt sich hierbei um ein von den Mitgliedsstaaten übernommenes, unmittelbar geltendes Recht, auf das sich der einzelne gegenüber der staatlichen Gewalt berufen kann; und das nicht nur vor den Gerichten seines eigenen Landes: Mit der Europäischen Menschenrechtskommission und dem Gerichtshof für Menschenrechte hat der Europarat internationale Organe und ein gerichtliches Verfahren geschaffen, die den Menschen über staatliche Grenzen hinweg zu ihrem Recht verhelfen.

Sie nehmen diesen Schutz in den letzten Jahren mehr als je zuvor in Anspruch. Der Europarat hat damit auch in den Mitgliedsländern selbst die Rechtsentwicklung und den Schutz der Menschenrechte entscheidend vorangetrieben. Auch die Charta von Paris, die die Mitgliedstaaten der KSZE im November 1990 zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten beschlossen haben, wäre ohne den ideellen und politischen Einfluß des Europarates nicht denkbar gewesen.

Mit dem Rückgang des Ost-West-Gegensatzes ist auch ein wesentliches Hindernis für einen globalen wirksamen Schutz der Menschenrechte weggefallen. Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß die Menschenrechte keine vom Staat gewährten, sondern dem Menschen kraft seiner Natur und Würde eigene und vom Staat zu gewährleistende Rechte sind. Die weltweite völkerrechtliche Entwicklung muß dem Rechnung tragen. Der Menschenrechtsschutz des Europarates ist dafür beispielgebend.

Das Völkerrecht muß aber auch in einer anderen Richtung fortentwickelt werden: Ein Staat, der den

inneren Frieden nicht erhält, indem er die Menschenrechte mißachtet, ist auch nicht nach außen friedensfähig. Die auf deutsche und französische Initiative zustande gekommene Resolution 688 des Weltsicherheitsrates hat erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen festgestellt, daß die Mißachtung der Menschenrechte den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht. Dies kann und wird bedeutsame völkerrechtliche Konsequenzen haben.

Bei jeder Erörterung von Menschenrechten gilt es, von den elementaren Bedürfnissen für Leben und Überleben auszugehen. Wo Hunger und Überbevölkerung, Unterernährung und Obdachlosigkeit herrschen, wo ungezählte Menschen Opfer von Seuchen werden, wo sie keine Möglichkeit haben, ein Mindestmaß an Bildung und Ausbildung zu erhalten und ihren Lebensunterhalt mit ihrer Arbeit selbst zu verdienen, ist die Würde des Menschen und sind damit die Menschenrechte verletzt. Die völlig ungleiche Verteilung der Lebenschancen gefährdet in höchstem Maße den Frieden und die Gerechtigkeit.

Wir haben lang gebraucht, um Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte in Europa zu verwirklichen und die Teilung des Kontinents zu überwinden. Wieviel schwerer wird es damit im globalen Maßstab sein? Der Vormarsch der Demokratie, den wir beobachten, ist ein offener Prozeß. Wir kennen die Gestalt nicht, die er in den verschiedenen Teilen der Welt annehmen wird. Wir alle tragen Verantwortung in diesem Prozeß. Unabdingbar sind dafür

- die Universalität der Grund- und Menschenrechte
- und die Friedenspflicht der Staaten und ethnischen Gemeinschaften, der Religionen und Kulturen. Sie alle haben den Pluralismus im internen wie im internationalen System zu achten.

Dies gilt für Wähler und Gewählte, Regierungen und Oppositionen, Staaten und Bürger, Priester und Gläubige, Idole und Völker.

Aber hoffen können wir auf eine menschenwürdige Welt nur, wenn es gelingt, der elementaren Lebensnot Herr zu werden, unter der so viele Völker zumal in der südlichen Hemisphäre leiden.

Ein deutscher Dichter (Bert Brecht) hat das Problem auf den brutalen Begriff gebracht: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“ Damit ist nicht gesagt, daß es Menschenrechte nur unter Satten geben kann. Vielmehr kommt damit zum Ausdruck, daß Menschenrechte und Demokratie sowohl der ideellen als auch der materiellen Humanität zu dienen haben.

Wer für Menschenrechte eintritt, der muß auch bereit sein, den Hunger zu bekämpfen. Und wer die nackte Not lindert, der tut Entscheidendes für die Menschenrechte. Zwischen diesen beiden elementaren Notwendigkeiten gibt es keine Reihenfolge, sondern beides gehört untrennbar zusammen.

Je klarer wir uns dazu bekennen und danach handeln, um so eher wird sich die Hoffnung auf lebenskräftige Demokratie erfüllen.

**Beitrag der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süßmuth, in der Arbeitsgruppe I „Menschenrechte, Grundfreiheiten und Minderheitenrechte als wesentliche Bestandteile der Demokratie“ \*)**

**Dritte Straßburger Konferenz über parlamentarische Demokratie (16. bis 18. September 1991)**

**Bundestagspräsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich freue mich ganz besonders, an den Beratungen dieser Arbeitsgruppe der Dritten Straßburger Konferenz teilnehmen zu können. Uns alle hält die Aktualität der Ereignisse in Europa in Atem, zum Teil in hoffnungsvoller, zum Teil aber auch in erschreckender Weise. Da ich leider heute abend noch zurückreisen muß, möchte ich mich auf die mir am wichtigsten erscheinenden Punkte beschränken.

Hier am Sitz des Europarates brauche ich dessen Wirken und weitreichende Initiativen im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht im einzelnen zu würdigen. Allein schon die Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten als Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Europarat (Artikel 1 und 3 der Satzung) spricht für sich.

Jüngste Beispiele für die Ausstrahlung der Menschenrechte als unverzichtbarer Standard jeder Demokratie sind die Entwicklungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Ihre Rückkehr in die europäische Völkergemeinschaft ist heute nur über die europäischen Institutionen möglich, und dies wiederum geht nur über den Weg der Demokratisierung. Ohne die Anerkennung der Grundprinzipien des Europarates kann nicht von einer echten Zugehörigkeit zu Europa gesprochen werden. Ungarn und die CSFR haben diesen Weg durch ihren Beitritt bereits erfolgreich beschritten, Polen steht kurz davor, die übrigen Länder werden folgen.

Die Orientierung der jungen oder sich neu bildenden Demokratien — wo immer auch sie entstehen — an den bereits bestehenden Demokratien bedeutet für uns eine große Verantwortung. Nicht nur hinsichtlich der demokratischen Verhältnisse in unseren Ländern selber, sondern auch im Hinblick auf das friedliche Zusammenleben freier, gleichberechtigter und demokratisch verfaßter Staaten müssen wir ein Vorbild für sie sein.

So dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, daß es auch bei uns immer noch Vorurteile und sogar Ausschreitungen gegenüber Asylsuchenden, gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und Religion gibt. Diese Vorurteile haben ihre Ursache in der Unsicherheit und Unkenntnis vieler Menschen gegenüber allem Fremden. Aufklärung und Informationskampagnen sind daher nötig um den Menschen ihre offenen oder verborgenen Ängste vor anderen Kulturen zu nehmen. Wir müssen unseren Bürgern aber

auch Perspektiven für die Zukunft bieten, damit sie nicht um ihre Arbeitsplätze, Ausbildungschancen und ihre soziale Sicherheit fürchten müssen und diese Ängste dann auf Ausländer und Zuwandernde projizieren.

Ganz Westeuropa sieht sich derzeit einer Zuwanderung nicht gekannten Ausmaßes von Menschen aus allen Teilen der Welt ausgesetzt. Auch in Deutschland sehen wir uns teilweise mit Fremdenfeindlichkeit konfrontiert, die besonders im Zuge der Wiedervereinigung zu beobachten ist, und zwar vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit vor allem in den neuen Bundesländern.

Wir müssen deshalb ein besonders wachsames Auge für die Probleme haben, die mit dem Aufenthalt von Ausländern und besonders der Asylsuchenden verbunden sind. Das Problem der politischen und wirtschaftlichen Flüchtlinge ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Hier sind wir alle zu gemeinsamen Anstrengungen aufgerufen und müssen Lösungen gerade auf der europäischen Ebene anstreben. Gerade in Europa, wo in der Folge des politischen Wandels und mit der Selbstbefreiung der Völker auch die Ursachen politischer Verfolgung schwinden, ist es jetzt an der Zeit, gemeinsam auch die Gründe für wirtschaftlich motivierte Flüchtlingsströme dort zu mildern, wo sie entstehen, nämlich in den von wirtschaftlicher Not betroffenen Ländern unserer Nachbarn und in den anderen Teilen der Welt.

Was immer wir demnächst beim Asylrecht und hinsichtlich der Rechtsstellung der Flüchtlinge unternehmen — gerade in diesem sensiblen Bereich ist darauf zu achten, daß künftige Regelungen nicht zu einer Einschränkung des bestehenden Rechtsschutzes führen dürfen.

Das Europäische Parlament hat sich im März dieses Jahres unter Bezugnahme auf seine frühere Entschließung von 1987 zum Asylrecht bereits ähnlich geäußert und seine volle Einbeziehung in die Beratungen angemahnt. Es unterstreicht die Notwendigkeit, den Wanderungsbewegungen mit Priorität an der Quelle — also durch Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Herkunftsländern — zu begegnen und fordert gleichzeitig die Aufnahme von Klauseln über die Achtung der Menschenrechte in die entsprechenden Kooperations- und Handelsverträge der EG. Gleichwohl wird es noch Jahre dauern, bis sich die Situation in den betroffenen Ländern entscheidend verbessern läßt. Darüber darf es keine Illusionen geben.

Auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat sich mehrfach mit Flüchtlingsfragen

\*) Vorgesehener Redebeitrag

befäßt und dabei insbesondere zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten innerhalb und außerhalb der EG aufgerufen.

An gleicher Stelle, hier im Conseil de l'Europe, haben sich im letzten Jahr viele von uns beim Internationalen Demokratiekolloquium mit diesem Thema befaßt und konkrete Maßnahmen gefordert.

Eine Fülle von Empfehlungen an Organe und Mitgliedstaaten der EG ist auch in dem Bericht des Untersuchungsausschusses „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ des Europäischen Parlaments enthalten. Das Europäische Parlament hält unter anderem auch Aktionen in den Bereichen Beschäftigung, Wohnungswesen, Bildung und Ausbildung für notwendig, fordert die Einsetzung der erforderlichen Haushaltsmittel auf EG-Ebene und unterstreicht im übrigen die spezifische Rolle, die die Gemeinschaft hier neben den Instanzen der Mitgliedstaaten spielt und spielen muß.

Meine Damen und Herren, Verantwortung für die neuen Demokratien bedeutet aber auch, ihnen bereitwillig unsere Kenntnisse und Erfahrungen anzubieten. Hierbei sind besonders die Parlamente zur Hilfe aufgerufen; sie wird bereits in Form von Austauschprogrammen bzw. in Form von Seminaren für Parlamentsmitarbeiter praktiziert.

Die Generalsekretäre haben sich schon heute morgen näher damit befaßt.

Auch die Frage, wie der Minderheitenschutz praktiziert wird, gewinnt weiter an Bedeutung für den Grad der Demokratisierung und für deren Erfolg. Die aktuellen Ereignisse in der Sowjetunion wie in Jugoslawien haben gezeigt, vor welch schwerwiegenden Minderheitenproblemen Mittel- und Osteuropa stehen. Jahrzehntlang wurden diese Probleme von den alten Herrschaftssystemen ignoriert und vernachlässigt. Aber auch in den übrigen europäischen Ländern, auch in Westeuropa besteht Handlungsbedarf bei einem effektiven Minderheitenschutz, gibt es noch eigene ungelöste Konflikte.

Das beweist die Tagesordnung der Dritten Konferenz der KSZE über die menschliche Dimension, die seit dem 10. September in Moskau stattfindet. Der Minderheitenschutz steht dort ganz oben auf der Agenda. Eine Erweiterung des Konsenses in diesem Bereich und schnelle Fortschritte in ganz Europa halte ich für dringend erforderlich.

Deshalb ist auch die Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom letzten Jahr an das Ministerkomitee zu begrüßen, zur Schaffung eines Mindeststandards beim Schutz der Minderheiten endlich ein Rechtsinstrument auszuarbeiten, sei es als Ergänzungsprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention, sei es in Form einer eigenen Konvention des Europarates zum Minderheitenschutz.

Der Deutsche Bundestag hat sich bereits im Juni dieses Jahres auf breiter Basis für ähnliche und umfassende Verbesserungen ausgesprochen (interfraktioneller Antrag vom 18. Juni 1991). So sollen durch das KSZE-Sekretariat Informationen der Teil-

nehmerstaaten über die jeweilige Situation der nationalen Minderheiten verbreitet werden, allerdings erst einmal auf freiwilliger Basis. Unterstrichen wird die Bedeutung einer angemessenen demokratischen Mitwirkung von Angehörigen nationaler Minderheiten in öffentlichen Entscheidungs- und Beratungsgremien. Insgesamt soll ihr Rechtsschutz verbessert und auf die Ausweitung eines entsprechenden Streitschlichtungsmechanismus hingewirkt werden. Schließlich wird festgehalten, daß die Forderung nach Achtung der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten ein internationales Anliegen und folglich nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des jeweiligen Staates ist.

In die Zukunft weisende Regelungen zum Minderheitenschutz enthält im übrigen der deutsch-polnische Vertrag vom 17. Juni 1991. Deutschland und Polen haben mit diesem Nachbarschaftsvertrag ein grundlegendes völkerrechtliches Dokument geschaffen, das der gesamteuropäischen Entwicklung der Menschen- und Minderheitenrechte in Richtung auf europäische Standards einen starken Impuls zu geben vermag. Als Beispiel will ich hier nur zwei Regelungen hervorheben, nämlich

- das Recht der jeweiligen Minderheit auf gleichberechtigten Zugang zu den Medien ihrer Region, und
- die Verpflichtung der beiden Staaten, Maßnahmen zur Förderung der Minderheiten der jeweils anderen Seite zu ermöglichen und zu erleichtern.

Weitere Verbesserungen des Status der Minderheiten in Europa werden sich gewiß im weiteren Verlauf des KSZE-Prozesses ergeben. Die derzeit laufende Konferenz in Moskau habe ich bereits erwähnt. Ich kann hier nur noch einmal feststellen: In der Behandlung und im Schutz der Minderheiten in Europa spiegelt sich zu einem ganz erheblichen Teil der neue Geist in den Beziehungen zwischen unseren Ländern und Völkern wider, von dem wir gerade in diesem Jahr alle sprechen.

Anlage 3

## Europarat

### Parlamentarische Versammlung

#### Dritte Straßburger Konferenz über parlamentarische Demokratie (16. bis 18. September 1991)

## Schlußerklärung

1. Wir, Parlamentarier aller Kontinente, die auf der Dritten Straßburger Konferenz über parlamentarische Demokratie zu einem historischen Zeitpunkt in diesem Jahrhundert zusammengekommen sind, begrüßen die Entstehung von Volksbewegungen in der ganzen Welt, die eine Demokratisierung in ihren Staaten fordern und ein neues Streben nach einer innerstaatlichen und internationalen Ordnung geltend machen, deren Grundlagen die Menschenrechte, die Grundfreiheiten, die Rechtsstaatlichkeit, die Verfolgung von wirtschaftlicher und

sozialer Entwicklung und die Suche nach dauerhaftem Frieden sind. Es ist unser Anliegen, den universellen Charakter von Demokratie hervorzuheben sowie die Tatsache, daß der derzeitigen Demokratisierungswelle der schrittweise Abbau des Antagonismus zwischen Ost und West vorausgegangen ist und sie erleichtert hat.

2. Der in vielen Staaten stattfindende Demokratisierungsprozeß zeigt die Bedeutung des „Straßburger Konsens“, der aus der ersten Konferenz im Jahre 1983 hervorgegangen ist. Die wesentlichen Elemente einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie, wie sie der Konsens fordert — insbesondere freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte — bleiben mehr als je zuvor die unbestrittenen Grundlagen einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Die Konferenz des Jahres 1987 hat einen weiteren Schritt vollzogen, indem sie den engen Bezug zwischen dem Gedanken einer wahren Demokratie und der aktiven Beteiligung aller Bürger am demokratischen Prozeß deutlich herausgestellt hat.
3. Die Vorbereitung der Dritten Straßburger Konferenz wurde unterstützt durch die Ergebnisse der beiden regionalen Kolloquien, die in zwei Regionen der Welt stattfanden, die zu den von der demokratischen Entwicklung am meisten betroffenen Regionen gehören: Die Kolloquien über „Demokratie und Entwicklung in Mittelamerika“ (San José, Costa Rica, Februar 1989) und „Demokratie und Entwicklung in Afrika: Die Erfahrung der afrikanischen AKP-Staaten“ (Dakar, Senegal, März 1991).
4. Wir sind überzeugt, daß in dieser historischen Zeit die Völker der Welt darauf Anspruch haben, das formale Konzept der „Legalität“ durch das tiefgreifendere Konzept der „Legitimität“ zu ersetzen. Diese „Legitimität“ politischer Systeme kann nur in einem internationalen Rahmen, der bestimmte Bedingungen vereint, verwirklicht werden.
  - die Menschenrechte unterliegen nicht länger der ausschließlichen Zuständigkeit der Staaten. Bei einer Verletzung von Menschenrechten besteht eine konkrete internationale Pflicht zum Eingreifen;
  - internationale Instrumente zum Schutz der Menschenrechte und der Rechte der Völker müssen verstärkt und ständig verbessert werden, um wirkliche Effizienz zu erlangen;
  - Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte müssen regionale und nationale Besonderheiten und Identitäten respektieren;
  - zu der Beachtung der Menschenrechte und der zuvor genannten Identitäten gehört der ange-

messene Schutz von Minderheiten mit Hilfe internationaler und nationaler Instrumente;

- Länder, die sich in einem mehr oder weniger fortgeschrittenen Stadium des Übergangs zur Demokratie befinden, benötigen die aktive Unterstützung demokratischer Staaten;
- auch wenn die Erfahrung gezeigt hat, daß die ärmsten Länder ein funktionsfähiges demokratisches System schaffen können — und damit gezeigt haben, daß Demokratie voll und ganz mit allen Entwicklungsstufen vereinbar ist — besteht die Notwendigkeit, im Hinblick auf Interdependenz und soziale Gerechtigkeit eine echte Partnerschaft zwischen den Demokratien des Nordens und des Südens zu fördern; die Schuldenlast zu verringern, um die neuen Demokratien zu stärken und eine Welt zu schaffen, die auf einer neuen Ethik internationaler Beziehungen aufgebaut ist;
- wo auch immer große Umwälzungen stattgefunden haben — insbesondere in Mittel- und Osteuropa — waren es die dynamischsten Kräfte der Gesellschaft, die sich zusammenfanden, um sich Gehör zu verschaffen; wir sind zuversichtlich, daß diese Kräfte die Fähigkeit zur Selbstorganisation und zur Übernahme einer aktiven Rolle bei der Führung öffentlicher Angelegenheiten besitzen, und wir hoffen, daß sie sich auf die Unterstützung der demokratischen Gesellschaften verlassen können;
- die Demokratien in der ganzen Welt müssen unter der Ägide der Vereinten Nationen einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer neuen Weltordnung leisten auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte, der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern und eines internationalen Rechts, das geachtet wird und erneuerungsfähig ist;
- 5. Das internationale Institut für Demokratie, das im Oktober 1990 in Straßburg errichtet wurde, ist ein wertvolles Instrument zur Verfolgung der Ziele der Konferenz. Wir ersuchen alle teilnehmenden Parlamentarier dringend, sich dem Institut anzuschließen und es mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.
- 6. Die Konferenz hat uns die Gelegenheit gegeben, die Bindungen zwischen parlamentarischen Demokratien zu stärken; durch unseren Einsatz haben wir die Entwicklung parlamentarischer und demokratischer Institutionen ermutigt, und wir haben eine beeindruckende Fülle an Diskussionsmaterial zusammengetragen über die Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie. Die Arbeit der Straßburger Konferenz muß deshalb fortgesetzt werden.





